

Paß zu verschenken

Die Ampel-Regierung will Einbürgerungen erleichtern. Der Verfassungsrechtler Ulrich Vosgerau warnt vor den Folgen.

MEINUNG, Seite 2

Kinder in Gefahr

Die Nutzung von Pubertätsblockern ist mit einem großen Risiko verbunden. Und über die Langzeitfolgen ist nichts bekannt.

HINTERGRUND, Seite 12

Viel zu verzeihen

Konrad Adam rechnet mit der Corona-Politik der vergangenen Jahre ab. Eine General-Amnestie? Nicht mit ihm.

FORUM, Seite 18

Das Böse bekämpfen

Eine bayerische Comicfigur räumt auf: Bühne frei für Tracht Man, den Superhelden der anderen Art.

SEIN & ZEIT, Seite 24



KOLUMNE
VON
**MICHAEL
PAULWITZ**

Politierte WM in Katar

Lächerlich gemacht

Wieder ein Fußballturnier zum Fremdschämen. Großspurig angetreten, blamiert wieder abgezogen – die Selbstdemontage der DFB-Auswahl im schwächlichen Vorrunden-Aus bei der Winter-WM in Katar geht über die sportliche Dimension weit hinaus: Die Mannschaft, die in ihrem quietschbunten „Diversität gewinnt“-Flieger gescheitert die Heimreise antreten mußte, ist das getreue Abbild eines Landes im Abstieg, das sich auf früheren Leistungen und vergangener Stärke ausruht, fest überzeugt, noch immer als allseits geschätztes Vorbild dazustehen, während es gar nicht mehr mitbekommt, daß die anderen sich längst nur noch über seine sonderlichen Geisterfahrten lustig machen.

Die eigens nach Katar gereiste Bundesinnenministerin, die sich auf der Ehrentribüne mit alberner Regenbogenbinde am bleichen Arm ablichten läßt, um mit infantilen Mätzchen die Gastgeber zu provozieren, die Fußball-Millionäre auf dem Platz, die ihr gratismutiges Mund-zu-Gruppenfoto für eine heroische Haltungsdemonstration halten, in Wahrheit aber doch nur ein neues Symbolbild für den Spott über den durchgeknallten Hippie-Staat Deutschland produziert haben, das denn auch prompt und weltumspannend aufgegriffen wurde: Sie sind zwei Seiten derselben stumpfen Medaille.

Linientreue ist nun mal kein Ersatz für Leistung und Anstrengung – weder im Sport noch in der Politik.

Was hat das Ganze gebracht? Die Bundesregierung hat für ein ideologisches Randthema außenpolitisches Vertrauenskapital verspielt und sich als seriöser internationaler Partner diskreditiert. Und die früher mal angesehene Fußball-Nationalmannschaft muß zum dritten Mal in Folge ein internationales Turnier frühzeitig verlassen und steht als entzauberter Scheinriese mit großer Klappe und mäßiger Vorstellung da.

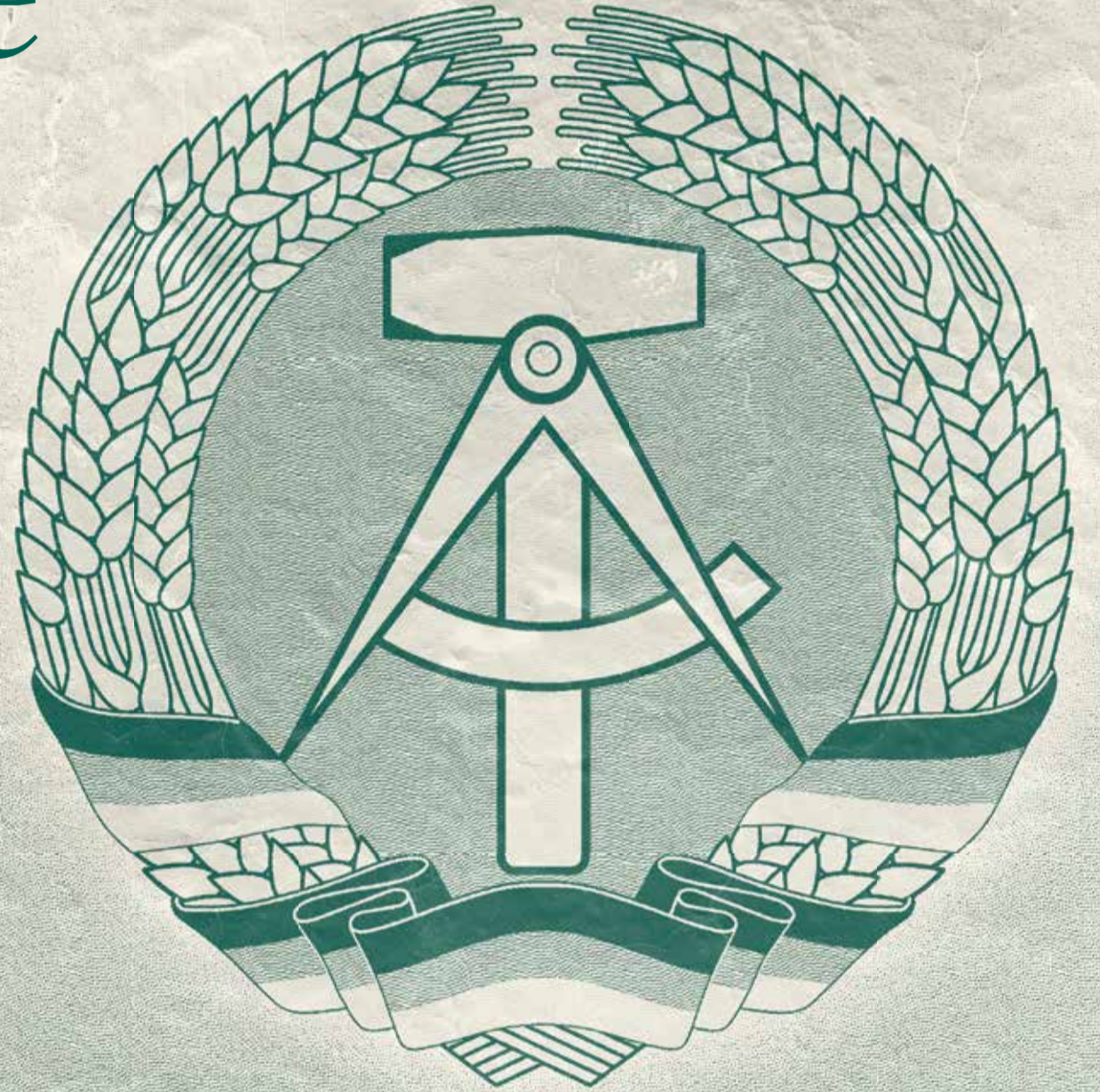
Welten liegen zwischen dem „Sommermärchen“ von 2006 samt seinen Lockerungsübungen in unverkrampftem Patriotismus und dem spöttischen Mund-zu-Abschiedswinken der katarischen Gastgeber beim Abzug der deutschen Haltungsakrobaten. Linientreue ist nun mal kein Ersatz für Leistung, Anstrengung und Ernsthaftigkeit – weder im Sport noch in der internationalen Politik und im globalen Handel.

Daß es offenkundig nur eine kleine Minderheit von politikkorrekten Einpeitschern war, die den Spielern das unwürdige Kasperltheater um Binden, Gesten, Regenbögen und andere sektiererische Fetische aufgenötigt hat, statt sich auf den Sport zu konzentrieren, schlägt den Bogen zurück zum Zustand des Landes, für das sie ursprünglich antreten sollten. Zumindest einer dieser Apparatschiks, Teammanager Oliver Bierhoff, mußte jetzt gehen. Die Deutschen und ihre Mannschaft jedoch, die sich ohne Aufbegehren von woken Ideologen am Nasenring vorführen und davon ablenken lassen, was wirklich zählt – sie haben einander wahrhaftig verdient.

Der lange Schatten der DDR

Ein Zeitzeugenprojekt erinnert an Mut und Widerstandsgeist von Christen in der SED-Diktatur: Warum EKD und Politik ihre Unterstützung dafür verweigern

Seiten 3 und 7



GRAFIK: JUNGE FREIHEIT

Jenseits der Illusionen

Nationales Interesse: Wie der Ukraine-Krieg Deutschland in eine souveräne Rolle zwingt

DIETER STEIN

Einer gern zitierten Wendung zufolge ist das erste Opfer eines Krieges die Wahrheit. Doch Krieg kann auch zur Zerstörung der Lüge führen. In Deutschland zog er den Schleier fort, der die Blöße seiner Staatlichkeit bedeckt. Buchstäblich nackt standen wir nämlich da, wie sich plötzlich zeigte. Gleich dem Kaiser im Märchen, der sich einredet, ein prächtiges Kleid zu tragen, muß Deutschland seit dem 24. Februar beim Blick in den Spiegel feststellen: Es ist kaum noch etwas vorhanden, was die Souveränität unserer Nation im Ernstfall demonstrieren könnte.

In anderen Worten stellt der Bundeswehr-Experte Carlo Masala zur Lage nach dem Angriff Rußlands auf die Ukraine fest: „Es gab keinerlei Vorbereitungen für diesen Tag, für das Eintreten des Extremfalls.“ Nicht nur für diesen Tag. Es offenbart sich die Konsequenz einer prinzipiellen Haltung, Fragen nicht ernst zu nehmen, die mit Staatlichkeit und ihrer konkreten Sicherung zu tun haben.

Mit dem Krieg in der Ukraine werden wir in bislang ungekannter Schärfe gezwungen, uns endlich wieder diesen elementaren Fragen zu stellen. So dramatisch wie nicht mehr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird uns deutlich, was es heißt, angegriffen zu sein und sich verteidigen zu müssen. Wir müssen begreifen, was es bedeutet, wenn ein Land keine funktionierende Armee hat, wenn nicht nur Ausrüstung und Waffen, sondern Soldaten fehlen, die bereit sind, mit ihrem Leben die Freiheit der Nation zu verteidigen. Dabei spielt Fahrlässigkeit eine Rolle, auch Dummheit, aber entscheidend ist eine Art selbstverordneter und nur hierzulande anzutreffender Gehirnwäsche, die

in Jahrzehnten den Selbstbehauptungswillen der Deutschen zersetzt hat.

Dem bösen Erwachen, das dem Blick in den Spiegel folgte, gab die Bundesregierung den Namen „Zeitenwende“. In der US-Zeitschrift *Foreign Affairs* formulierte Bundeskanzler Scholz diese Woche aus, was er nicht nur unter einer deutschen, sondern gleich einer „globalen Zeitenwende“ versteht. Es gehe um die „weitreichendste Wende in der deutschen Sicherheitspolitik“ seit Gründung der Bundeswehr. Scholz erklärte, auf Deutschland käme jetzt „die wesentliche Aufgabe zu, als einer der Hauptgaranten für die Sicherheit in Europa Verantwortung zu übernehmen“, weshalb nun in Streitkräfte und Rüstung massiv investiert werden müsse. Aber warum Deutschland bislang vor dieser entscheidenden Aufgabe versagt hat, ein „Hauptgarant der Sicherheit in Europa“ zu sein, dazu kein Wort vom Kanzler.

Das ist kein Zufall. Denn es gibt nicht einmal ansatzweise eine selbstkritische Beschäftigung mit den Ursachen, weshalb Deutschland Dreh- und Angelpunkt europäischer Schwäche ist. Wollte man diese Frage ernsthaft klären, müßte man zuerst an die Frage rühren, warum die Deutschen so versessen darauf sind, ihre eigene nationale Identität auszulöschen. Es gibt keine Reflexion dazu, wie tief die Destabilisierung in der EU reicht, die anhaltend durch die deutsche Asyl- und Migrationspolitik verursacht wird.

Zur Disposition gestellt werden müßte auch die realitätsfremde „wertebasierte“ Außenpolitik eines „liberalen Imperialismus“ (Carlo Masala), es müßten dringend Konsequenzen aus dem wie-

derholten Scheitern des humanitären Interventionismus westlicher Staaten gezogen werden und eine Konzentration auf die Kernaufgabe folgen: Sicherung der nationalen Landesverteidigung im Rahmen einer europäischen Sicherheitsstruktur.

Wie die eigentlich aussehen müßte, ist gegenwärtig nicht einmal in Umrissen geklärt. Da gibt es diejenigen, die wollen, daß alles bleibt, wie es niemals war, und sich wahlweise an Washington oder Paris anlehnen möchten. Da gibt es Pazifisten jeder Färbung, von Regenbogen bis Schwarz-Weiß-Rot mit realitätsfremden Neutralitätstopien. Da gibt es die geopolitischen Träumer, die irgendwelche absurden „Achsen“ jenseits des Nato-Bündnisses herbeiphantasieren. Wenn man sich aber auf den Kern der Sache besinnt, dann muß klar sein, daß weder das „Weiter so“ noch die radikale Kehre zu einer adäquaten Lösung unserer Probleme führen kann. Denn die resultieren daraus, daß zwar neuerdings wieder von „Interessen“ die Rede ist, aber höchst unklar bleibt, was man darunter eigentlich zu verstehen hat.

Im Kern besteht das Interesse eines Staates nämlich darin, seinen eigenen Fortbestand zu gewährleisten und sich die dazu nötigen Machtmittel zu verschaffen. Eine Aufgabe, vor der unsere Politische Klasse seit Jahrzehnten versagt. Erkennbar wurde das schon nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Wiedervereinigung. Damals hielten es die Verantwortlichen für einen guten Gedanken, an der gewohnten Verzerrung festzuhalten und darauf zu hoffen, daß wir von Freunden umzingelt bleiben. Das hat selbstverständlich nicht funktioniert. Die Erwartung, daß die übrigen Europäer

den deutschen Traum von der „postnationalen“ Ära mitträumen würden, hat sich ebenso erledigt wie die Annahme, daß sich der ostmittel- und osteuropäische Raum von selbst stabilisieren könnten. Der Ukrainekrieg hat auch mit diesem Versagen zu tun.

Die für Deutschland peinliche Frage ist: Warum ist unser Einfluß in diesem Raum so gering? Ahnungsvoll hat der Osteuropa-Experte Carl Gustaf Ströhm im Moment der Wiedervereinigung 1990 in *Criticón* gefragt, ob die Deutschen „als Nation noch imstande“ seien, „zu bestehen“ und ob sie begriffen hätten, welche Aufgabe ihnen durch die wiedergewonnene Mittellage als Fürsprecher der „kleinen Nationen“ des Ostens zukomme, die im Zuge des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums ihre Freiheit erlangt hätten.

Von der politischen und kulturellen Strahlkraft, die Deutschland traditionell in Osteuropa besessen hatte, ist wenig geblieben. An seine Stelle sind wachsendes Unverständnis, ja Verachtung getreten. Nirgendwo sonst in Europa gibt es ein geringeres Verständnis für die Bereitschaft der Selbstaufgabe von nationaler Identität und Souveränität wie bei den ostmittel- und osteuropäischen Völkern.

Das war schon vor dem Angriff Rußlands auf die Ukraine so, und unter dem Eindruck der Aggressivität Moskaus einerseits, der entschlossenen Abwehr Kiews andererseits hat sich diese Wahrnehmung nur verstärkt. Wenn es also eine Lehre zu beherzigen gibt angesichts des Desasters vor unserer Haustür, dann diese: Die erste Aufgabe jeder Nation ist, für den eigenen Bestand und den eigenen Schutz Sorge zu tragen und die dafür nötigen Entscheidungen zu treffen. Das ist ihr legitimes Interesse. Es ist eine Illusion, dies im Alleingang verfolgen zu wollen. Soll eine Zeitenwende ernsthaft Gestalt annehmen, muß Deutschland seinen Willen zur Nation also im positiven Sinne wiedergewinnen.



Europäische Union EUR 6,00
Schweiz CHF 6,70

Eritreer ersticht Mädchen in Illerkirchberg

Bloß keinen Generalverdacht

Von Henning Hoffgaard

Ein 14-Jähriges Mädchen wird auf dem Weg zur Schule brutal ermordet. Die Polizei nimmt einen aus Eritrea stammenden Asylbewerber fest, der 2016 nach Deutschland spazierte. Kommt einem irgendwie bekannt vor. Bei all den von Migranten ermordeten Kindern und Jugendlichen der letzten Jahre fällt es schwer, die Übersicht zu behalten. Meist waren es Mädchen, meist gab es einige Tage eine aufgeheizte Debatte, und dann folgte zumeist ... nichts.

Schwamm drüber und bloß keinen Generalverdacht. Politische Konsequenzen gab es sowieso nie. Wird es auch im Fall der Tat von Illerkirchberg nicht geben, wetten? Die Ablenkungs- und Beschwichtigungsmaschine läuft bereits auf Hochtouren. So warnte die Polizei in ihrer ersten Meldung ernsthaft davor, „keinen Generalverdacht gegen Fremde, Schutzsuchende oder Asylbewerber allgemein zu hegen oder solchem Verdacht Vorschub oder Unterstützung zu leisten“. Warum eigentlich? Ein grundsätzlicher Verdacht muß sich ja nicht bestätigen. Und wir sollten ganz generell und grundsätzlich ganz genau hinschauen, wer hier so ins Land kommt.

Bezeichnend, daß die etablierten Medien und andere Informations-Gatekeeper die moralisierende Polizei-Mahnung prompt übernehmen und im gleichen Atemzug bemängeln, die AfD habe sich beispielsweise daran nicht gehalten. Es sind eben diese plappernden Amtspapageien, die dafür sorgen, daß solche Bluttaten immer wieder vorkommen werden.

Nationale Strategie gegen Antisemitismus

Den Haß auf Israel im Gepäck

Von Laila Mirzo

Das neue Aktions-Retorten-Kind der Bundesregierung heißt „NASAS“ und meint die erste „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“. Ziel dieses Vorhabens ist das Sichtbarmachen jüdischen Lebens mit all seinen Facetten und die Bekämpfung des Judentums. Des Pudels Kern sucht man bei so viel Aktionismus jedoch vergebens: den islamisch-motivierten Judentum.

Den Vätern dieses Strategie-Papiers scheint es nicht bewußt zu sein, daß es für Juden vielerorts lebensgefährlich werden kann, wenn sie als solche erkennbar sind. Wer mit Kippa oder Davidstern-Kette das Haus verläßt, muß in vielen Stadtvierteln Deutschlands mit Ressentiments rechnen. Beleidigungen und körperliche Übergriffe nehmen stetig zu. Allein im Jahr 2021 hat die Polizei 3.027 antisemitische Straftaten registriert. Die Dunkelziffer mag noch erschreckender sein.

Häufig müssen jüdische Schüler die Schule wechseln, da sie von vorwiegend muslimischen Mitschülern drangsaliert werden. Eine nationale Strategie gegen muslimischen Judentum wäre eine ehrliche Initiative für jüdisches Leben in Deutschland gewesen. Solange Deutschland Hunderttausende muslimische Migranten unkontrolliert ins Land läßt, die als Gastgeschenke unverhohlenen Juden- und Israel-Haß im Gepäck haben, sind solche Alibi-Aktionen nichts als eine hilflose Übersprünghandlung.

Laila Mirzo ist Chefredakteurin der „Jüdischen Rundschau“.

Musk enthüllt Zensurmethoden bei Twitter

Wenn die Masken fallen

Von Ronald Berthold

Man hat es geahnt. Aber die Dimension der Zensur bei Twitter, die der neue Eigentümer Elon Musk nun aufdeckt, übertrifft schlimmste Erwartungen. Kurz gesagt: Der Kurznachrichtendienst war bis zur Übernahme durch den Tech-Milliardär der verlängerte Arm einer von der Politik betriebenen Cancel Culture. Fakten, die nicht dem linken Mainstream entsprachen, sollten gelöscht werden.

Bei Facebook läuft es ähnlich. Auch hier wird aus ideologischen Motiven zensiert. Dafür muß die von der Politik immer wieder ins Feld geführte „Haß-Sprache“ herhalten. Merke: Alles, was die zum Staatskonsens erklärte Welle brechen könnte, gilt als Haß.

Dabei bedarf es nicht einmal politischer Anweisungen, wie die deutsche Zensur-Order „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“. Die Verantwortlichen bei Twitter erhoben sich allein über das, was wahr sein darf. Ihnen ging es darum, Trumps Wiederwahl zu verhindern. Es ist ein Wechselspiel zwischen Politik und Medien. Das zeigt auch das radikale Löschen unliebsamer Wahrheiten zu Corona-Einschränkungen.

Daß Musk nun eine Kurskorrektur vornimmt und dafür von der EU-Kommission ein Ultimatum erteilt, übertrifft ebenfalls alle Erwartungen. Genau wie China und Nordkorea will Brüssel Twitter abschalten. Musk darf gesperrte Nutzer nicht zurückholen, sonst könnte seine Plattform in Europa gecancelt werden. Die Maske fällt so eindeutig, daß nicht die Praxis, sondern die Offenheit im Umgang damit überrascht.



„Ganz klar sollte allen sein, daß die Herkunft der Täter keine Rolle spielen darf!“

Ein neues Volk schaffen

Einbürgerungen erleichtern: Was die Pläne der Ampel-Regierung bedeuten

Seit Jahren schon schrauben die politischen Verantwortlichen die Anforderungen an den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft kontinuierlich herab. Bis vor kurzem beteiligte sich auch die CDU/CSU federführend daran. Gleichzeitig jedoch werden in der Debatte um mögliche Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts häufig verfassungsrechtliche Grundtatsachen systematisch in den Hintergrund gedrängt.

Das Grundgesetz unterscheidet zwischen den verfaßten Staatsgewalten (Legislative, Exekutive, Judikative) und der verfassungsgebenden Gewalt, eben dem Volk. Auch der verfassungsändernde Gesetzgeber ist verfaßte Gewalt und kann das Grundgesetz nicht abschaffen oder seine wesentlichen Grundzüge ändern, was in der Selbstbestimmungsgarantie des Grundgesetzes (Artikel 79 Abs. 3) festgeschrieben ist.

Wenn also alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Artikel 20 Abs. 2 Grundgesetz), das allein verfassungsgebende Gewalt ist (Präambel und Artikel 146 Grundgesetz), folgt daraus zwangsläufig: selbst der verfassungsändernde Gesetzgeber, schon gar nicht der einfache Gesetzgeber, kann dieses Volk, das als Legitimationssubjekt Staatsgewalt und Verfassung vorgelagert ist, austauschen und sich eine neue verfassungsgebende Gewalt suchen und herbeidefinieren. Wer ist aber das „Volk“ im Sinne des Grundgesetzes?

Das Grundgesetz definiert den Begriff nicht näher, sondern setzte ihn 1949 als offensichtliche Selbstverständlichkeit voraus. Wenn neuerdings teils behauptet wird, das Grundgesetz definiere das Volk zwingend und ausschließlich als den Inbegriff aller Staatsangehörigen, so ist dies unzutreffend. Das beweist schon Artikel 116 Grundgesetz, der sowohl Staatsangehörige wie auch Volkzugehörige als Deutsche ausweist.

Die Umdeutung dürfte darauf abzielen, dem Gesetzgeber bei der Reform des Staatsangehörigkeits- und Einwanderungsrechts keine verfassungsrechtlichen Grenzen mehr zu setzen und dem Gesetzgeber, der doch eigentlich vom Volkswillen abhängig sein soll, zu ermöglichen, das Volk aufzulösen und sich neu wählen zu können.

Den Vätern und Müttern des Grundgesetzes stand 1949 ein klares Bild vor Augen, das damals niemand anzweifelte – auch nicht Sozialdemokraten oder Kommunisten. Seit 1913 galt nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeits-

gesetz grundsätzlich das Abstammungsprinzip. Für das Grundgesetz ist das deutsche Volk eine seismäßig bestehende, dem Grundgesetz vorgelagerte und keineswegs erst durch Gesetze konstruierte Abstammungs- und Kulturgemeinschaft. Dies hat die Naturalisation von Ausländern niemals ausgeschlossen; Voraussetzung war aber in der Regel die Assimilation. Freilich kann dies heute – im Zeichen einer jahrzehntelangen demographischen Krise, dem Fachkräftemangel und dem Bedarf nach qualifizierten Einwanderern, die man nicht sämtlich der angelsächsischen Welt überlassen sollte – so nicht mehr aufrechterhalten werden.

VON ULRICH VOSGERAU

„Unter dem Grundgesetz muß das Abstammungsprinzip zwingend die Regel bleiben.“



Trotzdem muß unter dem Grundgesetz, eben zur Vermeidung des Austauschs der verfassungsgebenden Gewalt, das Abstammungsprinzip die Regel, die Naturalisation besonders begabter Köpfe hingegen die Ausnahme bleiben. Diesem Grundsatz arbeitet die Politik seit Jahrzehnten systematisch entgegen. Zur Hilfe eilen dabei Akteure wie die Bertelsmann-Stiftung, die propagieren, es könne gar nicht genug Einwanderung und Einbürgerung geben.

Die nun von der Ampelkoalition geplanten Erleichterungen der Einbürgerung stehen in einem Kontinuum mit der von Union, FDP, SPD, Grünen und Linkspartei spätestens seit der rot-grünen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999 befürworteten und vorangetriebenen Politik. Daß nun einzelne FDP-Politiker unter dem Eindruck verheerender Umfrage- und Landtagswahlergebnisse sich öffentlich gegen die Reform wenden, muß eigentlich verwundern, setzt die Gesetzgebungsinitiative doch im wesentlichen die Verabredungen des geschlossenen Koalitionsvertrages um.

Auch in der Union rumort es. Eine Gruppe von 20 CDU-Parlamentariern um Armin Laschet bekennt sich zum rot-grünen Einbürgerungsrecht. Friedrich Merz läßt die Merkelianer nicht etwa umgehend in die Elbe werfen, sondern will ihre Anregungen sogar aufnehmen. Der CDU-Chef fällt jedesmal um, wenn man ihn öffentlich darauf aufmerksam macht, daß seine politischen Ansichten vom Programm der Grünen und den Erkenntnissen der Bertelsmann-Stiftung nicht gedeckt sind. Recht haben die rot-grünen Unionisten jedenfalls damit, daß die geplante Reform die während der Merkel-Ära bereits erfolgten Erleichterungen der Einbürgerung eigentlich folgerichtig fortschreibt.

Tatsächlich legalisiert die neue Linie, abgelehnte, aber bislang geduldeten Asylbewerber nicht abzuschreiben, sondern einzubürgern, nur seit Jahren bestehende Zustände. Die von der Ampelkoalition ebenfalls im Koalitionsvertrag versprochene „Rückführungsoffensive“ ist bereits krachend gescheitert. Die Bundesrepublik schiebt in Staaten, aus denen die Asylbewerber kommen, ohnehin nicht ab, weil dies entweder die Politik aus humanitären Gründen so festlegt oder, tut sie das nicht, dann eben die Verwaltungsgerichte die Abschiebung unterbinden.

Der einzige Weg, unerwünschte Einwanderung in die Sozialsysteme zu unterbinden, besteht im menschenwürdegeleiteten Rechtsstaat des Grundgesetzes eben darin, die Einwanderungsaspiranten nicht ins Land zu lassen. Genau dies schreiben Artikel 16a Abs. 2 des Grundgesetzes und § 18 Absatz 2 des Asylgesetzes auch zwingend vor. Diese Vorschriften finden aber keine Beachtung mehr und können wohl auch gar nicht umgesetzt werden, solange Deutschland seine grünen Grenzen nicht in geeigneter Weise gegen die neue Völkerwanderung sichert.

Ein positiver Nebeneffekt der geplanten Einbürgerungsoffensive ist in dieser bestehenden Situation perspektivisch immerhin die weitgehende Abschaffung der Ausländerkriminalität. So wie bei Michael Ende im Land der Riesen definitionsgemäß alle Riesen sind – auch die eher Kleinstwüchsigen – wird es im besten Deutschland, das es jemals gab, bald auch nur noch Deutschenkriminalität geben.

Dr. habil. Ulrich Vosgerau ist Staats- und Verfassungsrechtler.



FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZUMAPRESS.COM

ZITATE

„Bei jenen, die das Vertrauen in die vermeintlichen Eliten verloren haben oder diesen Vertrauensverlust bewirtschaften, liest sich immer häufiger die These von einem Transhumanismus als ideologische Motivation sinister Projekte. Insbesondere Klaus Schwab dient dabei als Archetyp einer invasiven Umgestaltung des Menschen wider die Natur durch technokratische Eliten. (...) Klaus Schwabs Hybris, seine Selbstüberschätzung, liegt jedoch nicht in tollkühnen Plänen, riskanten Experimenten oder übermenschlichen Ideen, sondern im wichtigste Ausbreiten von 'Weltproblemen' angesichts der erbärmlichen Realität seiner hofierten 'Stakeholder': privilegierte Funktionäre, weltfremde Akademiker, Fiat-Vermögende mit Geltungsdrang – überwiegend entropische Energiesauger und gewiß keine Transhumanisten.“

Rahim Taghizadegan, Ökonom und Rektor des Scholarios in Wien, in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Eigentümlich frei“

„Es gibt keine realistischen Optionen in der Ukraine. Wir sind am Arsch. Die Situation ist dazu bestimmt, weiter zu kochen und beide Seiten werden weiter eskalieren. (...) Diplomatie ist ein sehr wichtiges Element der Außenpolitik und viele amerikanische Politiker scheinen das vergessen zu haben. Schlimmer noch: viele Menschen im Westen setzen Diplomatie mit Appeasement gleich, was bemerkenswert dumm ist. (...) Beide Seiten werden also diesen Konflikt ausfechten.“

John Mearsheimer, Politikwissenschaftler, im Podcast des Blogs „unherd“ am 30. Dezember

„Der Ausnahmezustand ist Dauerzustand geworden. Es hat sich eingebürgert, eine Politik der leicht zu schürenden Angst zu verfolgen (...). Corona war ein ebensolcher Fall. Der verängstigte Bürger nahm die Grundrechtseingriffe verblüffend gleichmütig hin. Wer sie kritisch sah, wurde gesellschaftlich stigmatisiert, als 'Querdepp' und Nazi verunglimpft und wurde sogar zum Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Auch die Medien hatten sich überwiegend zu regierungstreuen Verlautbarungsorganen machen lassen und freuten sich, von der Politik als Teile einer sogenannten 'Verantwortungsgemeinschaft' wahrgenommen zu werden. (...) Inzwischen werden die Schäden sichtbar, an der Jugend, an den vereinsamten Alten, aber auch an der Gesellschaft insgesamt, die sich spalten ließ.“

Fatima Keilani, Redakteurin, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 1. Dezember

„Der deutsche Konservatismus ist intellektuell marginalisiert (...). Er orientiert sich an geistigen Fragmenten vergangener Epochen und Staatsformen; das Ganze ist ein nostalgischer Tanz. Wenn es einen lebendigen Konservatismus gäbe, würde er sich mit der Zukunft beschäftigen.“

Thomas Fasbender, Publizist, in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Wir selbst“

„Für die globale Wirtschaftselite ist der Staat als Akteur ein gewünschter Partner. Er schreibt mit seinen Plänen die Ziele vor. In Deutschland reicht ein Blick auf die durch staatliche Vorgaben erzwungene abrupte Wende zur Elektromobilität, auf die Energiepolitik, die rigorose den Umbau zu Wind- und Solarenergie erzwingt und dafür die Deindustrialisierung in Kauf nimmt; auf ein 'ökologisches' Regelkorsett für die Landwirtschaft, das bäuerliche Familienbetriebe zerstört; und auf eine Gesundheitspolitik, die in der Corona-Pandemie mit dem Segen des Verfassungsgerichts grundlegende Freiheitsrechte per Verordnung abschafft.“

Carsten Gernis, ehemaliger FAZ-Wirtschaftsredakteur, in der Winter-Ausgabe der „Trumult“

Aufgeschnappt

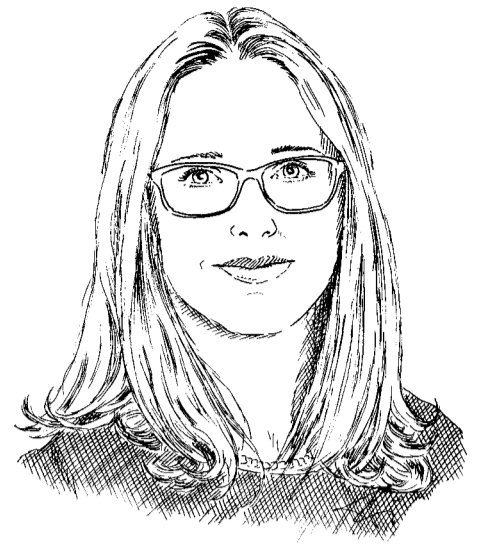
Fehl am Platz im diversen Mikrokosmos

Von Matthias Bäcker

Wohl würde sich der sittenstrenge Pfarrerssohn heute in der Umgebung seines an ihn erinnernden Denkmals wahrscheinlich nicht fühlen. Der Volkspark Hasenheide im Berliner Stadtbezirk Neukölln, wo der nationalbewegte Friedrich Ludwig Jahn für die „leibliche sowie geistige und sittliche Erziehung“ deutscher Männer 1811 den ersten öffentlichen Turnplatz gründete, ist heute geprägt von Hundekot und Müllbergen des feiernden Partyvolks, Drogendealern aus aller Herren Länder und Schwulen, die sich in den Gebüsch und lüsterne SEXTRETTUM tummeln. In diesem „funkelnden Mikrokosmos der Diversität“ (Berliner Zeitung) stellt Turnvater Jahn also eher einen Fremdkörper dar, weshalb das „Netzwerk Frauen in Neukölln“ nun in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auch den Abriss der Jahn-Statue beantragt hat. Ein Denkmal an den „Antisemiten, Nationalisten, Antidemokraten, Militaristen und Antifeministen“ sei untragbar. Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel (SPD) begrüßt ebenso wie der Stadtrat für Grünflächen, Jochen Biedermann (Grüne), die Debatte. Eine „kritische Auseinandersetzung ist sicherlich an der Zeit“, begründet Biedermann vergangene Woche im Tagespiegel den Vorstoß.



FOTO: SCHOENHOF



Alena Buyx. Respektsperson oder Real-
satire? An der Chefin des Deutschen
Ethikrats scheiden sich die Geister.

Mitwirkende Zeitzeugen: (von oben und links) J. Gauck (1/1), Harald Bretschneider (1/2), Uwe Holmer (1/3), Hansjörg Weigel (1/4), Eberhard Heiße (1/5), Ehrhart Neubert (1/7), Christoph Wonneberger (1/9), V. Lengsfeld (2/5), Richard Schröder (2/9), Ulrike Poppe (3/5), Theo Lehmann (4/3), Ruth Misselwitz (4/5), Heinz Eggert (4/6), Almuth Berger (4/7), Marianne Birtler (4/8) u.v.m.

„Moralkapital aller Deutschen“

Bürgerengagement: Der ehemalige DDR-Oppositionspfarrr Harald Bretschneider hat ein bemerkenswertes Zeitzeugenprojekt auf die Beine gestellt / Nun droht es an der Ignoranz von EKD und Politik zu scheitern

Herr Bretschneider, warum habe ich bisher nichts von Ihrem Zeitzeugenprojekt gehört?

Harald Bretschneider: Weil wir dringend benötigte Fördergelder – obwohl bereits versprochen und beschlossen – nie erhalten haben und wir es also weder wie geplant umsetzen noch bewerben können.

Um was geht es bei „Glaube, Mut und Freiheit in der DDR und danach“?

Bretschneider: Dieses einmalige Projekt (siehe auch Seite 7) soll in Form dokumentarischer Interviews mit maßgeblichen Zeitzeugen die ganze Dimension des christlichen, wenigstens aber protestantischen Widerstands in der DDR darstellen. Ebenso wie dessen entscheidenden Anteil daran, der Friedlichen Revolution den Weg gebahnt zu haben. Und es soll all das angesichts einer vergeblichen Gegenwart präsent halten.

Und warum gibt es dafür keine Förderung?

Bretschneider: Das fragen Sie mal die EKD und die Politik.

Ist der christliche Beitrag in der heute üblichen Darstellung der Dinge denn überhaupt unterrepräsentiert?

Bretschneider: Aber eindeutig. Ebenso wie die Einsicht, daß die Stärke des Glaubens, der Mut zum aufrechten Gang und der Verzicht, sich selbst zu vergöttern, den Bürgerrechtlern erst die Kraft zum Widerstand gaben.

Wie bedeutend war der christliche Anteil nach Ihrer Ansicht?

Bretschneider: Dies verdeutlicht etwa der Umstand, daß, als 1990 erstmals wieder frei gewählt wurde, in Stadträte, Kreis- und Landtage mitunter bis zu siebzig Prozent Christen einzogen. Natürlich verteilt auf verschiedene Parteien. Doch ihr Anteil war merklich höher als ihr Bevölkerungsanteil von etwa 35 bis 40 Prozent.

„Ihre Frage zeigt die verbreitete, aber typisch einseitige Sicht der Dinge“

Aber war die Revolution angestoßen zu haben nicht Verdienst der Bürgerrechtler, also der DDR-Linken, die einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wollten?

Bretschneider: Genau das zeigt, wie wichtig unser Projekt ist! Denn tatsächlich kam ein wesentlicher Teil der Bürgerrechtler aus dem christlichen Bereich. Wobei natürlich auch von solchen aus anderen Milieus wichtige Impulse kamen. Aber Ihre Frage zeigt die typisch einseitige Vorstellung der Dinge, die aus unserer Sicht unhaltbar, leider aber sehr verbreitet ist und die es geradezurückeln gilt.

Nämlich?

Bretschneider: Tatsächlich gab es von Beginn an in der DDR Widerstand aus den Reihen der Kirche. Etwa nahmen Christen intensiv am Widerstand gegen die Kollektivierung von Landwirtschaft und Handwerk durch LPGs und PGHs teil. Ebenso beteiligten sie sich in besonderem Maße am Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Oder sie widersetzten sich in Form der Jungen Gemeinden – informelle Zusammenschlüsse junger Christen – dem Zugriff der SED. Denn die beanspruchte, im Glauben, Religion sterbe spätestens mit dem Ableben der älteren Generationen aus, die Jugend für sich, die sie in der FDJ zusammenzufassen suchte und daher neben dieser keine kirchliche Jugendorganisation duldete. Bis 1953 ging die SED wiederholt politisch rabiat gegen die Kirchen vor. Erst mit dem sogenannten Neuen Kurs nach Stalins Tod duldete

sie diese dauerhaft – versuchte aber weiter Christen, die sich nicht konform zeigten, aus der Gesellschaft zu drängen, indem sie sie benachteiligte, wenn nicht schikanierte, besonders Engagierte mit der Stasi terrorisierte oder ins Gefängnis steckte.

„Entschüchterung der Bürger gegenüber den Mächtigen“

Inwiefern aber führte das zur Friedlichen Revolution?

Bretschneider: Indem von der Kirche beständig Impulse des Widerstands gegen den Allmachtsanspruch der SED und für die Veränderung der Gesellschaft ausgingen, früh auch für die Entwicklung, die 1989 ihren berühmten Höhepunkt fand. So hatten ab 1980 infolge der von mir maßgeblich initiierten Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ die Jungen Gemeinden großen Zulauf auch aus nichtchristlichen Familien. Und wie Pilze aus dem Boden sprossen oppositionelle Friedens-, Umwelt-, Menschen- und Frauenrechtsgruppen, die sich unter dem Dach, also im Schutz der Kirche organisierten und oft entscheidend angeregt waren durch jenes prophetische „Schwerter zu Pflugscharen“. Denn das bezeugte biblische Wort machte deutlich, daß es einen Herrn der Welt gibt – während die Ulbrichts, Honeckers & Co früher oder später von der Bühne abtraten. So kam es zur Entschüchterung der Bürger gegenüber den Mächtigen, zum Verfall ihrer Autorität.

Warum mauserte sich gerade Ihre Parole zum Motto der DDR-Friedens- und Oppositionsbewegung?

Bretschneider: Eben weil es die Worte eines biblischen Propheten sind, es sich also nicht um eine angreifbare politische Parole handelte. So konnten die vor allem jungen Leute, indem sie das Motto zeigten, ihren Widerspruch auf eine vordergründig unpolitische Art ausdrücken. Zumal wir den Satz mit dem Bild der Plastik eines sowjetischen Staatskünstlers kombinierten, die einen Mann zeigt, der ein Schwert zur Pflugschar schmiedet. Es geht aber bei „Glaube, Mut und Freiheit in der DDR und danach“ nicht um mich, ich bin nur einer von vierzig Christen, deren Wirken und Erleben es dokumentiert.

Warum gerade vierzig?

Bretschneider: Weil für mehr die Mittel fehlen – ja, wir können nicht einmal die vierzig finanzieren. Sie sagten „dokumentiert ist“, also sind sie abgedreht.

Bretschneider: Ja, weil die Filmfirma NFP, die wir mit der Umsetzung des Projektes beauftragt haben, die ersten vierzig in Vorleistung produziert hat – nun aber wegen Streichung der Förderung auf zwei Dritteln der Kosten sitzengelassen ist.

Wie sollte das Projekt denn aussehen, wenn die Fördergelder geflossen wären?

Bretschneider: Geplant waren achtzig bis hundert Interviews sowie das Projekt öffentlich bekannt

zu machen. Wer es sich in seiner jetzigen Form ansehen will, kann das über unsere Seite www.glaube-mut-freiheit-ddr.de tun, wo man zu den bereits geführten Interviews weitergeleitet wird.

Ist das Ganze nicht eigentlich Aufgabe der extra für so etwas geschaffenen „Bundesstiftung Aufarbeitung“?

Bretschneider: Leider gibt es bei dieser offenbar eine recht unterschiedliche Wahrnehmung bezüglich der Kraft und Wirkung des Glaubens und des Einsatzes der Christen für die Freiheit und Einheit.

Sie meinen, die Stiftung stellt die Historie falsch dar?

Bretschneider: Selbstverständlich gestehen wir ihr ihre Sicht der Dinge zu und natürlich sind wir nicht so vermessen, uns im Besitz der alleinigen Wahrheit zu wähnen. Aber dennoch sehen wir die Dinge anders – und sind daher zum Schluß gekommen, daß wir selbst für die angemessene Dokumentation des christlichen Anteils sorgen müssen.

„Zusagen, die nicht gehalten und Fördergelder, die nie gezahlt wurden“

Wer ist „wir“?

Bretschneider: Der Förderverein „Glaube, Mut und Freiheit in der DDR und danach“, der unser gleichnamiges Projekt trägt und von Christen gegründet wurde, die sich schon früher für sein Anliegen eingesetzt haben.

Müßte so ein Projekt nicht von der EKD, statt von einem kleinen privaten Verein ausgehen?

Bretschneider: Als wir ihn 2018 aus der Taufe hoben, waren einige von uns in landeskirchlichen Funktionen, ich etwa im sächsischen Landeskirchenamt tätig.

Aber offensichtlich hat weder die EKD noch eine Landeskirche sich seitdem das Projekt zu eigen gemacht.

Bretschneider: Leider – doch haben wir auch Unterstützung erhalten, so bedachten uns Landeskirche und Freistaat Sachsen mit je etwa 20.000 Euro, weil unser Projekt sie überzeugt hat. Dennoch enttäuscht uns, daß die EKD es trotz unzähliger Gespräche und schier unendlichen Werbens nicht einmal mit 70.000 bis 150.000 Euro zu fördern bereit ist – obwohl uns das ihr damaliger Vorsitzender Heinrich Bedford-Strohm zugesagt hatte.

Weshalb wurde die Zusage nicht eingehalten?

Bretschneider: Das weiß ich nicht.

Was vermuten Sie?

Bretschneider: Mittel sind natürlich begrenzt, und offenbar waren der EKD andere Dinge wichtiger. So fiel die Förderung des Projekts unglücklicherweise in die Zeit, als sie verstärkt Geld zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer benötigte.

Und das kritisieren Sie?

Bretschneider: Nein, die Rettung von Menschen

an sich ist wichtig. Doch halte ich es für unverantwortlich, den Flüchtlingsstrom so noch anzufachen, womit die Zahl derer, die unterwegs umkommen erst recht steigt. Verantwortungslos ist es auch mit Blick auf die Herkunftsländer, denen so ein Teil ihrer Besten genommen wird und in denen sich durch den Einsatz im Mittelmeer ja nichts verbessert – sowie in Hinblick auf unser eigenes Land, das sein demographisches Problem nicht auf Kosten anderer, sondern aus eigener Kraft lösen sollte.

Es ist natürlich das Recht der EKD, Geld für dieses oder jenes auszugeben. Aber gilt nicht – erst recht unter Christen –, daß man hält, was man verspricht?

Bretschneider: Doch, natürlich.

Hat Bischof Bedford-Strohm wenigstens angerufen oder geschrieben, um sich zu entschuldigen und zu erklären?

Bretschneider: Leider nein.

Was halten Sie davon?

Bretschneider: Nun, was uns weit mehr schmerzt: Daß der Haushaltsausschuß des Bundestags 2020/21 eine viel höhere Förderung von 1,23 Millionen Euro bewilligte – die wir aber auch nie erhalten haben.

Warum das?

Bretschneider: Formal weil das Projekt zum Zeitpunkt der Bewilligung unzulässigerweise bereits begonnen gewesen sei. Was aber so nicht stimmt, denn es war in Vorbereitung, ja, doch nicht begonnen, da noch kein Interview geführt worden war.

Selbst wenn, wäre das bei entsprechendem politischem Willen wirklich ein Hinderungsgrund gewesen?

Bretschneider: Ich denke nicht.

Also was vermuten Sie – „soll“ Ihr Projekt vielleicht gar nicht verwirklicht werden?

Bretschneider: Nein, ich sehe eher eine andere Gewichtung der Notwendigkeit als bösen Willen.

„Es geht um Freiheit und Einheit unseres Volkes und seine Zukunft“

Die Förderung gestrichen hat das Amt der CDU-Staatsministerin Monika Grütters, Merks Beauftragte für Kultur und Medien. Enttäuscht es Sie, daß gerade die C-Partei Sie im Stich gelassen hat?

Bretschneider: Nein, denn Sie mißverstehen das Projekt völlig, wenn Sie meinen, es sei nur für Christen von Belang. Im Gegenteil soll es deutlich machen, daß der christliche Widerstand ein wertvolles Erfahrungs- und Moralkapital aller Deutschen ist, gleich ob sie glauben oder nicht. Denn es geht um das Erleben von Diktatur, Willkür und Mitläufertum, um die Fähigkeit, sich zu verweigern, den Mut zu finden, aufzustehen – für die Freiheit und Einheit unseres Volkes. Es geht also nicht in erster Linie um Vergangenheit, sondern um unsere Zukunft – darum, die heutige und künftige Generationen zu ermutigen, ihr Wertebewußtsein zu stärken, ihnen ein Beispiel zu geben, an dem sie sich entwickeln können. Zudem provoziert es jene, die die Geschichte umdeuten und fördert gedankenlose Verächter der religiösen Dimension des Lebens heraus, nachzudenken. Deshalb geben wir auch nicht auf, sondern sammeln weiter Spenden, um so viel wie möglich umzusetzen. Die Friedliche Revolution war schließlich Ergebnis eines wunderbaren Zusammentreffens von geschichtlicher Entwicklung, dem wachsenden Mut der Bürger sowie dem Geschenk und Ausdruck von Gottes Güte.

MORITZ SCHWARZ



Harald Bretschneider

Der ehemalige sächsische Landesjugendpfarrer, geboren 1942 in Dresden, gilt als einer der wichtigsten Initiatoren und Ideengeber der DDR-Friedensbewegung. Er ist Sprecher des Projekts „Glaube, Mut und Freiheit in der DDR und danach – wie Gott uns ermutigt, geleitet und bewahrt hat: Zeitzeugen berichten von ihren Erfahrungen als Christen“.

► www.glaube-mut-freiheit-ddr.de

Zahl der Fälle von Kirchen-Asyl deutlich gestiegen

DÜSSELDORF. Die Kirchen in Nordrhein-Westfalen (NRW) haben einen Ansturm auf das sogenannte Kirchenasyl registriert. Seit Anfang des Jahres hätten sich die Anfragen erhöht und würden immer weiter ansteigen, sagte der Vorsitzende des ökumenischen Kirchenasyl-Netzwerks in NRW, Joachim Poggenklau, nach Angaben der evangelischen Nachrichtenagentur epd. Die Zahl sei so hoch, daß nicht mehr allen ein Platz in einer Kirche angeboten werden könne. Derzeit lägen den Kirchen in dem Bundesland rund 220 Anfragen von abgelehnten Asylbewerbern vor, die ihre Abschiebung verhindern wollten. Beim Großteil davon handelt es sich um Fälle, in denen andere EU-Staaten laut Dublin-Verordnung für den Asylantrag zuständig sind. Hauptherkunftsländer sind Syrien, Irak, Afghanistan und Iran. Laut dem ökumenischen Netzwerk sind fast alle Fälle des Kirchenasyls erfolgreich. In den vergangenen zwölf Monaten seien 200 von 203 Kirchenasyle vorzeitig beendet worden, da die Behörden auf eine Abschiebung verzichtet hätten. Hinter einem Fall können dabei mehrere Personen stehen, etwa wenn ganze Familien Asyl in Kirchen begehren. Aktuell würden die Kirchen die Abschiebung von 166 Personen verhindern. Das sogenannte Kirchenasyl ist nicht durch Gesetze gedeckt. Allerdings verzichten die Behörden in fast allen Fällen darauf, Abschiebungen auch durchzusetzen, wenn die sich illegal in Deutschland aufhaltenden Ausländer in Kirchen unterkommen. Bundesweit soll es nach Angaben von Unterstützerkreisen insgesamt 314 „aktive Kirchenasyle“ mit mindestens 508 Personen geben. Die deutliche Mehrheit der Fälle (294) betreffe Dublin-Verfahren. (ho)

Lebenslange Haft für Polizistenmörder

KAISERSLAUTERN. Weil er Ende Januar bei einer Verkehrskontrolle in der Nähe des rheinland-pfälzischen Kusel zwei Polizisten erschossen hat (JF 7/22), ist ein 39-jähriger Mann wegen Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Das Landgericht Kaiserslautern stellte in seinem Urteil vergangene Woche zudem die besondere Schwere der Schuld fest, wodurch eine Entlassung aus dem Gefängnis nach 15 Jahren ausgeschlossen gilt. Bei dem Verbrechen, das bundesweit für Aufsehen und Entsetzen gesorgt hatte, waren eine 24 Jahre alte Kommissarin und ein 29-jähriger Kommissar mit Kopfschüssen getötet worden. Mit der Bluttat wollte der nun Verurteilte offenbar verhindern, der gewerkschaftlichen Wilderei überführt zu werden. Zum Zeitpunkt der Tat lagen über 20 Stück Reh- und Rotwild im Wagen des Täters, die dieser illegal erlegt hatte. Wie die Ermittlungen ergaben, schoß der Täter zunächst mit einer Schrotflinte und dann mit einer Jagdbüchse auf die Beamten. Der Polizist hatte beim Schußwechsel sein Magazin leer gefeuert, wegen der Dunkelheit den 39-jährigen jedoch nicht getroffen, dessen Waffe über ein Zielfernrohr mit Nachsichtfunktion verfügte. Ein mitangeklagter Komplize des Täters blieb straflos, weil er nach Auffassung der Richter nicht an den tödlichen Schüssen auf die Polizisten beteiligt war und mit seinen Aussagen maßgeblich zur Aufklärung der Taten beigetragen hatte. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) teilte anläßlich der Verkündung des Urteils mit, daß die zu einer tödlichen Falle gewordene vermeintliche Routinekontrolle zeige, wie gefährlich der Dienst von Polizeibeamten sein könne. „Diejenigen, die uns schützen, verdienen selbst unseren Schutz und unseren Respekt“, betonte die Ministerin. (vo)

Parteien, Verbände, Personen

Freie Bauern

Aussagen über die Landwirtschaft während der NDR-Fernsehtalkshow „3 nach 9“ haben für Empörung gesorgt. Die Freien Bauern haben den Schauspielern **Hannes Jaenicke** und **Sky du Mont** sowie der Moderatorin **Judith Rakers** „Lüge und Hetze“ vorgeworfen und eine Klage auf Unterlassung der unehrenhaften und verleumderischen Behauptungen angekündigt. Es sei „eine rote Linie überschritten“ worden, sagte der Bundessprecher der Interessensvertretung bäuerlicher Familienbetriebe, **Alfons Wolff**. So habe Jaenicke behauptet, konventionelle Milchviehhaltung sei bestialische Tierquälerei, du Mont habe unter Zustimmung von Jaenicke und Rakers behauptet, alle Kälber aus der Milchviehhaltung würden umgebracht. Wolff betonte: „Kein Kalb wird umgebracht – wir stehen fassungslos vor den Lügen, die über ein öffentlich-rechtliches Medium verbreitet werden, und gehen jetzt rechtlich dagegen vor.“
► www.freiebauern.de



Rakers

Junge Alternative

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender der Jungen Alternative (JA) in Mecklenburg-Vorpommern bleibt **Alexander Tschich**. Er setzte sich in

„Schock sitzt tief“

Mord an Kind: Auch weil der Verdächtige Asylbewerber ist, schlägt die Tat hohe Wellen

MARTINA MECKELEIN/ ZITA TIPOLD

Am Abend nach der Ermordung eines 14-jährigen Mädchens hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ein lange geplantes Hintergrundgespräch mit wichtigen Journalisten aus dem Bundesland. Er sieht erschöpft aus. Er wird wissen: Nach der Festnahme eines dringend tatverdächtigen Asylbewerbers steht ihm Ärger ins Haus. Erst spät meldet sich der Regierungschef zu Wort und warnt vor einem „Generalverdacht“. Doch da ist ihm die Debatte bereits entglitten. Die Wut kocht hoch.

AfD-Chefin Alice Weidel hatte den Ton der Debatte längst geprägt. „Die routiniert abgepulsten Floskeln von Politikern der Regierungsparteien nach der Bluttat von Illerkirchberg sind ein Hohn für alle Bürger, die zu Recht um Leib und Leben ihrer Kinder und Familien fürchten.“

„Sachliche Diskussion nicht zumutbar“

Es reiche nicht aus, wenn sich die verantwortlichen Politiker nun bestürzt und erschüttert zeigten, monierte Weidel. Sie müßten „die notwendigen Entscheidungen treffen, um die Bürger zu schützen und die Sicherheit im öffentlichen Raum zu gewährleisten“. Sie appellierte an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), „abgelehnte Asylbewerber, illegale Migranten, kriminelle Zuwanderer und Gefährder konsequent, umgehend und ohne Ausnahme in ihre Herkunftsländer“ abzuschieben.

Am Montag morgen waren die beiden Mädchen auf dem Schulweg in der 5.000-Seelen-Gemeinde von einem Mann mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt worden. Eines der beiden Opfer, eine 14-jährige, erlag noch am selben Tag seinen



Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl legt Blumen am Tatort nieder: Noch keine Aussage zu möglichem Motiv

schweren Verletzungen im Krankenhaus. Dringend tatverdächtig und seit Dienstag in Haft ist ein 27 Jahre alter Asylbewerber aus Eritrea. „Der Tatverdächtige ist seit 2016 in Deutschland, er hat eine Aufenthaltserlaubnis“, sagte Oberstaatsanwalt Michael Bischofberger der JUNGEN FREIHEIT. „Abgesehen von einer Schwarzfahrt ist er niemals polizeilich in Erscheinung getreten.“ Zu einem möglichen Motiv konnten die Ermittler einen Tag nach der Tat noch nichts sagen.

Faeser hatte sich zuvor über die Tat erschüttert gezeigt. „Ich traure um das getötete Mädchen und hoffe inständig, daß das verletzte Mädchen gesund wird“, schrieb sie auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. „Meine Gedanken sind in diesen Stunden bei ihren Familien.“ Der Linkspartei-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Parteichef, Bernd Riexinger, übte heftige Kritik an der AfD: „Statt um das tote Mädchen in Illerkirchberg zu trauern, innezuhalten und mal den Mund zu halten, nutzen die AfD-Nazis sofort die Gelegenheit, um gegen Geflüchtete zu hetzen.“ Dies sei „nie-

derträchtig“ und zeige, wes Geistes Kind die AfD sei. Die kleine Gemeinde Illerkirchberg ist nicht das erste Mal wegen einer Gewalttat von Asylbewerbern in den Schlagzeilen. 2019 wurde in einem anderen Ortsteil ein 14 Jahre altes Mädchen von vier Asylbewerbern aus dem Irak und Afghanistan über Stunden mehrfach vergewaltigt. Ein Gericht verurteilte die Täter 2021 zu Haftstrafen von zwei Jahren und zwei Monaten sowie zwei Jahren und drei Monaten.

Unterdessen gärt es im nahe gelegenen Ulm aufgrund des aktuellen Verbrechens gewaltig. Dort kommen wöchentlich etwa 50 Asylbewerbern, die wegen überfüllter Unterkünfte eigentlich auf die umliegenden Ortschaften verteilt werden, berichtete die *Südwest-Presse*. Doch die wehren sich gegen den Mitte November beschlossenen Aufbau von Wohncontainern. „Deswegen hat die Stadt Ulm noch am Montag, am Abend der Bluttat von Illerkirchberg, beschlossen, bei allen anstehenden Ortschaftsratssitzungen, in denen es um Standorte für die Unterbringung Geflüchteter gehen sollte,

eingzugreifen“, schreibt die Zeitung. „Der Schock über diese brutale Tat sitzt tief. In dieser Lage ist es für alle Seiten unmöglich und auch nicht zumutbar, eine sachliche Diskussion zu führen“, zitiert das Blatt Ulms Bürgermeister Gunter Czisch (CDU).

Der Mord von Illerkirchberg ruft zudem ähnliche Taten in Erinnerung. Im Dezember 2017 tötete ein Afghane, der zuvor als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen war, die 15-jährige Mia aus Kandel. 2018 fiel die Medizinstudentin Maria Ladenburger in Freiburg einem afghanischen Asylbewerber zum Opfer. Ein weiterer Fall, der 2018 für viel Aufsehen gesorgt hatte, war der Tod der 14 Jahre alten Susanna F. aus Wiesbaden, die von einem irakischen Asylbewerber vergewaltigt und ermordet wurde. Ebenfalls 2018 starb die 17-jährige Flensburgerin Mireille B. Ihr Ex-Freund, ein afghanischer Asylbewerber, der 2015 nach Deutschland eingereist war, hatte sie nach dem Beziehungs-Aus mit 14 Messerstichen getötet.

► Kommentar Seite 2

Am liebsten mit viel Zivilgesellschaft

„Strategie gegen Antisemitismus“: Die Bundesregierung will judenfeindliche Straftaten besser bekämpfen / Mehr als übliche Worthülsen?

PETER MÖLLER

Die Zahlen sind eindeutig: 2017 registrierten die Behörden 1.504 antisemitische Straftaten in Deutschland, im vergangenen Jahr waren es 3.027 Übergriffe auf Juden oder jüdische Einrichtungen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden nach vorläufigen Zahlen bereits 1.112 antisemitische Straftaten verzeichnet.

Vor dem Hintergrund der seit Jahren hohen Zahl von solchen Übergriffen in Deutschland hat der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, in der vergangenen Woche in Berlin die vom Bundeskabinett beschlossene „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ präsentiert. „Die gesamtgesellschaftliche Bekämpfung von Antisemitismus ist angesichts der aktuellen Entwicklungen dringlicher denn je“, sagte Klein bei der Vorstellung.

Ziel der auf 50 Seiten zusammengefaßten Strategie ist es, den Weg zu bereiten „für einen ganzheitlichen, politikfeld-, ressort- und ebenenübergrei-

fenden Ansatz der Antisemitismusbekämpfung“. Mit anderen Worten: Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen sollen miteinander vernetzt werden, um den Antisemitismus gemeinsam und zielgerichtet zu bekämpfen – oder ganz anders gesagt: ein Großteil des Kampfes gegen Antisemitismus soll nicht von den Strafverfolgungsbehörden geführt, sondern an private Institutionen ausgelagert werden, die im Umkehrschluß mit tüppigen Zuwendungen vom Steuerzahler rechnen dürfen.

Dafür wurden fünf sogenannte Handlungsfelder identifiziert: Neben der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus sieht das Papier die Datenerhebung, Forschung und Erstellung eines Lagebilds sowie die Bildung als Antisemitismusprävention und Aufklärung vor. Weitere Handlungsfelder widmen sich der Erinnerungskultur, dem Geschichtsbewußtsein und dem Gedenken sowie der jüdischen Gegenwart und Geschichte.

Daran, wo die Macher der Strategie die Ursachen für den Antisemitismus in Deutschland sehen, lassen sie keinen Zweifel: „Die größte Relevanz besitzt der Antisemitismus weiterhin im Rechtsex-

tratismus, wo er zu den ideologischen Kernelementen zählt“, heißt es in dem Papier. Als Beleg dafür, daß der Anteil der rechtsextremistisch motivierten antisemitischen Straftaten besonders hoch sei, wird auf die Statistiken verwiesen. Nicht erwähnt wird indes die gängige Praxis der Behörden, antisemitische Straftaten, bei denen die Täterschaft unklar ist, pauschal als rechtsextremistisch motiviert zu registrieren.

Zurückhaltend beim Thema Moslems und Antisemitismus

Dementsprechend wird das große Tabu in der deutschen Diskussion über den Antisemitismus, der wachsende Anteil von Moslems unter den Tätern, in dem Papier zwar nicht gänzlich ausgeblendet, aber äußerst zurückhaltend behandelt. Im Zusammenhang mit der „Stärkung des jüdisch-muslimischen Dialogs“ heißt es beispielsweise knapp: „Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) hat sich mehrfach mit Antisemitismus unter Muslimen befaßt.“

Es wird interessant sein zu sehen, welchen Einfluß die zahlreichen beteiligten, meist äußerst links geprägten „zivilgesellschaftlichen“ Organisationen auf die Umsetzung der Antisemitismus-Strategie nehmen werden. Wenn es in dem Papier heißt, bei Bildungs- und Präventionsvorhaben sollte „eine intersektorale und interrelationale Perspektive beachtet werden, um zum Beispiel Verschränkungen von Judenhaß mit Antifemismus oder Rassismus zu berücksichtigen“, beginnt man zu ahnen, welche Richtung dieser institutionalisierte Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland einschlagen wird.

Dabei sind die Ziele der Strategie eigentlich eindeutig formuliert: „Gegen alle Formen antisemitischer Diskriminierung und der Verbreitung von Judenhaß muß konsequent vorgegangen werden. Eine wehrhafte Demokratie darf dafür keine Mittel oder Räume zur Verfügung stellen.“ Die Umsetzung wird indes zeigen, ob dies mehr als die üblichen Worthülsen sind.

► www.antisemitismusbeauftragter.de/nasas

► Kommentar Seite 2

Ländersache: Rheinland-Pfalz



Dilettantisch und überfordert

PAUL LEONHARD

Chaos und Panik müssen in der Flutnacht vom 14. zum 15. Juli vergangenen Jahres im Lagezentrum des Innenministeriums in Mainz geherrscht haben. Chaos, weil das Lagebild „sehr, sehr unübersichtlich“ war, wie nach langem Zögern der Vertreter des Inspektors der Polizei in Rheinland-Pfalz, Martin Kuntze, jetzt vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Landtages eingeräumt hat. Und Panik, weil sich die Mitarbeiter in einem „extremen Spannungsfeld“ zwischen dem Informationsbedürfnis von Behörden und Öffentlichkeit sowie der Anforderung befanden, nur gesicherte Informationen weiterzugeben (JF 42/22).

Die Beamten hätten „nach bestem Wissen und Gewissen“ die eingehenden Informationen abgearbeitet und die ganze Nacht lang versucht, Boote, Hubschrauber und Personal zu organisieren, so Dieter Keip, für die Polizei zuständiger Abteilungsleiter im Innenministerium. Einige Informationen waren allerdings sehr konkret. So räumte bereits im Septem-

ber ein Mitarbeiter des Lagezentrums ein, in jener Nacht gegen 23.40 Uhr von einem Angehörigen der Polizeihubschrauberstaffel aus vier Orten Fotos erhalten zu haben, auf denen bis unter das Dach im Wasser stehende Häuser zu sehen waren, die er als „erschreckend“ bezeichnet und „persönlich an das Ministerbüro weitergeleitet“ habe.

Nachdem mehr und mehr Dokumente und E-Mails aus jener Nacht, darunter auch gelöschte, die aber vom Landeskriminalamt wiederhergestellt werden konnten, bekannt geworden sind, sollen nun 16 Zeugen aus der Region den Abgeordneten besser nachvollziehbar machen, was bei der Krisenbewältigung im Ahral schiefeleggen ist. Komende Woche steht dann das Katastrophenmanagement des Deutschen Roten Kreuzes im Mittelpunkt einer Ausschusssitzung. Voraussichtlich wird dann auch die Staatsanwaltschaft Koblenz, die gegen den früheren Landrat des Kreises Ahrweiler und einen Mitarbeiter ermittelt, über ihren Ermittlungsstand informieren. Den beiden Männern wird vorgeworfen, die Bevölkerung zu spät gewarnt und evakuiert zu haben.

Überfordert von den Ereignissen war aber offenbar nicht nur die Kreisebene, sondern auch die eigentlich für den Katastrophenschutz zuständige, dem Innenministerium unterstellte Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die drei Tage nach der Sturzflut mit mindestens 134 Toten die Einsatzleitung übernahm. Deren Agieren, so sagten übereinstimmend mehrere Zeugen, sei dilettantisch gewesen. Es sei der Eindruck entstanden, daß die Mitarbeiter des Verwaltungsstabes für derartige Aufgaben nicht geschult gewesen seien.

Ob auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) Anfang nächsten Jahres nochmals vor den Untersuchungsausschuß geladen wird, hängt von der Auswertung der mehr als 120 neuen Videos und 21 Dateien aus dem Fluggebiet ab, die die ADD plötzlich zur Verfügung gestellt hat. So mußte Innenminister Roger Lewentz (SPD) seinen Hut nehmen, weil von der Polizei-Hubschrauberstaffel gemachte Aufnahmen angeblich verschwand waren. Noch weigert sich Dreyer aber, die politische Verantwortung für das offensichtliche Versagen ihrer Katastrophenschutzler zu übernehmen.

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an:
redaktion@jungefreiheit.de

CHRISTIAN VOLLRADT

Über neun Monate schon herrscht Krieg im Osten Europas, doch von der Zeitenwende keine Spur, die der Kanzler Olaf Scholz im Bundestag nach Russlands Angriff auf die Ukraine so groß verkündet hatte. Stattdessen spielt man Schwarzer Peter: Die Industrie beklagt, bei ihr werde allen Lippenbekenntnissen der Bundesregierung zum Trotz nichts oder nur sehr wenig bestellt (JF 48/22); das Verteidigungsministerium behauptet, die Bundeswehr könne nur bestellen, wenn das Parlament die entsprechenden Mittel freigebe; und der Chef der Kanzlerpartei SPD, Lars Klingbeil, forderte im Brustton der Überzeugung, die Rüstungsindustrie müsse jetzt aus sicherheitspolitischem Interesse die Kapazitäten mit großer Geschwindigkeit ausbauen. Und wenn sie das nicht hinbekomme, müsse man eben bei anderen Ländern innerhalb des Bündnisses einkaufen.

Ein ähnliches Bild bietet der Verteidigungsausschuß des Bundestags. Sobald die oppositionelle Union die Backen aufbläst und die Entlassung von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) fordert, wird ihr aus den Fraktionen der Ampel-Koalition aufs Brot geschmiert, welche Partei denn in den vergangenen Jahren die Verantwortlichen für dieses Ressort gestellt habe.

„Inkonsequente Planung Ihres Hauses“

Knirschen tut es allerdings auch innerkoalitionär. Das veranschaulicht nichts deutlicher als der durchgestochene Schriftwechsel zwischen dem SPD-geführten Verteidigungsressort und dem Bundesfinanzministerium unter liberaler Hoheit. Nach dem im Prinzip ergebnislos verlaufenen „Munitionsgipfel“ im Kanzleramt hatte sich Lambrecht an Finanzminister Christian Lindner (FDP) gewandt und um mehr Geld für die Beschaffung von Munition gebeten. Der Adressat ließ indes seinen Staatssekretär antworten, daß nicht fehlende Finanzmittel, sondern die „teils intransparente und inkonsequente Bedarfsplanung sowie bürokratische Prozesse Ihres Hauses“ das Problem seien.

Bei vielen in Militär und Politik sorgt das Ganze nur noch für resigniertes Schulterzucken. Im Grunde weiß jeder, wo die Probleme liegen, doch den meisten ist genauso klar: Das läßt sich nicht im Handumdrehen beheben. Der jahrzehntelange Sparkurs, das Eintreiben der „Friedensdividende“, kostet seinen Preis – Fälligkeitsdatum: jetzt. Die Erkenntnis, daß der Bundeswehr in einem

Trotz des Russ' kaum ein Schuß

Bundeswehr: Der eklatante Mangel bei der Munition läßt sich auch mit neuen Milliarden nicht schnell beheben



Bundeswehrsoldaten bei der Schießausbildung: Bräuchte Jahre, bis die Munitionsdepots wieder voll sind

zwischenstaatlichen Krieg, wie er derzeit in der Ukraine tobt, schon nach zwei Tagen die Munition ausginge, mag auf Außenstehende schockierend gewirkt haben. Experten warnten vor der Mangelwirtschaft schon lange.

Eine gut ausgerüstete Armee zu unterhalten sei nun einmal unglaublich teuer, meint ein Bundeswehr-Kommandeur schulterzuckend. 20 Milliarden Euro würde es allein kosten, die Munitionsbunker wieder zu befüllen. Aber vor allem wird klar: Selbst wenn jetzt alle formalen und finanziellen Weichen in Richtung Rüstungs Offensive gestellt würden, bräuchte es noch Jahre, bis die

Depots endlich wieder voll sind und die Truppe ausreichend Gerät und Munition hätte. Denn längst hat auch die Industrie ihre Produktionskapazitäten aufgrund geringerer Nachfrage in der Vergangenheit zurückgefahren.

Beispiel Artillerie-Munition: Die wird aus den Depots der westlichen Staaten in die Ukraine verbracht, damit sich das Land gegen die russische Invasion wehren kann. Doch während mancher Woche verschöß die ukrainische Armee fast so viele Granaten des Nato-Standards wie ein einzelnes Unternehmen in einem halben Jahr herstellen kann. Daß die Unterstützung Kiews ei-

nerseits und die bessere Ausstattung der eigenen Verbände andererseits dadurch faktisch ein Ding der Unmöglichkeit ist, muß auch der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums öffentlich eingestehen. Moderne Artilleriegranaten seien „mit vielen elektronischen Bauteilen ausgestattet – zum Beispiel gelenkt durch GPS –, um sie zielgenauer zu machen“. Das seien „Bauteile, bei denen es an Lieferketten hängt und von denen es keine großen Vorräte oder Ähnliches gibt.“ Die müßten beschafft werden, „und das dauert seine Zeit“. So viele Munitionsfabriken gebe es in Europa schlicht nicht mehr. „Wir haben nach 1990 überall die Rüstungsindustrie runtergefahren, und dazu gehörten auch Munitionsfabriken“, so die Lageschilderung des Lambrecht-Sprechers.

Was er nicht erwähnt: Dank politischer Weichenstellungen – um nicht zu sagen: Fehlentscheidungen – wird den Herstellern hierzulande das Leben zusätzlich schwermgemacht. Zum einen durch restriktive Ausfuhrbestimmungen, die nach dem Willen der Grünen im Koalitionsvertrag noch einmal verschärft worden sind. Wer aber wenig verkaufen darf und daher mit seinen Produkten kein Geld verdienen kann, für den lohnt sich die Produktion nicht. Auf die Nachfrage im Inland konnten sich Hersteller ja, den Sparmaßnahmen sei Dank, nicht verlassen.

Und dann ist da noch die Idee der „Taxonomie“. Nur solche Unternehmen, die bestimmte Kriterien in Sachen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gewährleisten, sollen Kredite bekommen oder in Investmentfonds aufgenommen werden. Hinten herunterfallen, welche Überraschung, Rüstungsunternehmen und Munitionshersteller. „Mindestens ein Drittel der Unternehmen hat bereits negative Erfahrung gemacht“, hatte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), Hans Christoph Atzpodien, schon im vergangenen Jahr gewarnt. Ob unter dem Eindruck der Zeitenwende wenigstens da ein Umdenken und -steuern stattfindet?

Unvorstellbar scheint hierzulande indes zu sein, worüber man bei unseren französischen Nachbarn nachdenkt: Paris, das Kiew mehrere lastwagengestützte Caesar-Haubitzen geliefert hat, steht ebenfalls vor dem Problem, die Nachfrage an Munition nicht mehr ausreichend bedienen zu können. Dort denkt nun die Regierung über ein Gesetz nach, mit dem die zivile Industrie wie zu Kriegszeiten vom Staat zur Munitionsherstellung herangezogen werden kann – auch ohne daß Frankreich formal im Krieg ist. Pate steht einem Bericht der Zeitung *Le Monde* zufolge ein amerikanisches Gesetz aus dem Jahr 1950, als die USA ohne ausreichende Vorbereitung auf der Seite der Vereinten Nationen in den Koreakrieg eingetreten waren und in kurzer Zeit Munition, Panzer und Geschütze brauchten.

Innenminister wollen Klima-Kleber beobachten

MÜNCHEN. Die Innenminister von Bund und Ländern haben vereinbart, die radikalen Teile der sogenannten Klimaschutzbewegung stärker zu beobachten. Mit einem Lagebild wolle man sich einen Überblick über deren Protestaktionen verschaffen. Darauf habe sich die Innenministerkonferenz vergangene Woche geeinigt, teilte deren Gastgeber, Bayerns Ressortchef Joachim Herrmann (CSU), mit. Jüngste Protestaktionen etwa der Gruppe „Letzte Generation“ hätten nichts mit Friedlichkeit zu tun und würden mehr „Haß und Aggression in der Gesellschaft“ erzeugen, so Herrmann. Vereinzelt gebe es einen „Bezug zum Linksradikalismus“. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU), der Sprecher der Unionsinnenminister, nannte die „Letzte Generation“ eine „kriminelle Vereinigung“. Dem widersprach der Sprecher der SPD-Länder, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD). Auf Initiative von Baden-Württemberg wird auch eine mögliche Verschärfung des Waffenrechts erörtert. Laut Stuttgarts Innenminister Thomas Strobl (CDU) und dadurch verhindert werden, daß Waffen in den Besitz von „Verfassungsfeinden“ gelangen. Das Bundesinnenministerium soll nun prüfen, ob eine Verschärfung möglich ist. Zudem vereinbarten die Ressorts, vorseit niemandem mehr in den Iran abzuschicken. Wegen der gewaltsamen Reaktionen des Teheraner Regimes auf die Proteste war ein Abschiebestopp in den vergangenen Wochen immer wieder gefordert worden. Bayern kündigte Ausnahmen im Fall von Gefährdern oder Tätern schwerer Straftaten an. (vo)

Bundestagswahl in ganz Berlin wiederholen

BERLIN. Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und AfD haben Verfassungsklagen gegen das Ergebnis der Wahlprüfung des Bundestags angekündigt. Dort hatte die Mehrheit der Ampel-Koalition durchgesetzt, daß nur in rund einem Fünftel der Berliner Wahlbezirke (431 von 2.257) die Wahl zum Bundestag wiederholt werden soll. Mitte November hatte der Berliner Verfassungsgerichtshof entschieden, daß wegen der chaotischen Umstände die zeitgleiche Wahl des Abgeordnetenhauses komplett wiederholt werden muß. Dies fordert die AfD auch bezüglich der Bundestagswahl. Die müsse „in Berlin ebenso vollständig wiederholt werden“, so der Justitiar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner. Hier sei „nicht nur das Ansehen der Demokratie gefährdet“, es gehe „um das wichtigste Gut: das Vertrauen der Bürger in allgemeine, unmittlere, freie, gleiche und geheime Wahlen“, betonte der Abgeordnete. Schließlich sei die Bundestagswahl in der Hauptstadt „parallel unter gleichmaßen katastrophalen Bedingungen verlaufen“ wie der Urnengang zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten. Im September 2021 kam es zu einem erheblichen organisatorischen Durcheinander. Die Vorwürfe reichten von langen Warteschlangen, zu spät geöffneten Wahllokale über falsche oder gar fehlende Stimmzettel. Die Union hatte im Bundestag beantragt, die Bundestagswahl in deutlich mehr als der Hälfte der Berliner Wahlbezirke zu wiederholen. Die von der Ampel durchgesetzte Wiederholung eines kleinen Teils sei nach „rein parteitaktischen Erwägungen“ beschlossen worden und werde dem „Berliner Wahlchaos nicht ansatzweise gerecht“, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer Patrick Schnieder (CDU). Nun sei es an den Richtern in Karlsruhe, den verfassungskonformen Zustand und das Vertrauen in die Legitimation der Wahl wiederherzustellen. (zit/vv)

„Für 500 pro Kopf breche ich Nasen“

Kriminalität im Internet: Ankündigung und Ausbeute stehen beim Aktionstag der Polizei gegen „Haß-Postings“ in ziemlichem Kontrast

VINCENT STEINKOHL

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. „Auforderungen zu Straftaten, Bedrohungen, Nötigungen oder Volksverhetzungen im Netz sind Straftaten, die mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden können“, schreibt das Bundeskriminalamt (BKA). Um das zu unterstreichen fand vergangene Woche mit großer medialer Begeisterung der „Aktionstag zur Bekämpfung von Haß-Postings“ statt. Seit 2016 gibt es dieses Institut alljährlich. In 14 Bundesländern führten Polizeibehörden insgesamt 90 Maßnahmen durch, darunter Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen. Einzig der Freistaat Thüringen und die Hansestadt Bremen beteiligten sich nicht an der Aktion, wie sie der JUNGEN FREIHEIT mitteilen.

Die Berliner Polizei verkündete auf Twitter: „Hatespeech ist keine freie Meinungsäußerung. Beleidigung, Volksverhetzung & rassistische Kommentare sind strafbar und werden verfolgt.“ Allein in der Hauptstadt durchsuchten mehr als 60 Beamte, darunter auch Angehörige des Spezial-

satzkommandos, neun Wohnungen. Die Verdächtigten und die ihnen zur Last gelegten Vergehen seien äußerst verschieden. Ein 38-jähriger Mann schrieb beispielsweise unter einem Youtube-Video „Für 500 pro Kopf breche ich Nasen“, der Beschuldigte hat die Tat bereits zugegeben. Ein 24-jähriger Neuköllner soll in einem Beitrag auf der Plattform Instagram andere Nutzer beleidigt haben.

Bundesweit sind Fälle leicht rückläufig

Auch in Sachsen ging die Justiz hart gegen die Verfasser mutmaßlich strafrechtlich relevanter Internet-Beiträge vor. 13 Ermittlungsverfahren wegen übler Nachrede, dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigung, Bedrohung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz wurden dabei verfolgt.

Zahlenmäßig fielen die Ergebnisse allerdings geringer aus, als es die Ankündigungen aus dem Bundesinnenministerium erwarten ließen. In Rheinland-Pfalz haben die Behörden acht Woh-

nungen durchsucht, in Hessen – rund 6,3 Millionen Einwohner – wurden im Zusammenhang mit dem Aktionstag insgesamt drei Frauen und sechs Männer zwischen 17 und 72 Jahren einer Internet-Straftat bezichtigt. In Hamburg (1,8 Millionen Einwohner) klingelte die Polizei bei vier Personen, in Bayern (13,2 Millionen Einwohner) kam der unverhoffte Besuch bei fünf Männern und drei Frauen. Ein Beschuldigter im Freistaat soll ein Hakenkreuz geteilt haben, ein anderer soll ein Video zum G7-Gipfel mit den Worten „Bombe drauf und sauber putzen“ kommentiert haben.

Wie viele Verurteilungen von Verdächtigten gab es nach solchen Aktionstagen in der Vergangenheit? Und welchen politischen Weltanschauungen hingen die Täter an? Auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT verwies das BKA auf das zuständige Bundesamt für Justiz. Doch das kann die Fragen nicht beantworten, „weil die dafür erforderlichen statistischen Daten dem Bundesamt für Justiz nicht vorliegen“.

Das sächsische Landeskriminalamt hat jedoch die ihnen bekannten „Haß-Postings“ der vergangenen zwei Jahre gesammelt und analysiert. Die Zahl der Delikte mit einem rechten Hintergrund

sank dabei marginal von 121 Fällen 2020 auf 112 Fälle im vergangenen Jahr. Die Zahl strafrechtlich relevanter Beiträge von links stieg dagegen leicht, von 30 im Jahr 2020 auf 36 im Jahr 2021. Den deutlichsten Anstieg gab es im Phänomenbereich „nicht zuzuordnen“. Wurden 2020 noch 24 Vorfälle so eingeordnet, waren es im vergangenen Jahr 63. Insgesamt ist die Zahl von „Haß-Beiträgen“ im Freistaat leicht gestiegen, von 176 Fällen im Jahr 2020 auf 213 im vergangenen Jahr.

Diese Zahlen dürften allerdings nicht für das ganze Land repräsentativ sein. Laut BKA sind die bundesweiten Fallzahlen rückläufig, von 2.607 im Jahr 2020 auf 2.411 im Jahr 2021. Für die Behörde ist das jedoch „kein Grund zur Entwarnung“, weil „von einem großen Dunkelfeld auszugehen“ sei.

Diese Einschätzung teilte auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Am Tag der bundesweiten Polizeimaßnahmen schrieb sie: „Haß und Hetze im Internet gefährden unsere Demokratie und bereiten den Nährboden für extremistische Gewalt. Wir müssen hier klare Grenzen aufzeigen und Täter aus ihrer vermeintlichen Anonymität holen.“



Zwischen Reichstag und Kanzleramt

Gegen die Wand

CHRISTIAN VOLLRADT

Manchmal ist der Bundestag die Fortsetzung der Grundschule mit parlamentarischen Mitteln. Vorne sitzt jemand, der die wilde Rasselbande mehr oder weniger erfolgreich zu disziplinieren versucht, und an manchen Tagen wird eine Menge Unsinn verzapft. Wie bei den lieben Kleinen ist auch im Hohen Haus die Sitzordnung ein Dauerstreitthema. Susi will nicht neben Robert sitzen, weil der angeblich popelt und komische Klammern trägt. Unter der Reichstagskuppel läuft das im Prinzip genauso, es ändern sich bloß die Namen. Susi heißt jetzt FDP, und Robert AfD.

Das Stühlerücken im Plenarsaal war bereits vor einem Jahr ein Thema (JF 52/21). In der Weihnachtspause wurde umgebaut, die liberale Bundestagsfraktion rückte gesäßgeographisch in die Mitte, die Union wurde neben die AfD plaziert, die – vom Präsidium aus gesehen – ganz rechts sitzt. Doch so wie sich die ABC-Schützen Susi und Robert nicht

nur im Klassenzimmer, sondern ebenso auf dem Schulhof begegnen, laufen sich auch Politiker andernorts über den Weg. Der Schulhof heißt dann Fraktionsebene, und dort residiert die FDP doch wieder neben der AfD, seit die ihren früheren Sitzungssaal an die deutlich gewachsene Grünen-Fraktion abgeben und im Tausch deren vorheriges Quartier im nordwestlichen Turm beziehen mußte (JF 20/22).

Also hat Susi, Verzeihung: die FDP, wieder was zu meckern: Ihr ist der gemeinsam genutzte Vorräum ein Dorn im Auge. Dort stehen die sogenannten Pressewände, also jene Stoffbespannungen, auf denen das Logo der jeweiligen Fraktion aufgedruckt ist. Sie bilden den Hintergrund, wenn beispielsweise die Vorsitzenden vor einer Fraktionssitzung ein Statement in die Kameras und Mikrofone der Journalisten geben. Da das während der Sitzungswochen – meistens Dienstag nachmittags – in allen Fraktionen nahezu zeitgleich stattfindet, sind Begegnungen unvermeidlich. Gerüchtelhalber sollen die Freidemokraten zunächst den Wunsch geäußert haben, man möge eine Sichtschutzwand in diesem

Foyer einziehen. Das wäre allerdings baulich aufwendig und zudem sehr teuer geworden, so daß Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) schon im Vorfeld abgewinkt habe. Offiziell befafßt hat sich die zuständige Kommission des Ältestenrates für Bau- und Raumangelegenheiten mit diesem Vorstoß nicht, es wäre wohl eine zu peinliche Posse geworden.

Was das Gremium allerdings beschlossen hat, um dem liberalen Murren „einvernehmlich“ abzuhelfen: Die Pressewand der AfD wird nun versetzt – und zwar in die Nähe ihres alten Fraktionssitzungssaales. Erforderliche „Umgestaltungsmaßnahmen“ könne die Bundestagsverwaltung dann vornehmen. Zugleich wird festgelegt, daß die Pressestatements der Fraktionen „ausschließlich unmittelbar vor den jeweiligen Pressewänden gehalten werden“. Kurios ist die offizielle Begründung für die ganze Verlegung: „Anforderungen an den Brandschutz“. Der schien wohl keine Rolle zu spielen, solange dort die Grünen residierten. Das erinnert wieder an die Grundschule, wo manches nur mit dem Hinweis „aus pädagogischen Gründen“ scheinbar sinnvoll ist.



Abschied der Woche

Fehlt uns was?

VINCENT STEINKOHL

Manche Abschiede tun richtig weh. Die erste Trennung ist so ein Fall. Erleben zu müssen, wie ein einst geliebter Mensch plötzlich im eigenen Leben nicht mehr stattfindet und fortan ein Fremder ist, kann einen Menschen für immer verändern. Und dann gibt es noch Abschiede, die niemand bemerkt hätte, wäre man nicht darauf hingewiesen worden. So wie der, den die niedersächsische Landesregierung jetzt kundtat. Nein, im Nordwesten der Republik ist nicht die Anarchie ausgebrochen, die rot-grünen Regenten haben sich lediglich von Twitter verabschiedet. „Im Laufe des morgigen Tages werden wir den Account der niedersächsischen Landesregierung löschen. Fehlende Kontrollen & mangelnde Verifizierungen führen zunehmend zur Verbreitung von Haß & Hetze, Falschinformationen & Verschwörungserzählungen. Das ist

für uns nicht länger hinnehmbar“, begründete die Landesregierung ihr Vorgehen. Doch statt Tränen und Entsetzen reagierte die Mehrheit der Twitter-Nutzer mit einer Mischung aus Spott und Desinteresse. Eine Nutzerin erhielt fast 300 „Likes“, also zustimmende Rückmeldungen, für ihre Antwort: „Keiner vermisst euch. Ciao.“ Möglicherweise ist vor allem für Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), der ebenfalls seinen Account gelöscht hat, das wahre Motiv der Twitter-Löschung weniger nobel als der Kampf gegen Haß und Hetze. Der Regierungschef sitzt im Aufsichtsrat von Volkswagen, während sich Twitter seit kurzem in den Händen von Tesla-Gründer Elon Musk befindet. Der amerikanische Autobauer hat VW als Marktführer bei E-Autos in Deutschland abgehängt. Vielleicht fühlte Weil sich durch die Nutzung von Twitter allzu schmerzlich an die eigene Mittelmäßigkeit erinnert. In diesem Fall wäre ein Ende mit Schrecken sicherlich angenehmer als ein Schrecken ohne Ende.

Kein Ermittlungsverfahren gegen Udo Lindenberg

HAMBURG. Gegen den Sänger Udo Lindenberg wird kein Verfahren wegen Beleidigung eingeleitet. Eine entsprechende Klage hat die Staatsanwaltschaft Hamburg „mangels öffentlichen Interesses“ verworfen. Der 76-jährige Künstler hatte im September in der Bürgerschaft der Hansestadt während der Debatte zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an ihn mit einer obszönen Geste für Empörung gesorgt. So zeigte er bei der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Alexander Wolf, den Mittelfinger (JF 38/22). Wolf hatte zuvor Lindenberg als „Künstler mit außergewöhnlichem musikalischen Talent“ gewürdigt, der sich „um das Ende der deutschen Teilung verdient gemacht“ habe. Die Ehre, in eine Reihe mit Johannes Brahms, Otto von Bismarck, Helmut Schmidt und Uwe Seeler gestellt zu werden, habe er jedoch nicht verdient. Wie die Staatsanwaltschaft in einem Schreiben, das der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, mitteilt, sei fraglich, ob mit der Geste der Tatbestand der Beleidigung erfüllt sei, da sie sich möglicherweise nicht auf den Redner, sondern auf den Inhalt der Rede bezogen habe, was unter die Meinungsfreiheit falle. Zudem sei nicht erkennbar, daß der Rechtsfrieden weitergehend gestört wurde. Wolf nannte die Begründung „hanebüchen“ und warf der Staatsanwaltschaft Verharmlosung vor. (vo)

Mehrheit will weniger Politik von den Kirchen

WETZLAR. Eine Mehrheit der Deutschen ist der Überzeugung, die Kirchen sollten sich politisch mehr zurückhalten. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der Evangelischen Nachrichtenagentur Idea stimmten 55 Prozent der Aussage zu, wonach sich die Kirchen „weniger zu politischen Themen äußern“ sollten. Jeder vierte (24 Prozent) widersprach dieser Auffassung, während 16 Prozent mit „Weiß nicht“ antworteten und fünf Prozent keine Angabe machten. Männer stimmten der Forderung häufiger zu als Frauen (59 Prozent zu 51 Prozent) und Westdeutsche häufiger als Ostdeutsche (57 Prozent zu 50 Prozent). In den verschiedenen Altersgruppen befürworteten am stärksten die 50- bis 59-jährigen eine politische Zurückhaltung der Kirchen (61 Prozent), während die Forderung bei den 18- bis 29-jährigen auf weit weniger Zustimmung stößt (49 Prozent). Mitglieder von evangelischen Freikirchen teilen die Auffassung häufiger als Angehörige von Landeskirchen (57 zu 50 Prozent), während 53 der Katholiken der Forderung nach mehr politischer Zurückhaltung zustimmen. Bei Moslems sind es 52, bei Konfessionslosen 61 Prozent. Unter den Anhängern der Parteien wünschen sich die AfD-Sympathisanten mit 66 Prozent am häufigsten, daß sich die Kirchen weniger zu politischen Themen äußern. Bei den Wählern der FDP teilen 60 Prozent diese Auffassung, gefolgt von Anhängern der SPD und der CDU/CSU (jeweils 57 Prozent). Auch bei denen der Linkspartei stimmt eine Mehrheit zu (53 Prozent), im Unterschied zu denen der Grünen, bei denen 49 Prozent mehr politische Zurückhaltung der Kirchen wünschen. (idea/vo)

Wenn der Wille fehlt

Gedenkpolitik: Im unwürdigen Gezerre um ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus ist noch immer kein Ende in Sicht

JÖRG KÜRSCHNER

Ein Jahr nach ihrem Amtsantritt zeichnet sich ab, wie die Ampelkoalition die inhaltlichen Akzente in der Erinnerungs- politik verschiebt; neben den Nationalsozialismus in allen nur denkbaren Schattierungen ist die deutsche Kolonialgeschichte getreten, während die Aufarbeitung der SED-Diktatur nur noch ein Schattendasein führt. 33 Jahre nach dem Mauerfall streitet die Politik noch immer über einen geeigneten Standort für das längst beschlossene „Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland“ (JF 29/17). Zuständig sind der Bund und das Land Berlin, die eine Entscheidung beharrlich ausweichen.

Es ist eine unendliche Geschichte, die die ehemaligen politischen Gefangenen der DDR längst zermüht und resigniert zurückgelassen hat. Soweit diese noch am Leben sind, denn viele von ihnen sind inzwischen gestorben; auch an den Folgen der Haft. Die lange Liste „In Memoriam“ der Gedenkstätte für Stasi-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen spricht für sich.

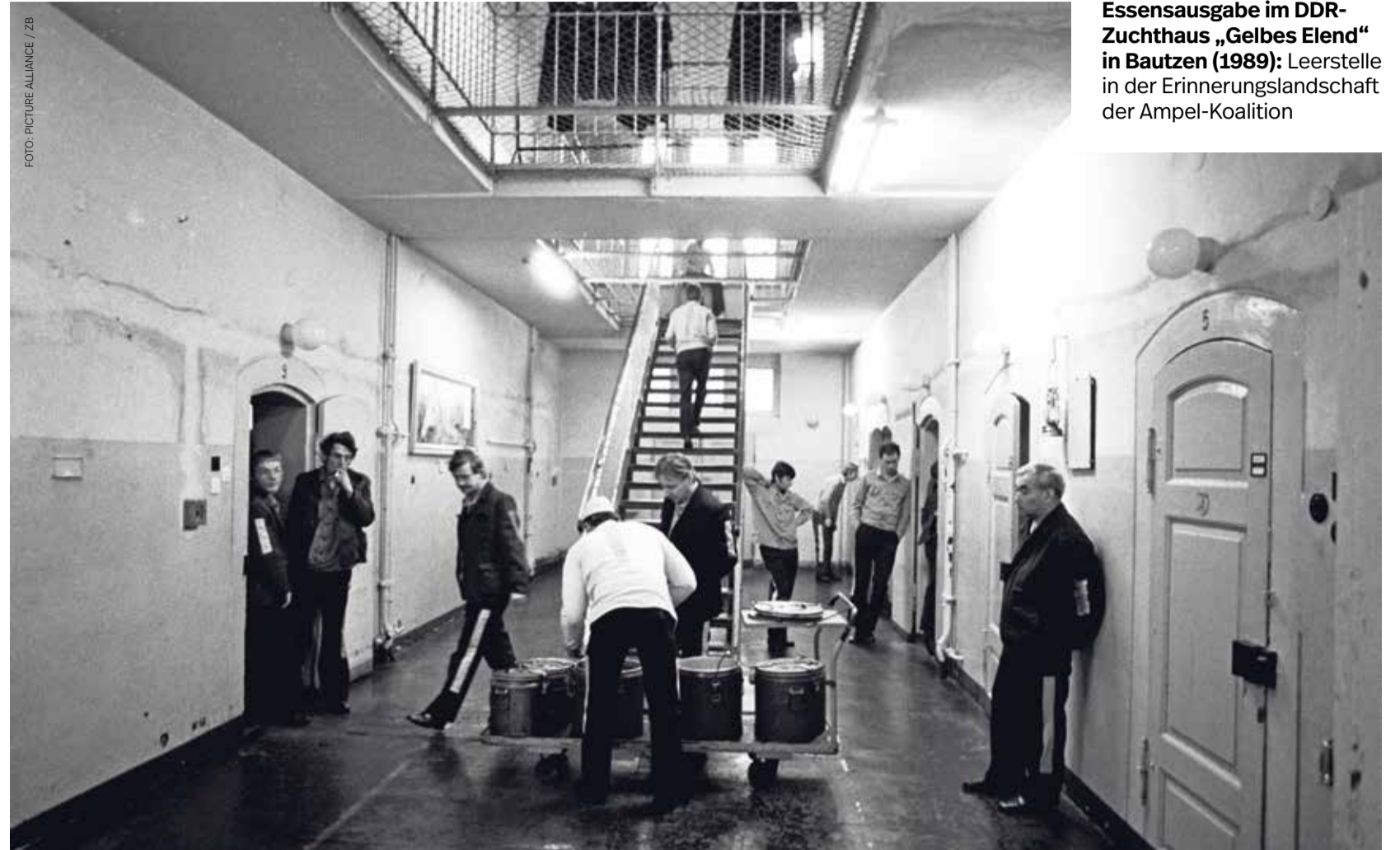
Kein einziger Euro im Haushalt eingeplant

Rückblick: Bereits 2008 hatte eine Initiativgruppe in der aus mehr als 30 Einzelverbänden bestehenden Häftlingsopferorganisation UOKG erste Schritte zur Erarbeitung einer Konzeption für das Mahnmal unternommen. Ab 2012 erhielt die UOKG Projektmittel der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), um die Konzeption weiterzuführen und eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion über das Mahnmal anzustoßen. In den vergangenen zehn Jahren hat der Bundestag regelmäßig über das Denkmal debattiert und den früheren Häftlingen mit wohlklingenden Worten Unterstützung und Mitgefühl signalisiert.

So stimmte das Parlament im September 2015 unter der Überschrift „25 Jahre Deutsche Einheit – Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ einem Antrag von Union und SPD zu, dem zufolge der Bau eines solchen Denkmals „an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten“ sei. Ende 2019 bekräftigte der Bundestag das Vorhaben und beschloß eine „Machbarkeitsstudie zu Standortfragen“, für die im Haushalt des folgenden Jahres 250.000 Euro bereitgestellt wurden.

Im Juni 2020 setzte die zuständige Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) einen neunköpfigen Beirat unter Führung der ehemaligen Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) ein, der bis zum Spätherbst des Jahres eine Konzeption erarbeiten sollte. „Über die Kosten und den Standort für das Mahnmal wird dann erneut der Deutsche Bundestag beschließen“, hieß es seinerzeit in der Presseerklärung. Konkret geschehen ist nichts, außer einer Wiederholung längst bekannter Überlegungen. Ende 2022 stehen weder der Standort des Mahnmals fest, noch gibt es einen Rohentwurf für dessen Gestaltung.

Im vergangenen März kam das Endlos-Thema erneut auf die Tagesordnung des Bundestags; Union und AfD hatten getrennte Anträge gestellt. Die Redner der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP drückten sich um die Standortfrage. Erstau-



Essensausgabe im DDR-Zuchthaus „Gelbes Elend“ in Bautzen (1989): Leerstelle in der Erinnerungslandschaft der Ampel-Koalition

lich, hatte sich doch die SPD erst im Juni 2021 (ebenso wie die Union) ausdrücklich für den Standort Scheidemannstraße in der Nähe des Reichstags ausgesprochen. Wie auch die AfD-Fraktion.

Doch neun Monate später ist die SPD von ihrer Standortentscheidung abgerückt. „Da ist das sogenannte Polenkenmal, da ist das Dokumentationszentrum zum Vernichtungskrieg gen Osten, da ist das Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. – All diese Vorschläge zielen auf die Scheidemannstraße ab; die konkurrieren miteinander. ... Da gibt es keine klare Meinung“, rechtfertigte die SPD-Abgeordnete Katrin Budde



Denkmal für Opfer des Kommunismus in der tschechischen Hauptstadt Prag

den Sinneswandel. Kultur-Staatsministerin Claudia Roth (Grüne) stand nicht auf der Rednerliste. Ein öffentliches Bekenntnis zum Mahnmal ist von ihr nicht überliefert. Warum auch. Im Koalitionsvertrag der Ampel ist es eine unerwähnte Leerstelle in der Erinnerungslandschaft.

Weit fortgeschritten ist hingegen das im Koalitionsvertrag ausdrücklich hervorgehobene, geplante Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“. Dabei ist das Projekt erst vor gut zwei Jahren vom Bundestag beschlossen worden. Dennoch sind die Planungen schon so konkret, daß sogar der Platzbedarf für das Besucher-WC mit Wickeltisch, den Pausenraum der Aufsichten, die Teeküche der Leitung und für das Abstellen eines Gabelstaplers ermittelt wurde. Mit dem Zentrum solle die „Erinnerung an die deutsche Verantwortung für den furchtbaren Zweiten Weltkrieg und die Folgen der deutschen Besatzungsherrschaft“ wachgehalten werden, so Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

Der renommierte Historiker Hubertus Knabe, der 2018 von Grütters und dem Berliner Kultursekretär Klaus Lederer (Linke) aus seinem Amt als Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen gedrängt worden war (JF 47/20), hält das Projekt nicht nur inhaltlich für problematisch. Mit veranschlagten Baukosten von 120 Millionen Euro und rund zehn Millionen Euro jährlichen Betriebskosten bei geschätzten hundert Mitarbeitern würde alles bisher Dagewesene gesprengt. Zum Vergleich: Für die SED-Opferbeauftragte sind aktuell neun Beschäftigte tätig, zwei weitere Stellen sollen geschaffen werden.

Der AfD reicht es jetzt. Ihren Kulturpolitiker Götz Frömming beschleichen Zweifel, ob das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Ge-

waltherrschaft von der Politik, für dessen Realisierung im Bundeshaushalt 2023 kein einziger Euro veranschlagt wurde, überhaupt gewollt wird. Ausdrücklich warnte er im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT davor, das Mahnmal zu „verwässern“, etwa durch eine Einbindung weiterer Opfergruppen ohne Bezug zu den Kommunismus-Geschädigten. Um die unendliche Hängepartie zu beenden, verlangt der Berliner Abgeordnete, den sogenannten „Hauptstadtparagraphen“ zu ziehen, eine Sonderregelung für Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Nach Paragraph 247 Baugesetzbuch „können die Verfassungsorgane des Bundes ihre Erfordernisse eigenständig feststellen“, wenn sie mit dem Land Berlin zu keiner gemeinsamen Übereinstimmung gekommen sind. Die Rechtslage scheint klar, doch die Koalition blockiert. Der Standort von Denkmälern könne „nicht eindimensional nur anhand baufachlicher Parameter beantwortet werden“, hieß es im Juni auf Anfrage der AfD.

So geht das Hin und Her zwischen dem Bund und Berlin weiter. Was zumindest die BKM-Antwort auf eine kürzliche Frage der JUNGEN FREIHEIT nahelegt. „Alle weiteren Schritte zur Realisierung sind auch hinsichtlich eines Zeitplans von der Bereitstellung eines geeigneten Grundstücks abhängig“ – so die nichtssagende Antwort. Ende also offen.

Die Hoffnung der parteilosen SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke dürfte sich kaum erfüllen. „Für mich ist es sehr wichtig, daß das Mahnmal noch in dieser Legislaturperiode realisiert wird, daß möglichst sogar die Grundsteinlegung für das Mahnmal am 70. Jahrestag des 17. Juni 1953, des Volksaufstandes in der DDR, im kommenden Jahr 2023 erfolgen kann“, sagte sie im Sommer bei der Übergabe ihres Jahresberichts. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

»Bösartigkeit jenseits aller menschlichen Vorstellungskraft«

■ In *Im Grunde böse* geht es darum, wie wir an den erschütternden zivilisatorischen Scheideweg gelangt sind, an dem wir uns heute befinden. Wir sind verwickelt in einen Krieg gegen gewaltige Kräfte, die ausgestattet mit einer grenzenlosen Macht über unser Leben auch die Freiheit bedrohen, die wir immer für selbstverständlich gehalten haben.

Das Ende der menschlichen Freiheit

In ihrem bisher provokantesten Buch zeigt Dr. Naomi Wolf, wie diese Kräfte – von Big Tech und Big Pharma bis hin zur kommunistischen Partei Chinas und unseren oligarchischen Eliten – die 2 Jahre der COVID-19-Panik auf unheilvolle Weise dazu genutzt haben, nicht nur unsere Demokratien zu untergraben, sondern auch die menschlichen Beziehungen grundlegend neu zu gestalten.

Eine neue Machtelite im Krieg gegen den individuellen Menschen

Ihr Angriffsziel ist die Menschheit selbst. Ihr Endziel ist es, sicherzustellen, dass unsere Welt, wie wir sie vor dem März 2020 gekannt haben, für immer verschwindet. Unwiederbringlich. Sie soll durch eine Welt ersetzt werden, in der alles menschliche Streben – alle menschliche Freude, alle menschliche Gemeinschaft, aller menschlicher Fortschritt – hinter einer digitalen Bezahl-schranke verschwindet. Eine Welt, in der wir alle die Technologie um Erlaubnis bitten müssen, um Mensch zu sein.

Fazit: Widerstand

Aber wir, die Menschen der Welt, haben nicht dafür gestimmt, unsere alten Werte und Systeme aufzugeben. Wir haben nicht zugestimmt, dass unsere bewährten Gewohnheiten und Traditionen so vollständig zerstört werden, dass sie nie wiederhergestellt werden können. Naomi Wolf zeigt uns, wie wir entgegen aller Widrigkeiten doch noch in der Lage sind, zu gewinnen.

Eine erschütternde Analyse der Corona-Pandemie und ein Manifest für Freiheit und Menschenwürde.

Naomi Wolf: *Im Grunde böse* • gebunden • 382 Seiten • Best.-Nr. 987 100 • 22,99 €

»Naomi Wolf zählt zu den mutigsten und am klarsten denkenden Menschen, die ich kenne. Die Mächte der Unterdrückung versuchen so verzweifelt, sie öffentlich zu diskreditieren, weil sie recht hat.«

Tucker Carlson, Fox News

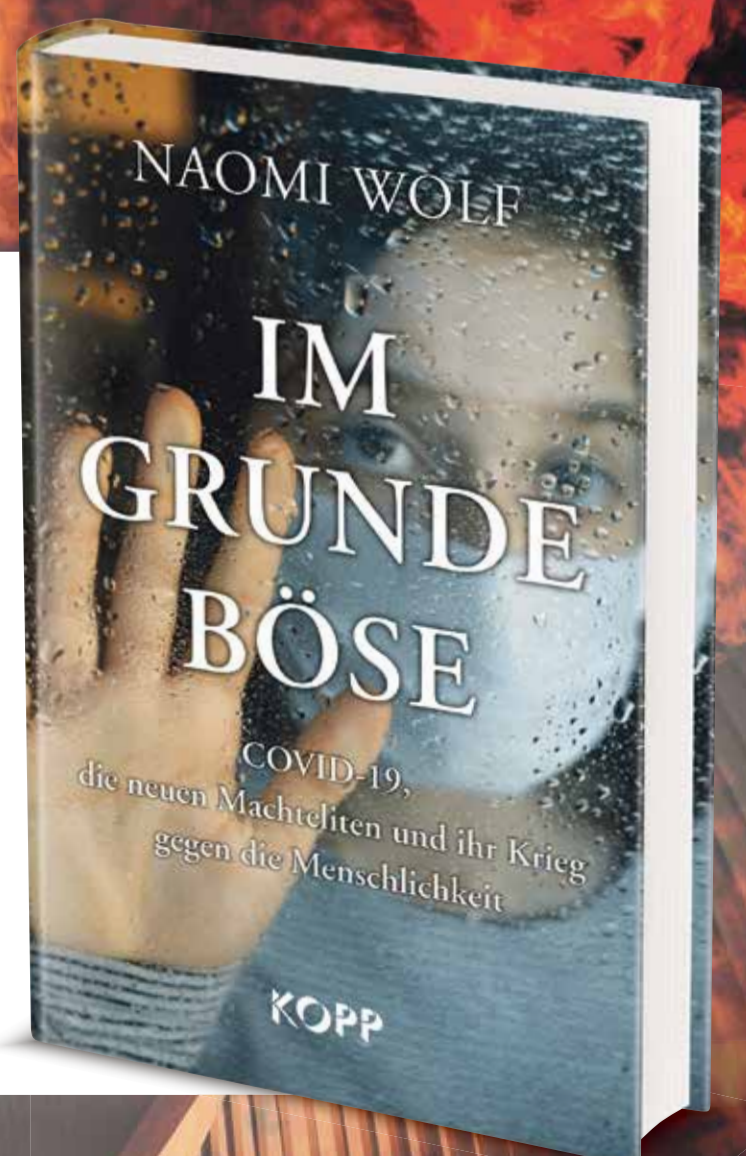
»Dies ist ein Buch, das Sie bis ins Mark erschüttern wird, eine Warnung vor dem bevorstehenden Kampf und was Sie tun können, um Widerstand zu leisten.«

Steve Bannon, Publizist, Filmproduzent und politischer Berater

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



Eine andere Wirklichkeit

Aufarbeitung des DDR-Unrechts:

Der Verein Glaube, Mut & Freiheit hat Zeitzeugenberichte über die alltägliche Verfolgung veröffentlicht. Die Untaten bleiben so in Erinnerung

ANGELIKA BARBE

Das biblische Wort „Schwerter zu Pflugscharen“ hat die Ideologie der DDR ausgehöhlt und den Staat zum Wanken gebracht. Jetzt gibt es in Deutschland ein Projekt, indem Christen über ihre persönlichen Erfahrungen in der atheistischen Diktatur berichten.

„Glaube, Mut & Freiheit“ gibt gläubigen Zeitzeugen, die an der Friedlichen Revolution 1989 in der Deutschen Demokratischen Republik beteiligt waren, ein zwar kleines, aber trotzdem bedeutendes Sprachrohr. Es soll Erinnerungen weitergeben und für Toleranz sensibilisieren. Der Widerstand gegen die Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und ihre Erfahrungen bei der Wende sind das Band, das die hier berichtenden Christen eint. Sie sprechen über eine Zeit, in der alles Politische von der „Partei, die immer recht hatte“, vorgegeben war.

Ein Förderverein, 2018 gegründet, initiierte, was Kirchenoberen 30 Jahre versäumt haben. In 40 Kurzfilmen erzählen DDR-Bürger von ihren Erlebnissen und Widerfahrnissen, und auch davon, wie sie wurden, was sie sind. Warum ihnen Freiheit wichtig ist und weshalb sie folgenden Generationen vermitteln wollen, gegen die Ausgrenzung Andersdenkender Widerstand zu leisten.

Diesem Zeitzeugen-Projekt ist es zu verdanken, daß unterdrückte Erinnerungen, unfaßbare Äußerungen und böswärtige Verhaltensweisen kommunistischer Machthaber und ihrer gehorsamen Vasallen erzählt werden. Diese Aufzeichnungen sind Zeugnisse beherzter Zivilcourage, furchtloser Wahrheitssuche und mutigen Widerstandes gegen Lüge, Betrug, Verleumdung und Repression Oppositioneller durch von der SED praktizierte „Feindbekämpfung“. Feinde, die sich nicht als solche verstanden.

Weigel war durch und durch DDR-sozialisiert – doch der Bruch kam

Die Interviews wollen den Heilungsprozeß der Gesellschaft voranbringen, obwohl eine angemessene Diagnose und Aufklärung nach 1990 nicht stattfand, geschweige denn heute vollendet werden kann. Es sind Aussagen, die es in sich haben. Dokumente ethischer Verwahrlosung verkommener Machthaber, die im „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat“ – den so mancher westdeutsche Intellektuelle als „das bessere Deutschland“ wählte – gedeihen konnten.

Hier soll Hansjörg Weigel, der 1973 im sächsischen Königswalde ein „Christliches Friedensseminar“ gründete, zu Wort kommen. Wie kam ein junger Kfz-Elektriker auf die Idee, zu Zeiten des religionsfeindlichen sozialistischen SED-Regimes ein freundliches Umfeld für Gläubige zu schaffen? Weigel war eigentlich durch und durch DDR-sozialisiert. War in den politischen Massenorganisationen Junger Pioniere, später in der FDJ (Freie Deutsche Jugend), schoß mit Inbrunst bei der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und



Die Aufnahme vom November 1989 zeigt Menschen aus der sächsischen Stadt Colditz und Umgebung bei einem Friedensgebet in einer Kirche: Im Herbst 1989 boten Kirchen in der DDR verstärkt den aufkommenden oppositionellen Gruppen und demokratischen Bewegungen einen Raum für Diskussion und Meinungsäußerung zur politischen Veränderung

weinte 1953 hemmungslos beim Tod des „Großen Stalin“, des sowjetischen Diktators. Er kam durch Zufall in die Junge Gemeinde, eine Jugendgruppe innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde, und begann Bücher zu lesen.

In der Öffentlichkeit war es verpönt, politische Themen anzusprechen. In seiner Gemeinde dagegen erlebte er eine andere Wirklichkeit. Es wurde diskutiert und gestritten. Zu einem ersten Zusammenstoß mit dem kommunistischen System kam es, als die Zeit des Wehrdienstes nahte. Weigel weigerte sich, als Christ eine Waffe in die Hand zu nehmen. Und wie alle in der Jungen Gemeinde hatte auch er den Mut, sich für eine offene und friedliche Gesellschaft anzusprechen. Weigel wurde Bausoldat.

Ein Stasi-Major spricht sein „Beileid“ zum Tod des Vaters aus

Später organisierte er das „Friedensseminar“ in Königswalde mit zu Beginn 27 Begeisterten. Von Anfang an war es ein Dorn im Auge der Berliner SED-Partei. Hier in dem Erzgebirgsort diskutierten sie. Niemand wurde ausgeschlossen, egal welche „verrückten“ Ansichten er vertrat. Jeder war willkommen, es war ein offenes Haus.

Weigel hatte das verbotene Buch „Die wunderbaren Jahre“ des Schriftstellers Reiner Kunze, der in der DDR wegen seiner kritischen Gedichte

in Ungnade gefallen war, an andere Interessierte weitergegeben. Das gab dem Staat Anlaß zur Inhaftierung.

Dienstag früh um 7 Uhr im Jahr 1980 wurde er aus der Kfz-Werkstatt geholt und zum Verhör nach Karl-Marx-Stadt, heute wieder Chemnitz, gebracht. Die erste Vernehmung ging bis Mitternacht. Dabei wurde klar, eigentliches Ziel war, das Friedensseminar zu zerstören. Weigel wurde bedrängt, die Namen der Teilnehmer preiszugeben. Während der gesamten Pfingstfeiertage wurde er von früh bis spät vernommen. In dieser Verhörssituation war er „kurz vor dem Verrät“, wie er traurig bekannte. Der beteiligte Major der Staatssicherheit, der DDR-Geheimpolizei, fragte hinterhältig: „Wo wohnen denn Ihre Geschwister?“ Antwort: „Bei meinen Eltern.“ „Na, da hat es ja Ihre Mutter gut, da ist sie nicht allein!“ Er setzte nach: „Ihr Vater ist gestorben, mein Beileid!“ Weigel verstand die Drohung: „Da bin ich zusammengebrochen.“

Er erzählt weiter: „Es liefen Verhöre, und damit war klar, es ging um das Friedensseminar.“ Der Staatsanwalt begann sein Plädoyer im Prozeß gegen ihn mit den Worten: „Was ist der Zweifel? Der Weigel, das war ein ganz guter Kerl, hat gut gearbeitet, hat auch im Dorf Aufbaustunden mitgemacht, ist beliebt im Ort – aber das Schlimme am Weigel ist, daß er ein Zweifler ist. Der Zweifel ist das, was unsere Gesellschaft und unser ganzes Gefüge kaputt macht.“ Weigel bricht innerlich zu-

sammen: „Da hätte ich nur noch weinen können, weil die, die von sich behaupten, sie vertreten die einzig wissenschaftliche Weltanschauung und gleichzeitig den Zweifel als das schlimmste und größte Gift zu bezeichnen – das zu vertreten, muß zum Scheitern verurteilt sein. Denn der Zweifel, ist das Leben.“

Der Prozeß gegen ihn geht weiter. „Dann kam ein ganz hoher Offizier herein, vermutlich der General, und drohte: ‘Wenn Sie so weitermachen wie bisher, sage ich ihnen hier an dieser Stelle: Merken Sie sich das gut: Wir haben noch ganz andere Methoden als Gefängnisse. Morgen früh werden Sie entlassen.’“

Auf Hansjörg Weigel hatte die Stasi 48 Spitzel angesetzt

1980 wurde Hansjörg Weigel unter dem Vorwurf „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet und drei Monate in Untersuchungshaft gehalten. Er wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, saß davon aber nur zwei ab, weil sich die Amtskirche hinter ihn stellte und westdeutsche Medien seinen Fall aufgriffen. Die restliche Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Er hätte in die Bundesrepublik übersiedeln können. Er ließ sich jedoch nicht abschreiben, entschied sich im Sommer 1989 gar, die Gründung einer Oppositionspartei aus dem Friedenskreis vorzubereiten.

Heute gibt Weigel zu Protokoll: „Im Oktober 1989 waren mindestens 600 bis 650 Leute in der Königswalder Kirche. Sie saßen im Kirchenschiff, auf den Emporen, auf der Treppe, auf dem Oberboden. Fast im Finstern nur mit einer einzelnen kleinen Glühlampe beleuchtet. Es war eine ganz freie Stimmung und eine sehr faire.“ Vor allem einfache Leute, Arbeiter, junge Männer und Frauen sowie viele Schüler waren versammelt. Auf das, was folgen würde, war aber niemand der Anwesenden vorbereitet. Im Gegenteil. „Ich hatte einen großen mundgeblasenen Cognacschwenker und habe immer gesagt: den Schwenker trinke ich mal aus, wenn die Mauer fällt!“ Alle haben gelacht. Niemand rechnete damit. Am 9. November 1989 abends spricht Günter Schabowski seinen historischen Satz. Und die Mauer war Geschichte.

In der Filmaufnahme schleppt Hansjörg Weigel einen großen Koffer und erklärt: „Seit 1993 habe ich die Unterlagen aus der BStU (Anm. d. Red.: Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR).“ Darin bewahrte er seine Stasi-Akte. Er sagt, vielleicht aus Angst, Dinge zu lesen, die Freundschaften zerbrechen lassen, habe er sie nicht geöffnet. „Ich hatte 48 IMs (Anm. d. Red.: „Inoffizielle Mitarbeiter“ waren Spitzel der Stasi) und habe von keinem den Klarnamen verlangt, zwei haben sich von sich aus gemeldet, und einer war offensichtlicher Spitzel.“ Bleiben 45. Hansjörg Weigel glaubt, viele hätten hinterher ihre Dummheit erkannt.

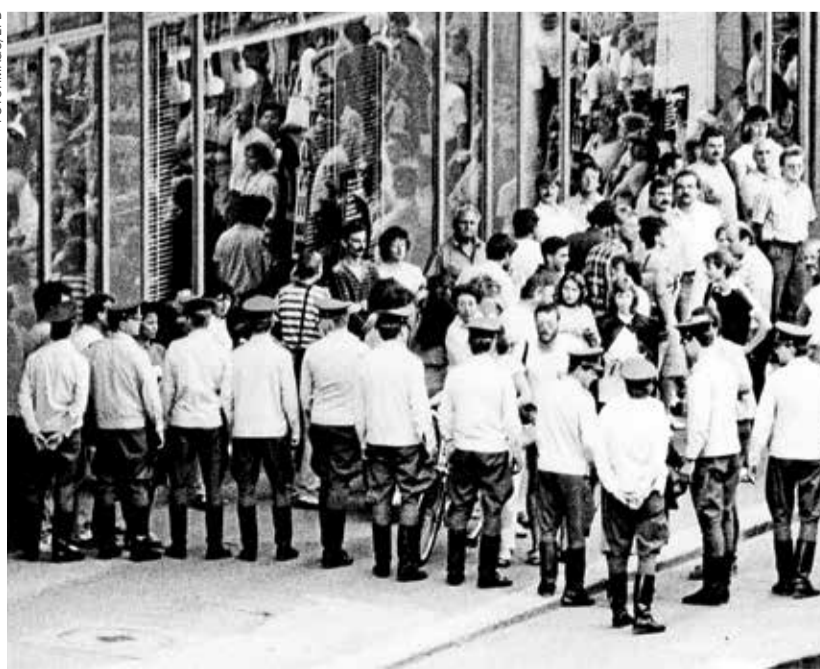
i Erinnerungen

Angst verbreiten, psychischen Druck erzeugen, die Familie in Sippenhaft nehmen – das sind die Tricks von Machthabern, die überzeugt sind, daß man sie nie zur Verantwortung ziehen wird. Mit der Aufzeichnung der Erinnerung der DDR-Opfer werden sie nicht aus der Schuld entlassen. Im Gegenteil. Das Projekt „Glaube, Mut & Freiheit“ umfaßt bisher 40 Interviews mit Zeitzeugen zu den Themen „Friedliche Revolution“ und „Christ sein in der DDR“. Die Reihe beinhaltet Zeugnisse mit Ex-Bundespräsident Joachim Gauck, dem Theologen Harald Bretschneider, der Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, der Publizistin Vera Lengsfeld und dem Autoren Wolfgang Hardegen.

► www.glaube-mut-freiheit-ddr.de
► www.revolution.sachsen.de/zeitzeugen-4261.html



Opfer und Chronist Hansjörg Weigel: Erinnerungen weitergeben ist ein Teil der Heilung



DDR-Volkspolizisten versperren am 18.09.1989 nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche den Besuchern den Weg

Angelika Barbe, geboren 1951 in Brandenburg an der Havel, engagierte sich ab 1986 in der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Sie beteiligte sich in verschiedenen Friedenskreisen. Am 7. Oktober 1989 gründete sie mit anderen die Sozialdemokratische Partei (SDP), für die sie im April 1990 als Abgeordnete in die erste frei gewählte Volkskammer, das Parlament der DDR, einzog. Nach Vereinigung der SDP mit der SPD war sie bis 1994 Abgeordnete des ersten gesamtdeutschen Bundestags und bis 1995 Mitglied im Parteivorstand. Aus Protest gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS, der 1990 umbenannten SED, trat sie 1996 zur CDU über und gründete das „Bürgerbüros“ zur Beratung politisch Verfolgter. Bis 2017 war sie bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung tätig.



Schweden schiebt Kurden in die Türkei ab

STOCKHOLM. Schweden hat zwei Männer in die Türkei abgeschoben, von denen einer wegen Verbindungen zur kurdischen Terrororganisation PKK verurteilt worden war. „Es ist ein Auslieferungsfall, in dem der Asylantrag einer Person abgelehnt wurde“, erklärte Schwedens Ministerin für Migration und Justiz Maria Malmer Stenegerd gegenüber SVT Nyheter. Die konservative Politikerin (Moderate) betonte dabei, daß die Regierung keine Rolle bei der Überprüfung von Asylanträgen gespielt habe. Weiter wollte sie sich nicht weiter zu dem Einzelfall äußern. Der 45jährige Mahmut Tat, der laut SVT Nyheter in Westschweden wohnte und im Gaststättengewerbe tätig war, wurde bereits in der Türkei zu mehr als sechs Jahren Haft wegen Verbindungen zur kurdischen PKK verurteilt. Im Oktober 2015 hatte der Kurde eine Aufenthaltsgenehmigung in Schweden beantragt. Diese wurde im März 2020 durch die Migrationsbehörde abgelehnt, woraufhin Tat vor dem Migrationsgericht Klage erhob. Im Februar 2021 wies das Gericht den Einspruch zurück. Am 24. November 2022 wurde der Kurde dann von der Migrationsbehörde in Gewahrsam genommen. Der türkische Justizminister Bekir Bozdağ erklärte, die Auslieferung eines kurdischen Mannes mit mutmaßlichen Verbindungen zum Terrorismus durch Schweden sei ein guter Anfang, aber Stockholm müsse noch mehr tun, bevor Ankara Schwedens Antrag auf Nato-Mitgliedschaft genehmige. Der neue schwedische Ministerpräsident Ulf Kristersson (Moderate) hatte kurz vor dem Besuch der Türkei Anfang November erklärt, sich auch von der kurdischen Miliz in Syrien, der YPG, und ihrem politischen Flügel, der Partei PYD, zu distanzieren. „Es gibt eine enge Verbindung zwischen diesen Organisationen und der PKK, die von der EU als terroristische Organisation eingestuft wird, als daß dies gut für die Beziehungen zwischen uns und der Türkei sein könnte“, betonte Außenminister Tobias Billström (Moderate). (ctw)

Vollständiges Verbot von „LGBT-Propaganda“

MOSKAU. Rußlands Präsident Wladimir Putin hat ein Gesetz unterzeichnet, das jegliche Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen, Geschlechtsumwandlung und Pädophilie vollständig verbietet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Tass ist infolge des neuen Gesetzes „derartige Propaganda in sozialen Netzwerken, in den Massenmedien, in Filmen und in der Werbung nun vollständig verboten“. Eine gesonderte Bestimmung verbietet die Verbreitung solcher Informationen unter Minderjährigen, während das Verbot bisher nur für Materialien über LGBT galt. Laut Tass ist geplant, einen Mechanismus einzurichten, um Minderjährigen den Zugang zu LGBT-bezogenen Informationen auf Netzseiten zu verwehren. Für den Zugang zu solchen Seiten sollen spezielle Codes oder andere Maßnahmen erforderlich sein. Dazu werde die Aufsichtsbehörde für die Massenmedien des Landes ermächtigt, „Netzseiten mit LGBT-Propaganda in das Register der verbotenen Ressourcen aufzunehmen, die gesperrt werden können“, so die Nachrichtenagentur. Parallel dazu habe Präsident Putin die Änderung des Gesetzbuchs über Ordnungswidrigkeiten unterzeichnet, die eine verwaltungsrechtliche Haftung für die Propagierung nichttraditioneller sexueller Beziehungen unter Menschen jeden Alters, nicht nur unter Kindern, einführt. (ctw)

„Immer mehr wollen weg“

**Ägypten: Ein Pulverfaß, das
explodieren könnte / Teil 4
des JF-Migrations-Reports**

HINRICH ROHBOHM

Die kleine, dunkle Gasse fällt kaum auf. Unscheinbar zweigt sie vom Menschen- und Warentrubel des Khan El Khalili-Basars von Kairo ab, in dem täglich Tausende 24 Stunden am Tag um Kleidung, Teppiche, Schmuck oder Gewürze handeln und feilschen. Wenige kleine Schritte in diese Gasse wirken wie ein großer Sprung in eine andere Welt.

Eben noch der Trubel und das orientalisch-arabische Stimmengewirr in dem verwinkelten Straßensystem des Basars, die vielen bunten Lichter, wild gestikulierende Händler, der Geruch exotischer Düfte von Gewürzen. In dieser Gasse nun das krasse Gegenteil. Kalkweiße Neonröhren tauchen sie in ein schummriges Zwielicht. Nur wenige Menschen sind hier. Mißtrauische Blicke junger Männer, die links und rechts der Gasse vereinzelt vor den Türen stehen. Türen, die zu kleinen Unterkünften führen und die auch zwei Schwarzafrikaner ansteuern.

Die beiden sind per Bus in der Altstadt von Kairo angekommen. Ein Bus, in dem überwiegend Schwarzafrikaner sitzen und der auf ein finstres Grundstück einbiegt, das von einer zwei Meter hohen Mauer umgeben ist. Durch das geöffnete Tor sind weitere Busse auf dem Grundstück zu erkennen. Und schemenhaft weitere Gruppen von Schwarzafrikanern. Sie kommen über die im Süden Ägyptens gelegene Stadt Assuan ins Land. Flüchtlinge aus dem Sudan, Südsudan, Äthiopien, Eritrea oder Somalia. Auch syrische Migranten nutzen den Umweg über den Sudan, seit ihre visafreie Einreise per Flug nach Kairo nicht mehr möglich ist.



Khan El-Khalili-Basar: Alles hat sich verteuert



Kleine Gasse auf dem Kairoer Basar: Versteckte Unterkünfte für Schwarzafrikaner

Neun Millionen Migranten aus 133 Ländern leben laut Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Ägypten. Das sind mehr als doppelt so viele, wie sich gegenwärtig in der Türkei aufhalten. Ein Pulverfaß, das zu explodieren droht. Kairo könnte sich dann schnell zu einem neuen, gewaltigen Drehkreuz für Migrationsströme Richtung Europa entwickeln.

Dabei hatte sich der ägyptische Staat in den vergangenen Jahren zu einer wichtigen Rückhalte-region entwickelt. Denn bisher blieb die Mehrheit der Geflüchteten im einstigen Land der Pharaonen, viele suchten und fanden hier zunächst Arbeit. Das könnte sich jedoch bald ändern. Schuld daran ist der Krieg in der Ukraine. Das Land gehört neben Rußland zu den größten Weizenexporteuren der Welt. Gleichzeitig zählt Ägypten zu den größten Weizenimporteuren. 80 Prozent des Nahrungsmittels importiert das Land aus Rußland und der Ukraine. Das Problem: Russische Seeblockaden und damit einhergehende Transportverzögerungen des lebenswichtigen Gutes haben am Nil die Preise in die Höhe schießen lassen. Wie die Migration selbst ist Weizen zur Waffe geworden, läßt die Kosten für Brot in astronomische Höhen schnellen.

Doch nicht nur die Würden steigen, sagt Hossam, ein Händler auf dem Basar, mit dem die JF ins Gespräch kommt. „Joghurt, Milch, Eier, alles stark verteuert“, klagt der 34jährige. Die Menschen in der Stadt könnten sich immer weniger leisten. Auf dem Land sind die Preise für Dünger explodiert, die Bauern können ihre Felder nicht mehr bewirtschaften.

Schon für diese leise Kritik riskiere er, sich Ärger einzuhandeln, spricht Hossam nun etwas leiser. „In Ägypten können wir nicht so offen sprechen wie bei euch in Deutschland.“ Kritik an der Regierung sei mit Risiken verbunden, werde schnell bestraft. Geheimpolizei und Militär seien überall in der Stadt präsent. Der Staat subventioniere inzwischen die Brotpreise. Der Grund: „Die Regierung möchte vermeiden, daß es noch einmal zu Aufständen wie 2011 bei der Arabischen Revolution kommt.“ Doch die Subventionen könnten die Preissteigerungen nur abmildern. „Immer mehr wollen weg“, erzählt der 34jährige. Weg Richtung Europa. Zuerst seien es nur die Flüchtlinge gewesen. „Sie waren schon vor Jahren nach Ägypten gekommen, arbeiteten hier im Land. Doch ihr Lohn reicht nicht mehr.“

„Mittlerweile machen sich auch immer mehr Ägypter auf den Weg“, verrät Hossam. Erst vor zwei Wochen sei der Sohn seines Schwagers aufgebrochen. „Ein guter Junge. Er wird es schaffen“, ist der 34jährige überzeugt.

Auf die Unterkünfte in den kleinen Seitengassen und die beiden Schwarzafrikaner angesprochen bestätigt er: „Dort kommen von Zeit zu Zeit Flüchtlinge unter.“ Diejenigen, die hier blieben, würden sich quer über ganz Kairo verstreuen. „Meistens landen sie in den Slums der Vororte“, erklärt Hossam.

Wer in Basar-Nähe unterkomme, sei zumeist von Schleusern einquartiert und gehöre zu denjenigen, die weiter wollen. Busse mit Migranten aus dem Süden kämen „täglich“ nach Kairo. Hossam sieht die „Neuen“ dann an seinem Stand vorübergehen, den Trubel der Märkte nutzend, um unauffällig Kleidung zu besorgen oder potenzielle Schleuser anzusprechen, die sie nach Europa bringen.

EU-Kommission unterstützt Kairo beim Grenzschutz

Genau das möchte die EU-Kommission verhindern. Zu hoch ist schon jetzt die Zahl jener Menschen, die über den Balkan oder das Mittelmeer nach Europa gelangen. Allein in diesem Jahr sind es über 300.000. So viele wie seit 2016 nicht mehr.

Im August dieses Jahres reagierte die EU-Kommission, plant eine engere Kooperation mit den nordafrikanischen Staaten zur Eindämmung der Zuwanderung. Vor allem den Grenzschutz dieser Länder plant sie mit Hilfe von Millionen-Zahlungen zu verstärken. Auch die Finanzierung von Such- und Rettungs-ausrüstung will sie den Ägyptern damit ermöglichen. Ende Oktober schloß die EU mit Ägypten ein Abkommen zur Begrenzung der Migration. Der nordafrikanische Staat soll EU-Zahlungen in Höhe von 80 Millionen Euro erhalten. Davon allein 23 Millionen noch in diesem Jahr.

Der Erfolg der Maßnahme: zweifelhaft. Denn auch bei der ägyptischen Regierung hat sich herumgesprochen, daß Migranten von Europa aus üppige Summen in ihr Heimatland transferieren.

Im letzten und fünften Teil der Migrations-Reportage (Endstation Deutschland) reisen wir an die Grenzen zu Österreich und der Schweiz.

Grüße aus ...
Vancouver



Verleugnete Obdachlose

Von Marc Zoellner

Für die US-Amerikaner ist der Fernsehsender CBS, die Kurzform für „Columbia Broadcasting System“, eine Instanz in Fragen guter Unterhaltung. Und das schon seit fast hundert Jahren: Ob in den 1950ern mit dem Hundedektiv „Lassie“, in den 1970ern mit dem Vietnam-Dramedy „M*A*S*H“ oder nach der Jahrtausendwende mit verschiedensten „Navy CIS“-Formaten. Zur Sneak Preview hatte uns der Sender für eine bald anlaufende Serienverfilmung des Kultfilms „True Lies“ eingeladen. Die Fragen, die uns die Produzenten dabei stellten, hatten es allerdings in sich: Ist der Pilotfilm auch „woke“ genug (ja)? Kommen die farbigen Hauptdarsteller zu stereotyp herüber (nein)?

Das alles sind Probleme, die die Filmemacher im benachbarten Kanada glücklicherweise noch nicht interessieren. Seit Jahrzehnten hat sich im pazifischen Vancouver, dem „Hollywood des Nordens“, eine ganz eigene und ungemein erfolgreiche Filmszene angesiedelt. Ob „Smallville“ oder „Supernatural“, „Stargate“ oder „Akte X“ – die Dreharbeiten in den Kulissen einer der attraktivsten, aber auch teuersten Städte der Welt boomen ohne Unterlaß. Der Grund ist nicht nur in den liberalen Steuergesetzen Kanadas zu finden. Vancouver profitiert nicht minder von den vielen Fachkräften, die an den Hochschulen der Metropole ausgebildet werden.

„Wenn du gerade Gras
rauchst, dann warte vier
Stunden, bis du wieder Auto
fährst.“

Einen hiervon, den wir „Dennis“ nennen wollen, treffen wir bei Kürbisbier und Gin Tonic in einer Kneipe in Gastown, dem Yuppie-Viertel der Stadt. Dennis spielt heute mit seiner Band auf. Die Rockmusik ist sein zweites Standbein neben seiner schon zwei Jahrzehnte währenden Tätigkeit als „Special Effects“-Verantwortlicher für unzählige Produktionen. Dieser Tage steht für ihn die Netflix-Serie „Virgin River“ auf dem Arbeitsplan, und zwar bereits, wie Dennis uns im geheimen verrät, die sechste Staffel. Gebannt lauschen wir seinen Erzählungen, ob die Protagonistin auch im echten Leben schwanger ist und wie man künstlichen Regen im Wald erzeugt. Kleiner Tip: Der Trick hat mit viel heißem Wasser zu tun und ist für die Darsteller äußerst unangenehm.

In Gastown hat sich auch der Regisseur Uwe Boll niedergelassen. Nur einen Block von seinem Spitzenrestaurant entfernt beginnt hingegen die East Hastings Street, Vancouvers Armenviertel. Hunderte Obdachlose vegetieren hier in Zelten mitten auf der Straße. Gewalt und harte Drogen dominieren den Alltag. Für die Stadtverantwortlichen war East Hastings lange Zeit Tabuthema. Auch heute noch übt sich Vancouvers Politik lieber, mit liberalen Themen zu glänzen. So findet sich gleich neben einer Drogenberatung für Obdachlose ein großes städtisches Plakat mit der Aufschrift: „Wenn du gerade Gras rauchst, dann warte vier Stunden, bis du wieder Auto fährst.“ In East Hastings kann sich niemand ein Auto leisten.

Dienstleistungsunternehmen sucht einen Interessenten, welcher sich, gegen eine gute Rendite, mit an einem Projekt bis 20.02.23, beteiligen will. Bei Interesse bitte eine Mail an: vipotservice@web.de

INFLATIONS-AUSGLEICH + RENDITE!
Softwarefirma mit genialen Produkt bietet hoch lukrative Beteiligung ab 100 Teuro bei kurzer Laufzeit. Bewährt + Sicher • twindex@web.de

**Leben auf dem Land
im schönen Taunus:**
Helle Maisonette-Wohnung (ca. 75 m² 480,00 € KM) mit überdachter Veranda in separatem Hausteil eines historischen Anwesens zu vermieten. Eine nette Person, die naturnahes Wohnen in Alleinlage zu schätzen weiß, findet hier eine echte Alternative zum üblichen Alltag.
Kontakt: joona@mein.gmx

... die Trommel schlug
zum Streite, er ging an
meiner Seite ...

**Aktueller denn je:
Gedenken an die Gefallenen!**
Unterstützen Sie unsere Arbeit!
**Verein zur Erhaltung
des 76er Denkmals e.V.
in Hamburg**
Spenden an:
IBAN: DE39 200505501315125136

**Mutter's
Bester Tropfen
Ein Kräuterbitter**
...nach alter
Familienrezeptur
hergestellt.

Sie kennen ihn noch nicht? Gegen Einsendung dieser Anzeige zusammen mit Briefmarken im Wert von 2,20 € (Warensendung) erhalten Sie einmalig eine 0,04 l **Gratisprobe (JF)**
Mutter & Sohn
Postfach 3232
55022 Mainz
Tel (0 61 31) 33 46 60
Fax (0 61 31) 99 39 09
www.mutters-bester-tropfen.de

Wendelin Schlosser
„Gedichte gegen Krieg und Gewalt“
ISBN 978-3-8372-2638-6, Preis: 4 Euro
Erschienen im August von Goethe
Literaturverlag, 2022.

DEUTSCHE PRÜFUNG
DEUTSCHLEHRER
www.denkschutz.de

Karli fragt Karli
Wann ist Corona zu Ende?
Isch hoffe nie.
Lesen Sie: www.karlbrown.info und auf [Facebook](https://www.facebook.com/karlbrown) Karl Braun schreibt

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

UNSERE TRAUMABE:
31.062 X 75,45 X 2.343,75*

* Verbreitete Auflage (IVW II/2019).
Preis je Tausend verbr. Auflage bei
1/4-Seite Eckfeldanzeige in 4c

Für mehr Informationen zu unseren Traumwerten, allen Anzeigenformaten und Beilagen kontaktieren Sie gerne Herrn Beck.
Telefon 030 - 86 49 53 - 67
beck@berliner-medienvertrieb.de

Weißer in der Minderheit

Großbritannien:
Zuwanderung und
Geburtenrate haben
viele Städte radikal verändert

JULIAN SCHNEIDER

Jahrzehntelange außereuropäische Zuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg und höhere Geburtenraten der Migranten haben die englischen Städte radikal verändert. Das ganze Ausmaß dieser Bevölkerungsveränderung zeigt der aktuelle Zensus, dessen Ergebnisse vergangene Woche präsentiert wurden. In vierzehn Stadtregionen Englands sind Weiße inzwischen in der Minderheit. In Birmingham, der zweitgrößten Stadt des Landes mit 1,5 Millionen Einwohnern, ist ihr Bevölkerungsanteil auf 48,6 Prozent gesunken. In Luton nördlich von London leben nur noch 45 Prozent Weiße und in der nordenglischen mittleren Industriestadt Leicester sogar nur 40,9 Prozent. Die sogenannte BAME-Bevölkerung (Black, Asian, other Minority Ethnic) dominiert, so die Resultate der Bevölkerungszählung von 2021. „Super-divers“ nennen die Forscher das. Andere sprechen von Städten mit „Minoritäten-Mehrheiten“.

Wer durch nordenglische ehemalige Industrieorte wie Birmingham, Manchester oder Leicester geht, sieht in einigen Vierteln vor allem dunkelhäutige Menschen mit indischen, pakistanischen und afrikanischen Wurzeln. Viele haben kleine Geschäfte gegründet. Moscheen sind kein seltener Anblick. Landesweit macht die „BAME“-Bevölkerung zwar weniger als ein Fünftel aus, in vielen ländlichen Regionen leben nur wenige Migranten. Aber die urbanen Zentren sind für die Zuwanderer wie Magneten.

London ist ebenfalls super-divers. Auch wenn über die gesamte 9-Millionen-Metropole hinweg die Weißen mit 52 Prozent noch knapp die Mehrheit ausmachen und Asiaten (19 Prozent), Schwarze (14 Prozent) und Gemischte (fünf Prozent) Minderheiten darstellen, sind viele eher ärmere Viertel in Ost- und Südlondon ethnisch gekippt. In Newham, Brent, Redbridge und Harrow beschreibt sich nur noch jeder dritte Einwohner als weiß. Dies sind auch die Viertel mit mehr Gewaltkriminalität.

Erstaunlich war, mit welcher Gleichmut die neuen Zahlen des Office of National Statistics zur Be-



Londoner Schulkinder bei den Beerdigungsfeierlichkeiten zum Tode von Königin Elisabeth II.: Premier Rishi Sunak propagiert Vielfalt

völkerungsveränderung hingenommen wurden. Es gab kaum eine Debatte. Die meisten Medien thematisierten die ethnische Verschiebung nur am Rande. Lediglich der Journalist und Schriftsteller Douglas Murray („The Strange Death of Europe“) äußerte sich kritisch. Er erinnerte daran, daß die britische Bevölkerung niemals für die Massenmigration votiert habe, ganz im Gegenteil immer eine Bremsung der Immigration gewünscht habe.

In sozialen Medien wie Twitter trendete der Name Enoch Powell. Der konservative Parlamentarier und Ex-Minister hatte in einer legendären Rede 1968 vor einem möglichen Bürgerkrieg infolge unkontrollierter Einwanderung gewarnt und war daraufhin aus dem politischen Establishment verstoßen worden. Heute heißt es, seine Rede („Rivers of blood“) habe das Klima vergiftet, Integration erschwert und Rassismus verstärkt. Premier Rishi Sunaks Pressestelle teilte zu den neuen Statistiken mit, die Vielfalt des Königreichs sei eine Stärke.

Der linksliberale Guardian freute sich im Leitartikel, daß Powell verloren habe. Am Tag darauf schon der nächste Rassismustreit. Eine 83jährige Hofdame mußte zurücktreten, da sie bei einem Empfang im Buckingham-Palast eine Schwarze in einem Leopardenfellkleid gefragt hatte, aus wel-

chem Teil Afrikas sie komme. Prinz William ließ mitteilen, seine Patentante habe sich inakzeptabel rassistisch verhalten.

Nigel Farage: Die Tory-Partei verdient „ausgelöscht“ zu werden

Ein paar Tage zuvor hatten neue Zahlen zur Zuwanderung für Aufregung gesorgt. Mit über einer Million Zuwanderern und einer halben Million Nettozuwanderung ist die Immigration vergangenes Jahr so hoch wie nie zuvor gewesen. Den Zustrom von Asylanten in kleinen Booten über den Ärmelkanal – dieses Jahr schon mehr als 40.000 – konnte Innenministerin Suella Braverman nicht stoppen. Die Tory-Regierung hat es offenkundig nicht geschafft, die Migration wie von den Brexit-Wählern gewünscht stärker zu begrenzen. Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage drohte, die Tory-Regierung verdiene es, bei den nächsten Wahlen „ausgelöscht“ zu werden. Allerdings ist dann ein Sieg der Labour-Partei wahrscheinlich. Und die steht im Zweifel für offenere Türen für noch mehr Zuwanderung.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis brachte die Volkszählung: England und Wales sind erst-

mals seit tausend Jahren mehrheitlich nicht mehr christlich. Der Anteil der sich selbst als Christen Bezeichnenden sank innerhalb eines Jahrzehnts von 59 Prozent auf 46 Prozent, was vor allem an einer Zunahme der Nicht-Religiösen unter der jüngeren Bevölkerung liegt. Anhänger des Islams sind eine Minderheit von jetzt 6,5 Prozent. Ihr Anteil steigt aber, in einigen Städten dramatisch. In Birmingham leben schon 29,9 Prozent Muslime, in Manchester 22 Prozent.

Aus der Textilindustriestadt Leicester mit einem Viertel Muslimen wurden vor einigen Wochen gewaltsame Zusammenstöße zwischen radikalen Muslimen und Hindus gemeldet. Bürgermeister Peter Soulsby kritisierte in diesem Zusammenhang nach Angaben des Guardian Desinformationen in den sozialen Medien und eine Verzerrung der Fakten. In Leicester seien die „sehr guten Beziehungen zwischen den gläubigen Menschen normal“, beschwichtigte der Labour-Politiker. Doch die indische Botschaft verurteilte die Gewalt und die „Vandalisierung von Räumlichkeiten und Symbolen der hinduistischen Religion“ auf das Schärfste. Parallel dazu forderte sie die britischen Behörden „mit Nachdruck“ auf, sofortige Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen.

Illegale Migration: Mehr EU-Hilfe für Westbalkan

BRÜSSEL/NIKOSIA. Die EU-Kommission hat einen Aktionsplan für die Zusammenarbeit mit den westlichen Balkanstaaten zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen vorgelegt. „Die Ankünfte auf der Westbalkanroute haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Ich habe im Oktober vier westliche Balkanländer besucht, um mit unseren Partnern ins Gespräch zu kommen. Wir sind entschlossen, diesen Schwung mit 20 operativen Sofortmaßnahmen aufrechtzuerhalten, um dem Migrationsdruck zu begegnen“, erklärte der EU-Vizepräsident Margaritis Schinas am Montag. Der Aktionsplan für den westlichen Balkan sieht folgendes vor: Stärkung des Grenzschutzes entlang der Routen; Beschleunigung der Asylverfahren und Unterstützung der Aufnahmekapazitäten; Bekämpfung der Schleuserkriminalität; Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rückübernahme und Rückführung sowie Angleichung der Visumpolitik. Mitte vergangener Woche hatte Zyperns Innenminister Nicos Nouris anlässlich des zweiten hochrangigen EU-Rückkehrnetzwerks dessen Arbeit gewürdigt. „Ich bin davon überzeugt, daß das Netzwerk wesentlich dazu beitragen wird, die Bemühungen der Mitgliedstaaten und der zuständigen EU-Agenturen um eine wirksame, dauerhafte und sichere Rückkehr von Drittstaatsangehörigen in ihre Herkunftsländer zu koordinieren“, erklärte der liberalkonservative Politiker. Im Jahr 2022 seien fast 7.000 Personen zurückgeführt worden. Dies entsprache einem Anteil von 40 Prozent (17 Prozent im Jahr 2021) im Vergleich zu den Ankünften. „Eine Quote, mit der wir sehr zufrieden sind“, so Nouris. Es sei Zypern auch gelungen, die Zahl der freiwilligen Rückführungen im Vergleich zu den erzwungenen Rückführungen deutlich zu erhöhen, wobei die Quote in diesem Jahr bei 87 Prozent liege. „Diese Rückführungen wurden dank unserer Anstrengungen erreicht, erstmals Abkommen und Memoranden mit Ländern wie Indien, Bangladesch, Pakistan und Vietnam zu schließen, während sich ein Abkommen mit dem Kongo in der Endphase befindet.“ Vor diesem Hintergrund dankte Nouris der EU-Grenzschutzagentur Frontex und der EU-Kommission für deren Unterstützung. (ctw)

Mongolei: Proteste gegen grassierende Korruption

ULAN-BATOR. Tausende Bürger haben in der mongolischen Hauptstadt Ulan-Bator trotz eisiger Temperaturen (-21 Grad) gegen Korruption in der Kohleindustrie des Landes und gegen die steigende Inflation protestiert. Angaben des Nachrichtenportals Al Jazeera zufolge hatten sie die Entlassung des mongolischen Parlaments (Großer Staats-Khural) gefordert und sogar versucht das Regierungsgebäude zu stürmen. „Helft uns, unser Land bricht zusammen“, sei auf einem Plakat zu lesen gewesen. Auch einige Hirten seien in die Stadt gereist, um an den Kundgebungen teilzunehmen. „Die Menschen leiden wirtschaftlich unglaublich“, erklärte Jana Zilkova, Landesdirektorin der Hilfsorganisation Caritas Tschechien in Ulan-Bator, gegenüber Al Jazeera. Einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Montsame zufolge trat der Staats-Khural, das höchste Staatsorgan, zusammen. Im Ergebnis sei festgestellt worden, daß es nicht notwendig sei, den Ausnahmezustand auszurufen. Der Große Khural befürwortete jedoch „geeignete Maßnahmen“ für den Fall, daß sich die Situation verschlimmern sollte. (ctw)

Der aktuelle rechtliche Rahmen ist untragbar

Mayotte: Bandenkriminalität und Migration – Frankreichs Übersee-Département im Indischen Ozean kommt wirtschaftlich nicht auf die Füße

FRIEDRICH-THORSTEN MÜLLER

Heftige, vor allem mit Macheten ausgelegte Auseinandersetzungen zwischen Jugendbanden erschüttern aktuell das vor der Küste Afrikas gelegene Mayotte. Dabei kam es in den vergangenen Wochen zu brennenden Autos, Überfällen auf öffentliche Verkehrsmittel oder Übergriffen auf Sicherheitskräfte. Sogar Tote, abgehackte Hände und sonstige schwere Verletzungen sind zu beklagen.

Mayotte ist eine 8.000 Kilometer von Paris entfernte, im Indischen Ozean liegende Insel. Als eines der Überbleibsel des französischen Kolonialreiches ist es nach einer Volksabstimmung seit 2014 als 101. Département integraler Bestandteil Frankreichs und damit auch der Europäischen Union. Seit Jahren ist die zu 97 Prozent von Muslimen

bewohnte Insel von einer ungebremsten Boots-Einwanderung von den zum Teil nur 40 Kilometer entfernten Komoren betroffen.

Die Insel kommt dabei trotz ihrer Zugehörigkeit zur EU, ihres tropischen Klimas und ihrer traumhaften Strände wirtschaftlich nicht auf die Füße. Jahrelange Reisewarnungen bezüglich mangelnder innerer Sicherheit schrecken Touristen ab, und die abgelegene Insellage läßt den Mahorern sonst nicht viel mehr als eine Betätigung im Agrarsektor. Entsprechend leben über 70 Prozent der Einwohner – vor allem aber die mehrheitlich von Einwanderern von den Komoren abstammenden Minderjährigen – unterhalb der Armutsgrenze.

Die Anfälligkeit für Kriminalität ist entsprechend. Laut einer INSEE-Umfrage vom November 2021 fühlen sich 48 Prozent der Einwohner Mayottes inzwischen in ihrer Wohnung unsicher. Eine Entwicklung, die nicht ohne Auswirkung auf

die Politik bleibt. Während Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2012 auf Mayotte nur auf 2,8 Prozent der Stimmen kam, erzielte sie diesen April dort mit 42,7 Prozent im ersten Wahlgang Frankreichweit ihr bestes Département-Ergebnis. Die Stichwahl konnte sie dort mit 59,1 Prozent souverän gegen Emmanuel Macron für sich entscheiden.

Frankreichs Sonderpolizei soll für Recht und Ordnung sorgen

Laut Marine Le Pen ist Mayotte „eine Art Laboratorium des Horrors [...] und unser aller Zukunft, wenn nichts unternommen wird“. Ähnlich drastisch äußert sich Mansour Kamardine. Der Konservative vertritt als einer von zwei Abgeordneten Mayotte in der französischen Nationalversammlung. Er macht ohne diplomatische Umschweife vor allem

Ausländer dafür verantwortlich, daß die Situation auf der Insel so angespannt sei und spricht von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Er zeigt sich zufrieden darüber, daß inzwischen die französische Sonderpolizei RAID auf der Insel aktiv geworden ist. Darüber hinaus hält er aber Änderungen des rechtlichen Rahmens für unabdingbar.

Dazu gehört für ihn vor allem, daß „Migranten, die straffällig werden, unabhängig von ihrem Alter und der Dauer ihres Aufenthalts auf Mayotte, abgeschoben werden. Auch der kostenlose Zugang zum Gesundheitssystem für Illegale solle beendet werden. Mit Blick auf nach seinen Angaben 800 fehlende Grundschulklassen auf der 280.000-Einwohner-Insel fordert er darüber hinaus ein Ende der Schulpflicht für illegale Einwanderer. Außerdem plädiert er für eine Art „Militärklassen“, in denen auffällig gewordene Schulpflichtige diszipliniert werden sollten.

#UNSERLANDZUERST

MEHR DEUTSCHLAND,

WENIGER BRÜSSEL



MARKUS
BUCHHEIT

Ölpreisdeckel als Eingeständnis kontraproduktiver Sanktionen

Tricks und Strohmänner

Der Schweizer Mathelehrer Manuel Schütz hält mehrere Weltrekorde im Bumerangwerfen. Nicht viel Rechenkünste braucht man, um den Bumerangeffekt der Russland-Sanktionen zu erkennen – ein Blick auf die Gas- oder Stromrechnung genügt. Das Gegenstück sind Rekordgewinne der russischen Energiekonzerne sowie Handelsüberschüsse bei Rekordstärke des Rubels. Der jetzt verabschiedete Ölpreisdeckel ist das Eingeständnis, daß die bisherigen Sanktionen kontraproduktiv waren. Aber werden die Einnahmen Moskaus so wirklich begrenzt? Das kann bezweifelt werden. Abzusehen sind zumindest vorübergehende Verwerfungen im Ölmarkt.



von
Thomas Kirchner

„Die G20-Staaten China und Indien sowie der Nato-Partner Türkei werden Hauptabnehmer.“

Außenminister Sergej Lawrow hat angekündigt, Rußland werde keine Geschäfte mehr mit Ländern machen, die sich dem Preisdeckel anschließen. Energiehungrige Länder, die keine Sanktionen verhängt haben, gibt es viele. Russisches Öl wird also dorthin fließen, während deren bisherige Importe nach Europa umgelenkt werden. Die Gesamtmenge an Öl wird sich langfristig nicht ändern, allerdings kann es in der Übergangsphase zu Engpässen kommen. Die US-Investmentbank JPMorgan Chase warnt vor Verdopplung des Ölpreises auf 170 Dollar pro Barrel, sollte Rußland mit einem Lieferstopp reagieren. Die G20-Schwergewichte China und Indien sowie der Nato-Partner Türkei werden Hauptabnehmer, raffinierte Produkte mit gefälschten Herkunftsdokumenten dann von dort aus in die EU weitergeleitet.

Ein anderer Trick: Einen halbvollen Tanker als voll deklarieren, damit der Durchschnittspreis unter dem Preisdeckel liegt. Zur Verhinderung solcher Winkelzüge soll auch der Transport russischen Öls erschwert werden. Reedereien und Versicherungen dürfen nur noch Dienst-

leister für Ladungen sein, die dem Preisdeckel unterliegen. Da viele diesbezügliche Anbieter in Griechenland bzw. in England ansässig sind, scheint dies zunächst machbar. Doch hunderte ältere Öltanker sollen inzwischen von Rußland oder „Strohmännern“ erworben worden sein.

Und Pekings Planwirtschaftler wurmt schon lange, daß ihr Land zwar Nummer eins beim Umschlag von Seefracht ist, aber Finanziers und Reedereien im Westen sowie Anwälte und die Versicherung Lloyds in London maritime Dienstleistungen unter sich aufteilen. Die neuen Sanktionen könnten Chinas Banken und Versicherungen erstmals den Markteintritt außerhalb des chinesischen Schiffsektors ermöglichen. Und wenn sich das übliche Muster wiederholt, werden chinesische Dienstleister dann nach und nach die westlichen aus dem Markt verdrängen. Aus Pekings und Moskaus Sicht ist es sinnvoll, so viele Elemente des Schiffsverkehrs wie möglich unter ihre Kontrolle zu bringen und so vor aktuellen und künftigen Sanktionen zu schützen. So kann auch der Ölpreisdeckel zum Bumerang werden.

Die westlichen Sanktionen haben durch nur geringfügig niedrigere Mengen zu überproportional höheren Preisen geführt – was Rußlands Finanzen deutlich verbessert. Will man einem Rohstoffexporteur schaden, braucht man so niedrige Preise, daß auch hohe Exportvolumen nur schlappe Gewinne einbringen. Dank hoher Preise wird Rußland weiterhin hohe Einnahmen verbuchen, während sich Zwischenhändler und Schmuggler auf Kosten der Verbraucher eine goldene Nase verdienen. Notwendig wäre eine Kehrtwende bei den Sanktionen und den Ölpreis durch hohe Volumen, auch aus Rußland, zu drücken. Aber eine solche Blamage ist politisch nicht durchzusetzen.

Verfassungsgericht setzt der EU Schranken bei der Kreditaufnahme

Zweifel mit Sondervotum

Von Dirk Meyer

Die Verfassungsbeschwerden gegen die Kreditfinanzierung des 820 Milliarden Euro schweren Corona-Fonds NextGenerationEU seien erfolglos – so das Bundesverfassungsgericht am 6. Dezember. Dies dürften die Kläger anders sehen, denn der Nikolaus hat mit Ruten nicht gespart. Zwar wurden die EU-Kredite mit gesamtschuldnerischer Haftung (Euro-Bonds – jeder haftet für jeden) mit dem Grundgesetz als vereinbar gewertet. Doch interessant sind die Einhebungen: Künftig wird eine erste Schranke durch die Hervorhebung der Zweckbindung von EU-Krediten gesetzt.

So komme die Kreditaufnahme „ausnahmsweise“ dann in Betracht, wenn das Geld „ausschließlich zweckgebunden“ eingesetzt werde, die „Kreditaufnahme zeitlich befristet und der Höhe nach begrenzt ist und die Summe dieser sonstigen Mittel den Umfang der Eigenmittel nicht übersteigt“. Kredite zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung sind also unzulässig. Ob der Mitteleinsatz für Klimaprojekte rechen sei, wird bezweifelt, aber großzügig akzeptiert. Maßgeblich sei zweitens auch der Notfall (Artikel 122 AEUV), konkret die Abwendung wirtschaftlicher Folgen der Corona-Pandemie

für einzelne Staaten, nicht hingegen eine Förderung aller Mitgliedstaaten – wie sie de facto mit dem NGEU jedoch stattfindet. Auch ein Verstoß gegen das Nicht-Beistandsgebot (Art. 125) wird kritisch gesehen, da die EU-Kredite nationale Kredite ersetzen. Die Bindung zukünftiger Bundestage durch eine jährliche Haftungszusage von 32 Milliarden Euro bis 2058 wird hingegen als unproblematisch gesehen.

Selbstzweifel des Zweiten Senats kommen zum Vorschein, wenn mit Formulierungen wie „nicht offensichtlich fehlerhaft“ und „nicht offensichtlich unhaltbar“ gearbeitet wird. Besonders interessant wird das Urteil (2 BvR 547/21) vor dem Hintergrund eines Sondervotums des Verfassungsrichters Peter Müller, denn zwischen 1971 und 2000 entfielen auf 1.714 Entscheidungen nur 108 dieser abweichenden Wertungen. Die Senatsmehrheit lasse demnach nahezu alle relevanten unionsrechtlichen Fragen unbeantwortet und verweigere den Dialog mit dem Europäischen Gerichtshof durch ein unterlassenes Vorabentscheidungsverfahren. Im Ergebnis sieht er einen Rückzug des Senats aus der materiellen Ultra-vires-Kontrolle, mit der Verstöße gegen das Grundgesetz festgestellt werden können.

Joe Bidens „Buy American“

Macron-Visite in Washington:
Die transatlantischen Partner EU und USA
zwischen Subventionswettbewerb und Freihandelsträumen

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS



Emmanuel Macron und Joe Biden beim Staatsdinner im Weißen Haus: Die Reindustrialisierung Amerikas nicht auf Kosten Europas betreiben

ALBRECHT ROTHACHER

Großer diplomatischer Bahnhof für Emmanuel Macron nebst Gattin Brigitte in Washington, das erste große Staatsdinner im Weißen Haus nach Corona – und gleichzeitig ein Theater des Absurden. Denn der französische Präsident ist mit seinem Wirtschaftsminister Bruno Le Maire in der EU der schärfste Kritiker des „super-aggressiven“, Inflation Reduction Acts (IRA) von Gastgeber Joe Biden. Dessen 391-Milliarden-Dollar-Subventionspaket soll angeblich der Inflationbekämpfung dienen. Doch praktisch dient es – im Widerspruch zu den Regeln der Welthandelsorganisation WTO – dem vermehrten Kauf von amerikanischen Produkten.

Aus Donald Trumps Dekret „Buy American and Hire American“ (Executive Order 13788) ist unter dem US-Demokraten schon im Januar 2021 „Buy American“ (Ensuring the Future Is Made in All of America by All of America's Workers/EO 14005) geworden. Mit dem im August unterzeichneten IRA werden Elektroautos mit Steuergutschriften von 7.500 Dollar subventioniert – aber nur, wenn sie einschließlich Batterien ab 2026 zu mindestens 80 Prozent „Made in USA“ sind. Macron und Le Maire forderten prompt ein analoges „Buy European“-Gesetz. Die deutsche Politik fürchtet derzeit einen Subventionswettbewerb wie weiland zwischen Airbus

und Boeing, obwohl die deutschen Pkw-Exporte in die USA viel härter betroffen sein werden.

Und Deutschland hätte bei einem offenen transatlantischen Handelskrieg viel mehr zu verlieren: Unsere US-Exporte summieren sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres auf 104,7 Milliarden Dollar – Frankreich lieferte nur für 42,5 Milliarden Dollar nach God's Own Country. Die USA sind zudem unser wichtigster Exportmarkt. Doch da Olaf Scholz für Biden mangels Führungskraft genauso als Ansprechpartner ausfällt wie die erratische Uschi von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin, wird Frankreich als „ältester Verbündeter“ der USA abgefeiert und von Biden beschwichtigt: Er wolle die Reindustrialisierung Amerikas nicht auf Kosten Europas betreiben. Doch genau das ist geplant – mit der aktiven Mithilfe der grünen EU-Deindustrialisierungs-Politik.

Die inflationstreibenden CO₂-Sonderzölle und der „Green Deal“

Die Amerikaner sind mit ihrem defizitären Außenhandel (minus 917 Milliarden Dollar in den ersten drei Quartalen) nur noch in wenigen Sektoren wettbewerbsfähig: der Landwirtschaft, bei Rohstoffen und Energieexporten, der Rüstung und der Hochtechnologie. Jetzt soll der „Rust Belt“, der sich im Nordosten von Chicago über Detroit bis New York zieht, als „Batteriegürtel“ revitalisiert werden. Graphit-, Lithium- und Kobaltwerke sowie Batterie-Gigafabriken sollen auf den alten Industriebrachen entstehen. Niedrige Energie- und Arbeitskosten plus Importschutz locken. Mit der geschützten und hochsubventionierten E-Autoherstellung werden nicht nur die verhassten chinesischen Rivalen, sondern auch europäische, japanische und südkoreanische Pkw-Importe ausgeschaltet.

Und das ist das einzige Thema, bei dem sich Republikaner und Demokraten völlig einig sind. Nur noch Batteriebestandteile aus Ländern, mit denen die USA Freihandelsverträge hat, wie Kanada und Mexiko, werden nach 2026 noch zulässig sein. Damit wollen die USA ihren eigenen Bergbau von Nickel, Lithium, Kupfer und seltenen Erden fördern. Die Endfertigung hat ohnehin in den USA stattzufinden. Daß die Bevorzugung einheimischer Güter und die Import-Diskriminierung WTO-Regeln widerspricht, stört in Washington niemanden, hat man doch durch die Nicht-Ernenennung von Richtern die WTO-Schiedsgerichtsbarkeit beizeiten sabotiert. Zugleich wird die europäische Industrie von den höchsten Energie- und Arbeitskosten der Welt belastet – bei inflationären Preisen für Rohstoffe und Vorprodukte. Die Stromversorgung wird

– durch den Ausstieg aus Atom und Kohle – immer unsicherer. Die Unternehmen werden durch Endlosvorschriften, Lieferkettenbürokratie, CO₂-Abgaben und Klimaauflagen schikaniert, während die Verkehrsinfrastruktur zerfällt und die qualifizierten Mitarbeiter rar werden. Da China angesichts des „Chip-Kriegs“ zwischen Washington und Peking sowie der Politik von Xi Jinping zu riskant und Rußland zum Tabu-Land wurde, lautet die Parole vom Dax-Vorstand bis zum Mittelständler: „Go west!“ Sprich: Fertigung in Nordamerika.

Natürlich nicht über Nacht und ohne dies an die große Glocke zu hängen beginnen ähnliche Produktionsverlagerungen wie vor 30 Jahren nach Osteuropa und vor 20 Jahren nach China. Diesmal Richtung USA – und ohne Wiederkehr. So „modernisiert“ BMW bereits sein größtes Werk in Spartanburg in South Carolina. 2021 liefen hier 433.000 SUV der großen X-Baureihen vom Band – ein neuer Rekord, der die Bayern zum größten US-Autoexporteur machte. VW will in Kanada Rohstoffe fördern. Tesla hat sich von den Plänen einer Batteriefabrik in Brandenburg verabschiedet zugunsten von „Made in USA“. Hätte die EU ein transatlantisches Freihandelsabkommen, wären den US-Protektionisten die Hände gebunden.

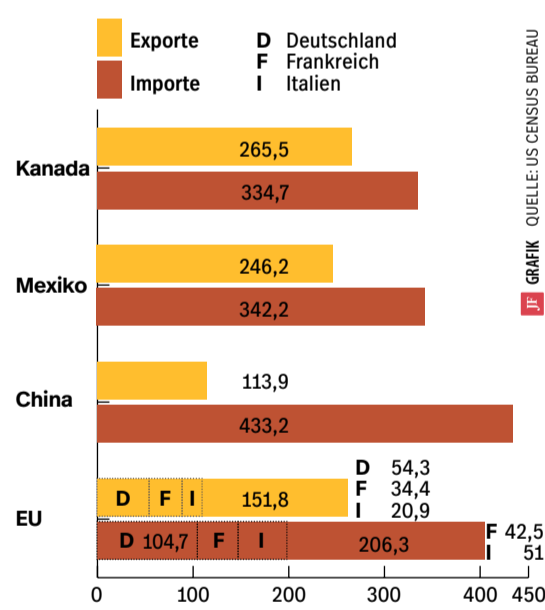
Doch Trump beendete 2017 – zur Freude der grünen Chlorhuhn- und Genmais-Hysteriker – die TTIP-Verhandlungen. Schüchtern haben Scholz und die FDP eine Wiederbelebung der Verhandlungen laut angedacht. Doch Biden wie Macron am kommenden transatlantischen Handels- und Technologierat, der Probleme lösen soll, bereits abgesagt hat. Die EU-Seite soll nun von Björn Seibert, von der Leyens EU-Kabinettschef und einem, der auf den „Green Deal“ stolz ist, angeführt werden.

Die EU-Freihandelspläne werden zudem mit sachfremden Menschenrechts-, Sozial- und Klimaaufgaben befrachtet, die außerhalb Westeuropas kaum Nachahmer finden. Das Ceta-Abkommen mit Kanada wird gerade mit Ach und Krach in den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert. Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland stehen an. Doch die Kommission will weiterhin die inflationstreibenden CO₂-Sonderzölle (Carbon Border Adjustment Mechanism/CBAM) einführen, um teure Klimaaufgaben durchzusetzen. Doch das wird unweigerlich überall Gegenzölle auf EU-Exporte auslösen. So als hätte man nicht genug Feinde und Probleme.

► www.epa.gov/green-power-markets/inflation-reduction-act
► www.madeinamerica.gov

US-Außenhandel 2022

1. bis 3. Quartal in Milliarden Dollar



Weihnachten naht – Zeit für nachhaltige Geschenke!

Neu!

DER VERDRÄNGTE HUMANISMUS

Jetzt im Schmukschuber – Band 2 soeben erschienen!

Beide Bände im Schuber:
840 S., € 41,50 / ISBN 978-3-89484-845-3

Band 1 auch einzeln erhältlich:
224 S., € 17,80 / ISBN 978-3-89484-836-1

Noch – und noch lange – flackerten im Hintergrund die Scheiterhaufen, waren die Juden ihres Lebens nicht sicher und stöhnten die Opfer in den Folterkellern, als das totalitäre System des Mittelalters erste Risse bekam und der GEIST nach fast tausendjähriger Pause kraftvoll nach Europa zurückkehrte. Der Band behandelt Leben und Wirken von zwölf außergewöhnlichen Humanisten.

Band 2:
616 S., € 24,80 / ISBN 978-3-89484-844-6

www.ahriman.com

Achtung: Alle unsere Verlagstitel sind lieferbar! Auch Buchhändler können belogen werden. Telefonische Bestellung ist immer möglich: ☎ 0761/502303

Chancenkarte für mehr Billigkräfte

Arbeitsmarkt: Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Ampel / Neuer Turbo für den Zustrom ins deutsche Sozialsystem?

CHRISTIAN SCHREIBER

Vor 30 Jahren stieg die Zahl der Zuwanderer ins wiedervereinigte Deutschland von 1,2 auf 1,5 Millionen. Die Gründe für den Bevölkerungszuwachs auf 81 Millionen waren vielfältig: Familiennachzug, Heirat, Arbeitsmigration, die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“, die Nachwirkungen des Ersten Irakkriegs 1990/91 und der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien. 438.191 der Neuzuwanderer stellten einen Asylantrag nach Artikel 16 des Grundgesetzes – etwa doppelt so viele wie 1991. Am 6. Dezember 1992 einigten sich dann – trotz linksliberaler Kritik – Union, SPD und FDP auf den „Asylkompromiß“, der dann 1993 als Artikel 16a ins Grundgesetz kam.

In den folgenden Jahren ging der Zustrom nach Deutschland kontinuierlich zurück, bis 2006 mit 661.855 ein kurzzeitiger Tiefststand beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) registriert wurde. Seither geht es – flankiert von diversen Gesetzesänderungen – wieder stetig aufwärts: 2015 zählte das Bamf 2,14 Millionen Zuwanderer, so viele wie nie zuvor. Seither liegt die Zuwanderungszahl beständig bei weit über einer Million. 2021 waren es trotz der globalen Corona-Einschränkungen schon wieder 1,32 Millionen.

Angesichts des Ukraine-Kriegs (mit bislang über einer Million Flüchtlinge) wird die 2015er Rekordzuwanderungszahl in diesem Jahr wohl überschritten – doch die deutsche Politik reagiert ganz anders als vor drei Jahrzehnten, obwohl die damit einhergehenden Probleme, etwa auf dem Wohnungsmarkt, mit damals vergleichbar sind: die Einwanderungshürden werden entsprechend dem Ampel-Koalitionsvertrag massiv gesenkt. Denn gleichzeitig verlassen jedes Jahr Hunderttausende In- und Ausländer Deutschland. Insgesamt ist aber die Einwohnerzahl trotz anhaltend geringer Geburtenraten angestiegen: von 79,8 Millionen (1990) auf 83,2 Millionen (2021).

Gleichzeitig stieg die Zahl der Rentner: 1992 waren es 19,3 Millionen, 2006 24,6 Millionen, und 2021 waren es 25,7 Millionen. Allerdings ist auch die Zahl der Erwerbstätigen stark angestiegen: von 38,4 Millionen (1992) auf 44,9 Millionen (2021). Dennoch klagt die Wirtschaft seit Jahren über eine

Arbeitskräftemangel in fast allen Bereichen. Laut dem „MINT-Herbstreport 2022“ fehlten den Firmen demnach im Oktober 326.100 technische Fachkräfte (JF 49/22). „Berufliche Engpässe werden sich aufgrund des '3-D'-Strukturwandels (Demographie, Digitalisierung, Dekarbonisierung) sowie der Nachholeffekte der Covid-19-Pandemie bereits in den kommenden fünf Jahren verstärken“, heißt es passend dazu im Fachkräftemonitoring für das Arbeitsministerium. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollen nun daher mehr Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland nach Deutschland gelockt werden. Vorgesehen ist unter anderem, daß Menschen künftig über ein Punktesystem nach Deutschland einwandern können, auch wenn sie noch keinen Arbeitsplatz vorweisen können.

Die Mindestgehaltsgrenze von 3.700 Brutto soll fallen

Daß es EU-weit 12,96 Millionen registrierte Arbeitslose gibt, die sofort ohne Probleme nach Deutschland kommen könnten, wird dabei offensichtlich ignoriert. Im Ampel-Gesetzesentwurf heißt es, daß Drittstaatsangehörigen „mit gutem Potential“ der Aufenthalt zur Suche eines Arbeitsplatzes ermöglicht werden soll. „Wir werden auf Grundlage eines transparenten, unbürokratischen Punktesystems eine Chancenkarte zur Arbeitssuche einführen“, erklärt die Regierung.

Dabei gibt es schon seit 2012 die „Blue Card“ der EU, mit der Drittstaater aus aller Welt auch ohne jegliche Kenntnisse der deutschen Sprache in Deutschland arbeiten und für sich und die Familie ein Aufenthaltsrecht erwerben können. Diese Sache hat aber einen Haken: Die Mindestgehaltsgrenze liegt bei 56.400 Euro Brutto. Bei echten Mangelberufen (Ingenieure, Ärzte, Informatiker) sind es allerdings nur 43.992 Euro jährlich. Doch welcher hochqualifizierte „Computer-Inder“ will schon angesichts der deutschen Steuer- und Abgabenlast für weniger als 3.700 Euro Brutto arbeiten?

Und im Arbeitsbereich ohne Studium sei das aufwendige Anerkennungsverfahren für den Berufsabschluß tatsächlich „eine zentrale Hürde“ für nicht akademisch gebildete Einwanderer, klagt der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR). Daher versprechen die Ampelkoalitionäre



Junger Migrant bei der Lokführerausbildung zwischen Rastatt und Karlsruhe: Die Beschäftigungsquote von syrischen Asylanten liegt derzeit bei nur 37 Prozent

nun auch Abhilfe. Kernpunkt ist das neue „Chancen-Aufenthaltsrecht“, das Migranten erwerben können, die zum Stichtag 31. Oktober 2022 schon mindestens fünf Jahre als „Geduldete“ in Deutschland leben. Das sind eigentlich ausreisepflichtige Ausländer, zum Beispiel nicht anerkannte Asylbewerber, deren Abschiebung aus den verschiedensten Gründen nicht gelang. Etwa, weil sie ihren Paß weggeworfen haben, die Sicherheitslage in ihrer Heimat eine Rückkehr angeblich nicht erlaubt oder die betreffende Person erkrankt ist. Laut Bundesregierung lebten Ende 2021 etwa 242.000 „Geduldete“ in Deutschland, davon knapp 137.000 seit mehr als fünf Jahren.

Doch hilft das wirklich bei der Fachkräfteanwerbung? Im November lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 5,3 Prozent, bei Personen mit Migrationshintergrund waren es hingegen über zwölf Prozent. Und laut Bundesagentur für Arbeit hatten beispielsweise syrische Zuwanderer im Februar 2022 eine Beschäftigungsquote von nur 37 Prozent. Menschen aus anderen Asylherkunfts-län-

dern sind im Schnitt nur zu 40 beschäftigt – bei den EU-Bürgern sind es 61 Prozent.

2019 kamen via „Blue Card“ etwa 39.000 Menschen aus Drittstaaten zum Arbeiten nach Deutschland, gerade einmal 0,1 Prozent der Gesamtzahl an inländischen Arbeitskräften. 2020 waren es coronabedingt nur noch gut 29.000. Nun soll daher die Gehaltsgrenze für Arbeitskräfte aus dem Nicht-EU-Ausland durch neue Gesetze radikal gesenkt werden. Und es soll auch möglich sein, die Qualifikationsanerkennung erst in Deutschland einzuleiten und nebenbei schon zu arbeiten, wenn Arbeitgeber eine „Anerkennungspartnerschaft“ übernehmen. Und was passiert, wenn der Arbeitsmigrant mit der hiesigen Arbeitskultur nicht dauerhaft zurecht kommt? In den Niedriglohn-Bereichen herrscht oft viel Streß und ein sehr rauher Ton. Das neu eingeführte Bürgergeld könnte dann für eine bestimmte Klientel anziehender sein als gedacht.

► www.fachkraefteeinwanderungsgesetz.de/fachkraeftestrategie-der-bundesregierung

AKWs erhalten, Fracking und neue Gaspipelines

MÜNCHEN. Fünf namhafte Wirtschaftsexperten sehen den deutschen Wohlstand in Gefahr und haben daher „eine neue Strategie in der Energiepolitik“ verlangt. „Angesichts der erheblichen Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist es von zentraler Bedeutung, die Stromversorgung breit aufzustellen und nicht leichtfertig Optionen aus der Hand zu geben“, erklärten die Unternehmer Roland Berger, Christoph Theis und Peter-Alexander Wacker sowie Ifo-Chef Clemens Fuest und sein Vorgänger Hans-Werner Sinn (ifo *Schnelldienst* 12/22). Die AKWs sollten erst abgeschaltet werden, „wenn erprobte und leistungsfähige Anlagen zur Stromerzeugung zur Verfügung stehen“. Stattdessen sollte Deutschland mit Partnerländern kooperieren, „die bereit sind, mit ihrer Kernkraft zur Minderung der durch Dunkelflauten entstehenden Probleme beizutragen“. Für „die Bewahrung Deutschlands als Industriestandort“ sei zudem „eine sichere und preislich wettbewerbsfähige Gasversorgung“ notwendig: „Ein Weg dahin wäre der Ausbau der heimischen Gasförderung in Deutschland und Europa durch Fracking.“ Wichtig sei zudem der zügige Ausbau von Gaspipelines nach Norwegen und Großbritannien sowie zu den südlichen Anrainern des Mittelmeerraums. (fis)

► www.ifo.de/publikationen

Ukraine-Wiederaufbau: 750 Milliarden Dollar nötig

WARSCHAU/KIEW. Die polnische Finanzministerin Magdalena Rzeczkowska schätzt die Wiederaufbaukosten der Ukraine auf 750 Milliarden Dollar. „Das kann natürlich noch mehr werden, weil die Bombardierungen und die russische Aggression ja weitergehen“, erklärte die 48jährige frühere Chef der polnischen Steuerverwaltung im *Handelsblatt*. Da die Ukraine EU-Mitglied werde, gehe es dabei um das „Build-back-better-Prinzip“, also den Wiederaufbau nach EU-Standards bei Klimaschutz und Energieeffizienz. Dazu könnten eventuell auch eingefrorene russische Vermögenswerte im Umfang von etwa 350 Milliarden Dollar genutzt werden: „Natürlich gibt es einige rechtliche Probleme, aber ich denke, daß sie gelöst werden“, meinte Rzeczkowska. (fis)

EU-Agrarpolitik entzieht den Landwirten die Existenzgrundlage

Brüssel degradiert unsere Landwirte zu CO2-Gärtnern

So heißt es in der von der deutschen Regierung und der CDU/CSU unterstützten Brüsseler „Vom-Hof-auf-den-Tisch“-Strategie wortwörtlich: „Ein Beispiel für ein neues grünes Geschäftsmodell ist die CO2-Bindung durch Land- und Forstwirte“. So sollen zukünftig neue „Einkommensquellen erschlossen werden“, während gleichzeitig die Lebensmittelproduktion zur Nebensache wird. Eine neue von der EU-Kommission vorgelegte Verordnung sieht eine pauschale Reduktion aller Pflanzenschutzanwendungen vor. In sogenannten sensiblen Gebieten, die derzeit in Deutschland auch die Landschaftsschutzgebiete umfassen würden, soll Pflanzenschutz verboten werden. Davon wäre mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen betroffen. Hinzu kommt eine immer grotesker anmutende Ausweitung der Aufzeichnungs- und Rechtfertigungspflichten bis hin zur Protokollierung von Maschinenreinigung in einem EU-weiten digitalen System.

Unsere Ernährungssicherheit steht auf dem Spiel – Agrarpolitik geht uns daher alle an

Zur „Wiederherstellung der Natur“ – eine weitere vorliegende Verordnung – sind Wiederherstellungsmaßnahmen geplant, die bis 2030 auf mindestens 20% der gesamten EU-Fläche zu einer wie auch immer gearteten biologischen Erholung führen soll. Vorgesehen ist dabei die zwangsweise Wiedervernässung und damit Enteignung von 7,5% landwirtschaftlich genutzter ehemaliger Torfmoorflächen. Im

Arbeitsprogramm für 2023 der Kommission ist eine weitere Verordnung angekündigt, die den Einsatz von Düngemitteln um noch einmal 20% pauschal reduzieren soll. Für viele Landwirte bedeutet diese „Agrarpolitik“ schlicht das betriebliche Aus. Eine Realität, von der jährlich bereits 3560 Betriebe betroffen sind. Eine Studie prognostiziert nun, dass von den EU-weit verbliebenen 10 Millionen Betrieben bis 2040 weitere 6,4 Millionen wegfallen werden. Für die Verbraucher bedeutet das weiter rapide steigende Lebensmittelpreise und durch die Verlagerung der Produktion in Drittstaaten Verlust der Kontrolle über die Lebensmittelqualität. Unsere Landwirte dürfen nicht zu Sündenböcken einer verfehlten Klimapolitik werden. Sie sichern unsere Ernährung und erhalten seit Generationen in guter fachlicher Praxis unsere Kulturlandschaft. Sie brauchen eine Politik, die Planungssicherheit schafft und unsere Landwirtschaft schützt und unterstützt. Dafür stehe ich.

Dr. Sylvia Limmer
MdB



Bilder wie dieses werden bald nicht nur in Deutschland der Vergangenheit angehören.



Deutschland. **Aber normal.**

f /Sylvia.Limmer.MdB
t @Sylvia_Limmer



Unsicherheit ausgenutzt

Pubertätsblocker: Eine Flut von
Behandlungen, aber kein Wissen über die
langfristigen Auswirkungen

Ein junger Schwede, der Hormonpräparate zur Umwandlung seiner sekundären Geschlechtsmerkmale nutzt: Die „Kommerzialisierung des Körpers von Kindern“ als prosperierender Markt

JÖRG SCHIERHOLZ

Auf dem „Regenbogenportal“ des Bundesfamilienministeriums finden laut „WDR aktuell“ Menschen aus der „LSBTIQ-Community“, also lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* und queere Personen, Informationen rund ums Thema „geschlechtliche Vielfalt“.

In der ursprünglichen Version des Artikels mit dem Titel „Jung und trans**“ in „leichter Sprache“ hieß es: „Bist du noch sehr jung? Und bist du noch nicht in der Pubertät? Dann kannst du Pubertätsblocker nehmen. (...) Diese Medikamente sorgen dafür, daß du nicht in die Pubertät kommst.“

Der Beitrag richtet sich an Heranwachsende, deren empfundenes Geschlecht nicht das ist, mit dem sie geboren wurden. Ärzte bezeichnen das Phänomen als „Genderdysphorie“.

Ein medialer Streit entbrannte: Ex-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) nannte die Pubertätsblocker in der *Bild* einen „großen und schwerwiegenden Eingriff in die Entwicklung der Kinder“. So etwas solle die Bundesregierung „nicht wie Hustenbonbons“ empfehlen. Tessa Ganserer und Nyke Slawik, beides Transfrauen, die für die Grünen im Bundestag sitzen, hielten dagegen, daß deren Anwendung sicher und die Wirkung umkehrbar sei.

Um was geht es eigentlich? Unter einer Genderdysphorie versteht man die Störung der Geschlechtsidentität mit einem starken Unbehagen bezüglich des eigenen biologischen Geschlechts. Die Schätzungen zur Häufigkeit in der Bevölke-

rung variieren stark. Zwischen einer sehr niedrigen gemittelten Häufigkeit von 0,0046 Prozent (Arcelus J et. al. 2015) und 0,3 Prozent in einer großen Metaanalyse der University of California. Zum außergewöhnlich hohen Anteil von 4,2 Prozent der befragten 10 bis 16-jährigen Hamburger kam eine deutsche Studie unter fast 1.000 Jugendlichen (Becker I, et al. 2017).

Trotz unsicherer Zahlenbasis ist ein rasanter Anstieg dieser Verdachtsdiagnose ebenso wie von neuen Behandlungszentren zu vermerken. In den Vereinigten Staaten erhöhte sich die Zahl sogenannter Gender-Clinics von einer einzigen in 2007 auf über 100 im Jahr 2022. In England hat alleine die berühmte Tavistock-Gender-Clinic eine explosionsartige Entwicklung der Überweisungen von Mädchen von mehr als 5.000 Prozent in 15 Jahren registrieren können. In Schweden stieg zwischen 2006 und 2018 die Zahl der Diagnosen einer Genderdysphorie um 1.500 Prozent.

Es ist völlig unklar, ob eine solche Behandlung umkehrbar ist

Nicht nur bestimmte Medien, sondern auch immer mehr Eltern drängen Ärzte vermehrt Pubertätsblocker ab sieben oder acht Jahren zu verabreichen. In der Tavistock Klinik wurden schon Dreijährige mit Einwilligung der Eltern, manchmal auf ausdrücklichen Wunsch der Erziehungsberechtigten wegen einer vermeintlichen Genderdysphorie behandelt. Zunehmend entfernen Mediziner in angelsächsischen Regionen das Brustgewebe einmiger „Transjungen“ bereits ab einem Alter von 13 Jahren, weil das Wegbinden der Brüste Schmerzen

und andere physische Probleme verursachen kann.

Körpereigene Wachstumshormone und Sexualhormone sind aber für eine normale Entwicklung in der Pubertät notwendig. Pubertätsblocker wie GnRH-Analoga (Leuprorelin: Trenantone, Enantone oder Triptorelin: Beispiel: Decapeptyl) unterbrechen diese Entwicklung, indem die körpereigene Hormonproduktion und damit die Reifung der Keimdrüsen und die körperliche Geschlechtsentwicklung gehemmt werden.

Während ihre Altersgenossen die Pubertät durchlaufen, verändert sich der Körper der Betroffenen dann nicht. Ob und wie diese Therapieeffekte reversibel sind, wird kontrovers diskutiert. Beim Mädchen hat eine solche Therapie direkte Folgen für die Knochendichte und auch Formung des weiblichen Beckens, was später zu einem Geburtshindernis mit Gefahren für Mutter und Kind führen kann. Natürliche Sexualhormone haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Reifung des Gehirns und das Verhalten.

Mögliche Folgen der Gabe von Pubertätsblockern sind Gedächtnisverlust, verlangsamte Reaktionen, verringertes Langzeit-Raumgedächtnis, erhöhte Depressivität und Verringerung der kognitiven Fähigkeiten. Es gibt Hinweise darauf, daß die Mädchen durch die Behandlung mehr Verhaltensprobleme, emotionale Probleme und größere Unzufriedenheit mit ihrem Körper hatten als ohne die Medikamente.

Zugelassen ist der Pubertätsblocker Lupron für die *Pubertas praecox*, das vorzeitige Auftreten sekundärer Geschlechtsmerkmale (Brustdrüsenwachstum, Hodenwachstum, Schamhaarwachstum) bei Mädchen bereits im Alter von weniger als acht Jahren und bei Knaben im Alter von weniger

als neun Jahren, aber nicht bei Genderdysphorie. Eine solche Off-Label-Anwendung ginge allein auf die Verantwortung des Arztes. Zu den in der Fachinformation berichteten Nebenwirkungen gehören emotionale Labilität, Gefühlsschwankungen, Kopfschmerzen, Nervosität, Ängste, Unruhe, Verwirrtheit, Wahnvorstellungen, Schlafstörungen und Depressionen. Patienten sollen hinsichtlich einer Entwicklung oder Verschlimmerung psychiatrischer Symptome strikt beobachtet werden. Mit Vorsicht ist geboten bei Patienten mit psychiatrischer Vorgeschichte.

Inzwischen wurden die Hersteller von Lupron in den USA verklagt. „Die Herstellung, der Verkauf, die Verschreibung und die Anwendung von Pubertätsblockern bei jungen Teenagern und Minderjährigen ist gefährlich und rücksichtslos“, so Generalstaatsanwalt Ken Paxton. „Diese Medikamente wurden für ganz andere Zwecke zugelassen und können schädliche und sogar unumkehrbare Nebenwirkungen haben. Ich werde nicht zulassen, daß Pharmaunternehmen die Kinder in Texas ausnutzen.“

Die Besorgnis, daß Kinder unnötig in Gefahr gebracht werden, hat Länder wie Finnland, Schweden und Großbritannien, die schon früh die geschlechtsspezifische Betreuung für Heranwachsende eingeführt haben, dazu veranlaßt, den Zugang zu invasiven Behandlungen zu begrenzen. Das Karolinska-Universitätskrankenhaus in Stockholm konstatiert in einer neuen Leitlinie zur Therapie von Minderjährigen mit Genderdysphorie, daß gegengeschlechtliche Hormonbehandlungen bei Patienten unter 18 Jahren nicht mehr verschrieben werden sollen, da diese Behandlungen „irreversible negative Folgen“ haben könnten. Ausnahmen

wären streng kontrollierte klinische Studien, die nur nach Genehmigung durch den schwedischen Ethikrat durchgeführt werden dürfen.

Dabei beruft man sich auf die britische NICE-Evidenzprüfung, die das Risiko-Nutzen-Verhältnis von hormonellen Interventionen für Minderjährige als zu unsicher beurteilt, sowie Schwedens Agentur für medizinische und soziale Bewertung (SBU).

Das Vereinigte Königreich schließt nun die umstrittene Tavistock-Klinik in London, auf die eine Klagewelle zurollt. Wegen der möglichen juristischen Folgen wie der Beweislastumkehr beim Auftreten von Komplikationen oder dem Vorwurf der Fehlbehandlung stellt die Off-Label-Behandlung eine existentielle Gefahr dar. In Frankreich wandten sich mehr als 50 Mediziner, Psychiater, Pädiater und Psychologen gemeinsam mit prominenten Feministinnen, Philosophen, Juristen und Soziologen in *L'Express* an die Öffentlichkeit. Die „Kommerzialisierung des Körpers von Kindern“ zähle zu den „größten gesundheitlichen und ethischen Skandalen“, denen man nicht tatenlos zuschauen dürfe, so die renommierten Experten.

Treiber des Genderdysphorie-Hypes ist vor allem die World Professional Association for Transgender Health (WPATH) mit ihren mehr als 4.000 Mitgliedern. Aber auch sie weist in ihren neuesten Pflegerichtlinien darauf hin, daß es für die langfristige Wirksamkeit der medizinischen Behandlung von Jugendlichen mit Genderdysphorie zu wenig valide Forschungsergebnisse gibt.

Internationaler Widerstand gegen derartige Behandlungen

Ein weiterer Treiber dieses Hypes in Deutschland sind die öffentlich-rechtlichen Medien, welche auch in der „Sendung mit der Maus“ kleinen Kindern Transsexualität nahebringen, der Ableger Funk, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Bundeszentrale für politische Bildung, die bestens vernetzte LSBTIQ-Community und die Kirchen, welche die tiefgreifende Transformation der Gesellschaft auf allen Ebenen durchsetzen wollen. Interessanterweise ist das Tavistock Institute of Human Relations in London bekannt als das älteste Institut für Sozialwissenschaften und Massenbeeinflussung. Dessen prominentester Mitarbeiter Edward Bernays war ein Neffe Sigmund Freuds.

Genderdysphorie gab es schon immer, und es wird auch in Zukunft Menschen geben, die felsenfest davon überzeugt sind, im „falschen Körper“ geboren worden zu sein. Deshalb ist es wichtig, den Betroffenen psychotherapeutisch beizustehen, da sie gegenüber Gleichaltrigen bis zu dreimal häufiger Depressionen, Angststörungen, selbstverletzendes Verhalten bis hin zum Suizid aufweisen. Diese Vordiagnosen sowie ADHS, Psychosen oder Autismus als psychiatrische Begleitdiagnosen müssen genau untersucht werden, um ein adäquates Therapiekonzept für andere Probleme zu entwickeln.

Bei einem Großteil der Dysphorien handelt es sich um ein vorübergehendes Phänomen; die Symptomatik verringert sich bei angemessener psychotherapeutischer Begleitung, und viele Kinder lernen ihre biologische Eigenart zu akzeptieren. Falls doch Pubertätsblocker oder gar das Skalpell zum Einsatz kommen müssen und es unklar ist, ob ein Kind wirklich alle Konsequenzen geschlechtsangleichender Maßnahmen wie die spätere Unfruchtbarkeit erfassen kann, empfehlen einige Institute, den Kindern Keimzellen zu entnehmen und diese aufzubewahren.

Kinder, Jugendliche und auch deren Eltern benötigen eine intensive fachärztliche, aber vor allem ideologiefreie Unterstützung, um sie vor den lebenslangen Folgen einer Fehldiagnose oder einer Übertherapie zu bewahren.

Hier finden Sie die DOI-Codes zu den zitierten Studien

- 10.1007/s00787-020-01640-2
- 10.1016/j.cpr.2020.101875
- 10.1111/jsm.13065

CATO
MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

Fürchtet euch nicht
Mission: Norbert Bolz über den Apostel Paulus
Exil: Thorsten Hinz über das BuchHaus Loschwitz
Schönheit: Eva Rex über den Regisseur Paolo Sorrentino

Jetzt am Kiosk
oder unter
cato-magazin.de/bestellen

Grün, bis alles in Scherben fällt
Von Thomas Fasbender

Deutschland in der Euro-Falle
Von Bruno Bandulet

Galileo Galilei und die Wahrheit
Von Ernst Peter Fischer

CATO
MAGAZIN FÜR NEUE SACHLICHKEIT

IHRE ARCHE FÜR DIE STÜRME VON HEUTE

CATO versteht sich als meinungsbildendes Medium, das für den vergessenen Wert des Bewahrens eintritt. Was hilft uns weiter? Worauf können wir zurückgreifen? Woran wollen wir uns erinnern? Was sollten wir pflegen? CATO bietet Orientierung im Hinblick auf Politik, Kultur, Religion, Alltag und Familie. Das Eigene und das Gefühl dafür werden auf ansprechende Weise gestärkt. CATO läßt den Leser nicht im Regen der Krisenmeldungen stehen. CATO wird konkret und beansprucht Gültigkeit über Tag und Jahr hinaus.

Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause.
Einzelheft für regulär 15,20 Euro
6 Ausgaben bekommen Sie für nur 79 Euro im Jahr.
Weitere Details und Angebote
www.cato-magazin.de/abo
Telefon 030. 81 09 67 80

„Deutschland, mein armes geliebtes Kind“

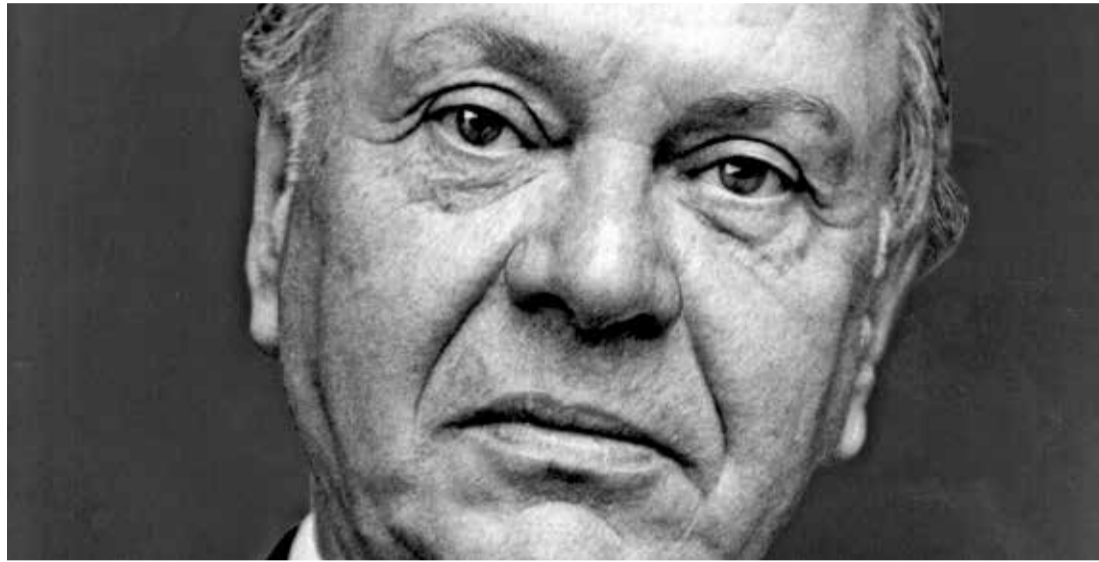
Friedrich Sieburgs Tagebuch aus den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs

WOLFGANG MÜLLER

Zwei Tage vor Heiligabend 1944 beschließt Friedrich Sieburg, nachmaliger „Literaturpapst“ der Adenauer-Ära, das Weihnachtsfest auf dem unweit seiner Tübinger Notunterkunft gelegenen Schloßchen Rübgarten zu verbringen, dem Landsitz seiner frisch von ihm geschiedenen Frau. Keine gute Idee, wie er nach den Erfahrungen aus seiner kurzen Ehe mit dem fast zwanzig Jahre jüngeren Edelfräulein hätte wissen müssen. Denn hinter der glänzenden Fassade der geborenen Frein von Bülow und verwitweten Gräfin Pückler verbarg sich eine schwerkranke Psychopathin. Am ersten Weihnachtstag zieht Sieburg daher die im Grunde befürchtete Bilanz. Die „Wahnsinnige“ habe ihn, wie so oft, auch zum Fest der Liebe tötlich angegriffen, ihm tiefe Kratzwunden im Gesicht zugefügt und ihm büschelweise die Haare ausgerissen, bevor sie ihre dazwischengehende Mutter, eine geborene Gans Edle Herrin zu Putz, attackiert und die schon am Boden liegende Dame mit Fußtritten traktiert habe. Es sei zu schrecklich gewesen, „gleich einem Traum, den der Verdammte in der Hölle zur Erhöhung seiner Qual träumen muß“.

Diese wüste Szene, die eher ins proletarische Zille-Milieu zu passen scheint, überliefert das vom November 1944 bis zum Mai 1945 geführte, nun erstmals edierte Tagebuch Sieburgs, das der Herausgeber Joachim Kersten leider mit etlichen fehlerhaften Anmerkungen und dem moralisierenden Nachwort eines nachgeborenen Besserwissers („Sieburg war ein Opportunist“, zischt ausgerechnet ein Intellektueller der Generation Mitläufer 4.0) versehen hat. In groben Zügen ist dessen Inhalt zwar durch die opulenten Biographien von Klaus Deinert (2. Auflage 2014) und Harro Zimmermann (2015) bekannt, aber sein Wert als Zeitdokument aus den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs erschließt erst jetzt der vollständig veröffentlichte Text. Zwangsläufig „schwimmt“ darin, wie Sieburg klagt, „das Unglück Deutschlands mit dem schwarzen Strom meines eigenen zusammen“. Ist der Tagebuchschreiber doch seiner Ex-Gattin in Haßliebe weiter verbunden und reflektiert in vielen, mit reichlich Selbstmitleid durchsäuerten Eintragungen das von masochistisch hingegenommener Frauengewalt und endlosen Demütigungen geprägte Drama seiner Ehe. Und parallel zum „überwältigenden persönlichen Unglück“ protokolliert der müde Melancholiker die Götterdämmerung des Deutschen Reiches, das von seinen Feinden so erbarmungslos geschlagen wird wie der Starjournalist von seiner Frau.

So wenig jedoch wie bei seiner schmerzreichen Beziehungsgeschichte, die ihn selbst mit ihren Nachwehen noch an den Rand des Selbstmords bringt, ist Sieburg beim Untergang des Reiches neutraler Beobachter. Weil der 1893 geborene Paris-Korrespondent der linksliberalen *Frankfurter Zeitung*, der als Frankreich-Kenner und sich kosmopolitisch gebender Reiseschriftsteller seit den frühen 1930er Jahren eine europäische Berühmtheit ist, eben auch einer Alterskohorte angehört, die sich in hohem Ma-



Journalist, Schriftsteller und Kritiker Friedrich Sieburg (1893–1964), hier im Jahr 1958

ße mit Deutschland identifiziert und sich als „verlängertes Selbst“ (Klaus Theweleit) ihres Vater- und Mutterlandes fühlt. Bis zuletzt fällt es dem der Maxime „Right or wrong, my country“ gehorchenden Fliegeroffizier des Ersten Weltkriegs, Patrioten und konservativen NS-Gegner daher schwer, zwischen dem Regime und der Nation zu unterscheiden. Als er am 4. Mai 1945 hört, Großadmiral Karl Dönitz habe den Westalliierten die Kapitulation angeboten, ist das für ihn kein Grund zur Vorfreude über die baldige „Befreiung“. Im Gegenteil: „Meine Tränen fließen. Deutschland, einst meine unmensliche Mutter, nun mein armes geliebtes Kind.“

Von den Terrorangriffen der angloamerikanischen Luftwaffen hält der Chronist einige der schwersten in seiner Region penibel fest, wie die auf Freiburg am 27. November und auf Heilbronn am 4. Dezember 1944. In Freiburg pulverisiert die Royal Air Force die militärisch irrelevante Altstadt, tötet 3.000, verwundet 8.000 Zivilisten. In Heilbronn sterben 6.500 Menschen im britischen Feuersturm, darunter 1.000 Kinder unter zehn Jahren.

Das sei der „bisher gründlichste und wildeste Frauen- und Kindermord dieses Krieges“ gewesen, kommentiert der erschütterte Sieburg. Und fügt voller Abscheu hinzu: „Das nennen die Engländer einen Angriff auf einen Eisenbahnknotenpunkt.“

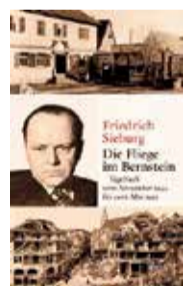
Sieburgs Blick auf diese monströsen Kriegsverbrechen erlaubt ihm keinen anderen Schluß als den, daß dieser Feind einen Vernichtungsfeldzug nicht nur gegen Hitler und die „Nazis“, sondern gegen das ganze deutsche Volk führt. Womit er aber, wie Sieburg häufiger und stets mit Befriedigung notiert, lediglich den Endsieggläubigen nahe und den Durchhaltewilligen der unbeirrt auf den „Führer“ und seine Wunderwaffen vertrauenden Volksgemeinschaft stärke. „Eine bessere Geistesverfassung als die jetzige“, vermerkt Sieburg kurz vor Beginn der eine „Welle des Optimismus“ auslösenden Ardennen-Offensive, „kann sich ein ums Letzte kämpfendes Staatswesen überhaupt nicht wünschen“. Noch Ende Januar 1945 folgert er daraus, „unsere Sache“ stehe politisch nicht so schlecht wie sie militärisch erscheine.

Trotz der bei ihm vorherrschenden Überzeugung, die Deutschen seien primär Opfer ihrer Feinde, schwingt sich der von jeher nationalpädagogisch ambitionierte Sieburg gern auch zum Ankläger seines Volkes auf. Auslöser seiner schärfsten Philippika ist die ihn verspätet erreichende Nachricht vom britischen Luftangriff auf Weimar am 9. Februar 1945: „Das Goethe-Haus ist zerstört. Welch ein ungeheurer Vorgang, der die ganze Welt aufrütteln müßte. Und doch fällt er achlos wie ein Tropfen in den Ozean der allgemeinen Zerstörung.“

Dem promovierten Germanisten, der sich einst als Hospitant des George-Kreises in dessen Goethe-Kult eingelebt hatte, ist hingegen zumute, als sei ein Stück seiner innersten Existenz ausgelöscht worden, da des Dichterstes Haus am Frauenplan ihm „die größte sichtbare Kundgebung gegen den [modernen] Dämon der Zerstörung“ gewesen sei. „Nun ist das Haus zerstört, das ist sinnvoll. Dresden ist zerstört. Was bleibt uns noch? Aber ich sage 'uns' und weiß doch, daß wir nur wenige sind. Denn diese Zerstörung wäre nie über uns gekommen, wenn die Zeugnisse unserer Kultur wirklich ein Teil unseres Gesamtlebens gewesen wären. Die Dinge waren da, herrlich und lebendig [...] aber ihnen entsprach keine Gesittung. Deutschland war längst hinter seiner Vergangenheit zurückgeblieben.“ Deshalb seien die Deutschen auch der Herrlichkeit ihrer alten Städte nicht mehr würdig gewesen.

In dieser Passage des Diariums vom 23. Februar 1945 verdichtet sich das Programm, dem Sieburg in der Bonner Republik, als ein sich der „Furie des Verschwindens“ (Hegel) entgegenstimmender „leidenschaftlicher Abendländer“ folgt, indem er als imperialer Feuilletonchef der *FAZ* seine Literaturkritik zur fundamentalen Zeit- und Kulturkritik ausweitet. Ohne daß es ihm als „literarischer Regierungspartei“ (Hans Magnus Enzensberger, 1962) im neuerlichen Anlauf zur Formung humaner „Gesittung“ und nationaler Identitätsstiftung geglückt wäre, der, wie er sie sah, entpolitisierten, geschichtsverlorenen, auf Selbstbestimmung verzichtenden, bildungslosen, amerikanischen westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ein in Jahrhunderten angehäuftes kulturelles Erbe zu vermitteln.

Stellvertretend für diesen Willen, mit der Vergangenheit radikal zu brechen, stand ihm lange vor 1968 die banausische Linksideologie der Bundesrepublik: „Eine machthungrige Horde, deren edelstes Organ der Ellenbogen ist, unfähig etwas zu erben, da sie nichts kennt und erkennt, wild entschlossen, alles Überlieferte über Bord zu werfen, da sie über dessen Wert nie nachgedacht hat, bereit, das von ihr platgetretene Gelände für die Tabula rasa eines Neubeginns zu halten ...“ (1961). Die Machteroberung dieses „diversen“ Menschentyps, 60 Jahre später, hätte Friedrich Sieburg nicht überrascht.



Friedrich Sieburg: Die Fliege im Bernstein. Tagebuch vom November 1944 bis zum Mai 1945. Hrsg. unter Mitarbeit von Klaus Deinert und mit einem Nachwort von Joachim Kersten, Wallstein Verlag, Göttingen 2022, gebunden, 232 Seiten, Abbildungen, 29,90 Euro

Auslöschung des kulturellen Gedächtnisses

Museum schließt Ausstellung: Die Londoner Wellcome Collection würdigt ihren Gründer und dessen Medizinsammlung herab

JULIAN SCHNEIDER

Das bekannte Londoner Museum The Wellcome Collection schämt sich der Sammlung des Gründers Sir Henry Wellcome und gibt diesem postum einen Fußtritt. „Rassistisch und sexistisch“ sei die aus seiner Sammlung bestehende Dauerausstellung „The Medicine Man“ (Der Medizinmann), teilte das Museum mit. Daher werde sie geschlossen. Mit ihrer Entscheidung hat die Wellcome Collection in Großbritannien eine neue Diskussion über Cancel Culture ausgelöst. „Der Schritt ist nicht nur idiotisch. Er bedeutet die fortschreitende, willentliche und erfolgreiche Auslöschung des kulturellen Gedächtnisses“, kritisierte die Kolumnistin Melanie Phillips in der *Times*.

Das Museum, das zum Wellcome Trust gehört, einer der größten medizinischen Stiftungen der Welt, trägt den Namen von Sir Henry Wellcome. Der 1853 im Mittleren Westen der USA geborene Pharmazeut hatte in London das Unternehmen Burroughs Wellcome & Co mitgegründet (einen Vorläufer des heutigen GlaxoSmithKline-Konzerns). Sein Unternehmen entwickelte als erstes ein Antikörpermittel gegen Diphtherie, die damals viele Kinder hinwegraffte, und begann die Massenproduktion von Insulin. Bei seinem Tod 1936 spendete er sein milliardenschweres Vermögen. Die nach ihm benannte britische Stiftung mit inzwischen einem Vermögen von 38 Milliarden Pfund (nach der Gates-Stiftung die zweitgrößte medizinische Treuhandstiftung der Welt) fördert medizinische Forschung. Unter anderem half sie, erste Medikamente und Therapien gegen Blutkrebs und HIV zu entwickeln. Und der Trust betreibt seit 2007 ein imposantes Museum in London nahe der Euston Station, das jährlich mehr als eine halbe Million Besucher anzieht.

Anatomische Körpermodelle aus Holz, Elfenbein oder Wachs

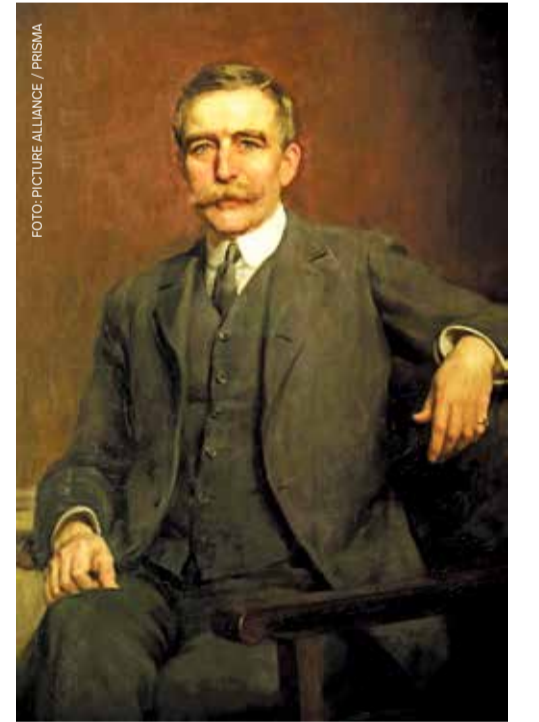
Für die seit fünfzehn Jahren beliebte Medizinmann-Schau ist nun aber endgültig der Vorhang gefallen. Eine höchst umstrittene Entscheidung, denn sie radiert nachträglich das Vermächtnis des Gründers und seine Perspektive auf die Medizingeschichte aus. Sir Henry war ein begeisterter Pharmaforscher und Sammler, der auf der ganzen Welt Tausende Exponate und Kuriositäten zusammentrug, die im weitesten Sinne mit dem Thema Gesundheit und Krankheit zu tun haben. Dazu gehört ein 4.000 Jahre alter Schädel mit einem Loch (vermutlich von einer prähistorischen OP), römische Ton-Votivgaben für kranke Füße, Hände und Ohren, eine peruanische Mumie, eine große japanische Puppe zur Akkupunktur-Lehre, eine künstliche Nase aus Metall aus dem 18. Jahrhundert und eine Guillotine, aber auch Napoleons Zahnbürste, Haar von König George III., Charles Darwins Spazierstock, die Totenmaske Benjamin Disraelis und die Hausschuhe der berühmten Krankenschwester Florence Nightingale aus der Zeit des Krimkriegs. In der beliebten Dauerausstellung „Der Medizinmann“ zeigte das Museum zudem anatomische Körpermodelle aus Holz, Elfenbein oder Wachs, die teils fast vierhundert Jahre alt sind, sowie Gläser und Krüge für Medizin oder auch Skulpturen und Darstellungen aus Afrika.

Nun gibt sich der Trust zerknirscht über die Ausstellung. Sie habe „eine Medizingeschichte fortgeschrieben, die auf rassistischer, sexistischer und ableistischer Theorie und Sprache beruhe“,

so die Museumsleitung. Behinderte, schwarze und indigene Menschen seien „exotisiert, marginalisiert und ausgebeutet“ worden, war auf dem Twitterkanal der Collection zu lesen. Melanie Keen, die seit 2019 amtierende dunkelhäutige Direktorin der Wellcome Collection, stieß sich besonders an einem Ölgemälde von 1916, das einen knieenden kranken Afrikaner vor einem weißen Missionar und Arzt zeigt. Die rassistischen Stereotypen und Hierarchien bereiteten ihr Bauchschmerzen. Nun soll das Museum die Dauerausstellung komplett umkrempeln und die ehemals Marginalisierten aufwerten. Man könne nicht „die einzige Perspektive eines privilegierten und mächtigen Mannes“ wiedergeben.

In der britischen Presse wurden aber auch Stimmen laut, die dem Museum eine lächerliche Selbstkasteiung, kulturellen Vandalismus und undankbare Cancel Culture vorwerfen. Lawrence Goldman, ehemals Herausgeber des Oxford Dictionary of National Biography, griff die Museumsleitung direkt an, die ihren Stifter und Gönner an den Pranger stellt. „Wellcome wurde in schlimmster Armut in einer amerikanischen Grenzstadt geboren und hat ein Unternehmen in Britannien gegründet, das Tausende beschäftigte und Millionen geheilt hat. Warum würde irgendwer, der bei Sinnen ist, ihn canceln wollen?“

Schon während der „Black Lives Matter“-Proteste hatte sich die Wellcome Collection mit einer besonders gewagten und idiotischen Äußerung exponiert: Alle Museen seien auf „Weißer Überlegenheit“ (White Supremacy) gebaut, hieß es jammern und selbstanklagend in einer Stellungnahme. Gleichzeitig nehmen Wellcome-Leute gerne das Geld des von ihnen verachteten Gründers. Zwischen 1,9 Millionen und 7,9 Millionen Pfund Jahresalar bezogen sieben Vorstände des Trusts, wie die Kolumnistin Melanie Phillips erinnerte. Das Gehalt jedes einzelnen Angestellten wird aus dem Vermächtnis des „mächtigen weißen Mannes“ bezahlt. Die jüdische konservative Kolumnistin sieht in der Entscheidung des Museums letztlich ein Ressentiment gegen die westliche Kultur. Sie hat recht. Letztlich drückt sich im Canceln Sir Henrys durch die heutige „woke“-Museumsleitung wieder einmal der anti-weiße, anti-westliche Bias und Selbsthaß jener aus, die nicht verwenden können, daß die moderne Wissenschaft eben maßgeblich von Weißen im Westen entwickelt wurde und nicht in Afrika.



Philanthrop Henry Solomon Wellcome

Enorme Kraftanstrengungen für digitalisierte Bildung

Informatik als Pflichtfach

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) ist unzufrieden mit dem Fortschritt der Digitalisierung in Schule, beruflicher Bildung und Universität. In ihrem jüngsten Gutachten ermahnt sie daher die Kultusministerien der Länder, mehr für die Vermittlung digitaler Kompetenz und Informatikinhalte zu tun, die noch umfassender als bisher in den Bildungsplänen zu berücksichtigen seien. Die SWK sieht großen Handlungsbedarf bei der „Anpassung“ von Bildungsinhalten, der Entwicklung forschungsbasierter Lernmaterialien sowie bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften. „Um das Bildungssystem in unserer digitalisierten Welt weiterzuentwickeln“, sind, wie der SWK-Co-Vorsitzende Olaf Köller fordert, „trotz aller Fortschritte auch weiterhin enorme Kraftanstrengungen nötig“. Die Kommission konkretisiert ihre

Vorschläge für Kindergarten, Schule, für Berufs-, Lehrkräfte- und Hochschulbildung. So empfiehlt sie für Schulen die dauerhafte Einrichtung von Zentren für digitale Bildung, die unter anderem den Ländern helfen sollen, Fortbildungsprogramme für Lehrer zu entwickeln und zu implementieren. Als weitere Maßnahme solle Informatik als Pflichtfach spätestens nach der Grundschule eingeführt werden. An Universitäten und Hochschulen seien die allgemeinen und die fachspezifischen Kompetenzen von Studenten und Dozenten zu stärken. Die gutachterlichen Empfehlungen, stellte Köller klar, zielen also darauf, zentrale digitalisierungsbezogene Inhalte „verbindlich“ in Aus- und Fortbildung zu verankern (*Physik Journal*, 11/2022). (dg)

► www.pro-physik.de/physik-journal

Erfolgreiche Meuterei gegen die bürgerliche Vernunft

Metapolitischer Veitstanz

Die Deutschen haben in den letzten Jahren erfahren, wie ungemeinlich ihr Alltag wird, wenn elementare staatl. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, von der inneren Sicherheit über das Gesundheitswesen bis zur Energieversorgung, nicht mehr funktionieren, weil sie in die Hand von politischen Entscheidungsträgern geraten sind, „denen elementare Einsicht in das Funktionieren von Gesellschaften fehlen“. Dieses, abgesehen von der AfD, parteiübergreifend tätige Personal konnte daher, wie der Philosoph Peter J. Brenner meint (*Tiumult*, 4/2022), erfolgreich eine „Meuterei gegen die Vernunft“ organisieren, deren verheerende Folgen sich in der „Energiekrise“ genauso wie in der Masseneinwanderung ins bundesdeutsche Sozialsystem zeigen. Seit den 1990ern werden Infrastrukturen zerschlagen, die das Fundament der westlichen Zivilisation bildeten. Zuerst überließ man die Staatsbetriebe Post

und Bahn dem Zufall der Marktbewegungen. Damit seien zwei zentrale Säulen der bürgerlichen Neuzeit abgewickelt worden. Und mit ihnen erodiert seit zwei Jahrzehnten „das Grundvertrauen in eine intakte Lebenswelt“. Hinzu gekommen sei die Ächtung von Schlüsseltechnologien wie Kernkraft und Verbrennungsmotor sowie die Abschaffung einer verlässlichen Währung wie der D-Mark, der die enthemmte Politisierung der europäischen Währungspolitik gefolgt sei. Dieser Prozess der Destabilisierung spiegele sich aktuell in einer geistigen Situation der Zeit wider, die vom „metapolitischen Veitstanz“ jener rot-grün-schwarz-gelben Progressiven geprägt werde, die sich im Lichte von Mikroideologien und Neomythen à la Klimarettung, LGBTQIA oder „Refugees welcome“ inszenieren. (wm)

► www.tiumult-magazine.net

Kirchhof: Religion ist wichtig für einen Staat

WÜRZBURG. Einen Staat ohne Religion kann es nicht geben. Davon ist der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof überzeugt. „Das beweisen alle kulturgeschichtlichen Einsichten“, sagte der 79jährige Staatsrechtler gegenüber der katholischen Wochenzeitung *Die Tagespost* (Ausgabe vom 1. Dezember). Der Mensch denke über seine eigene Existenz hinaus und suche eine Antwort, die er durch Vernunft und Logik allein nicht finden könne. Dabei helfe ihm „die Wahrnehmung des Glaubens in der Religion, in der Gemeinschaft und dann in der Kirchlichkeit“. Kirchhof zufolge beinhaltet der erste Satz des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ eine Idee des Urchristentums: „Wenn der Mensch die Möglichkeit der Gottesbegegnung hat, wenn er sich bemüht, diesem Ideal der Vollkommenheit nahe zu kommen, ist das der radikalste Freiheitssatz der Rechtsgeschichte.“ Wie Kirchhof weiter sagte, hat die Kirche zuletzt an Vertrauen verloren. Sie müsse deshalb beginnen, es wieder aufzubauen. „Mit ihrer Botschaft des Friedens und der Nächstenliebe hat sie positive Nachrichten und Informationen, aber auch Emotionen zu vermitteln.“ Sie müsse jetzt mehr darüber sprechen und zeigen, was sie etwa im karitativen Bereich leisten könne. Zudem müsse die Kirche verdeutlichen, daß sie mehr Formen der menschlichen Begegnung als nur den rationalen Diskurs habe. Kirchhof nannte die Musik, die Malerei und den Ritus. „Es wäre eine grausame Gesellschaft, wenn der Mensch nur ein Vernunftautomat wäre.“ Kirchhof war von 1987 bis 1999 Bundesverfassungsrichter. Im November dieses Jahres übernahm er die Gastprofessur der Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI.-Stiftung an der Fakultät für Katholische Religion der Universität Regensburg. (idea/JF) ► www.paul-kirchhof.de

Hamburger Literaturpreise verliehen

HAMBURG. Für ihren Debütroman „Liebe ist gewaltig“ hat die Journalistin und Schriftstellerin Claudia Schumacher am Montag dieser Woche den Hamburger Literaturpreis in der Kategorie „Buch des Jahres“ erhalten. Die 36jährige Autorin erzählt darin von häuslicher Gewalt in einer bürgerlichen Familie und deren noch Jahrzehnte nachwirkenden Verletzungen. In der Kategorie Roman wurden Kaspar Peters für „Ultima Thule“ und Frank Keil-Behrens für „Über meine Familie weiß ich nichts, suche sie aber trotzdem“ ausgezeichnet. In der Kategorie Erzählung erhielt Herbert Hindringer für „Morgen, oder Wenn er eine Nacht überlebt“ den Preis. Die Hamburger Literaturpreise werden jährlich vergeben und sind mit jeweils 6.000 Euro dotiert. (tha) ► www.hamburg.de/bkm/literaturpreise/

Sprachpranger

BLEND – Bayer Resource for LGBT+ and Allies

Eine „Business Resource Group“ (BRG) für die Förderung von Inklusion und Vielfalt sowie offizielle konzernweite Interessengruppe für lesbische, schwule, bisexuelle und transgender (LGBT+) Menschen und deren Unterstützer bei der Leverkusener Bayer AG

Zeitschriftenkritik: Cato



„Fürchtet euch nicht ...“

WERNER OLLES

Der Eindruck täuscht gewiß nicht, daß mit der Übernahme der *Cato*-Chefredaktion durch Ingo Langner Anfang dieses Jahres die politischen Essays zugunsten des Kulturellen, Schöngeistigen und Kunsthistorischen ein wenig in den Hintergrund getreten sind. Doch bürgen auch in der aktuellen Ausgabe (Nr. 1, Dezember 2022/Januar 2023) Autoren wie Norbert Bolz, Thorsten Hinz, Thomas Fasbender, Bruno Bandulet und Eberhard Straub zuverlässig dafür, daß das Politische zu seinem Recht kommt. In seinem Editorial verknüpft Langner gekonnt verschiedene Themenkomplexe miteinander: „In einer Demokratie kommen ihre Feinde nur im Tarnmantel ans Ziel. In Deutschland ist dieser jahrelang giftgrüne Tarnmantel inzwischen ampelfarben geworden. Was hilft dagegen? Was schützt vor den Angstmachern auf allen Kanälen? Ich rate zur Furchtlosigkeit. Die verkündet bekanntlich auch der Engel im Weihnachtsevangelium nach Lukas: „Fürchtet euch nicht ...“

Thomas Fasbender beschreibt in seinem Beitrag „Grün, bis alles in Scherben fällt“ die Grünen als „die erfolgreichste deutsche Partei der vergangenen vier Jahrzehnte, und das auch ohne grandiose Wahlsiege“. Als „Abfallprodukt des untergegangenen Bürgertums“ regiere dieses Juste milieu den medialen Kosmos ebenso selbstherrlich wie die politische Landschaft. Doch gebe es gute Gründe, den deutsch-grünen Zeitgeist als ein räumlich abgegrenztes Phänomen zu deuten, wenn man sich unsere unmittelbaren Nachbarn anschaut. Den pathologischen Realitätsverlust grüner Politiker bezeichnet der Autor sehr schön mit „Donquichottismus“, der allerdings gerade dabei sei Deutschlands Zukunft zu verspielen.

Während Bruno Bandulet „Deutschland in der Euro-Falle“ sieht, den Kaufkraftverlust der Bürger zwischen Nordsee und Alpen analysiert, Theo Waigel als krassensten aller Euro-Lügner bezeichnet und den US-Notenbankchef Alan Greenspan zitiert („Der Euro wird keinen Bestand haben“), berichtet Thorsten Hinz über das Buchhaus Loschwitz in Dresden, das bei vielen Kollegen, Schriftstellern

und Kulturfunktionären als „umstritten“ gelte. Die Chefin Susanne Dagen wurde im April 2021 mit einem Anschlag mit Buttersäure und einem Brandsatz auf ihr Wohnhaus „bestraft“. Dresdens Kulturszene schwieg vernehmbar, um so größer und erfreulicher waren die Spendenbereitschaft und eine meßbare Erhöhung der Buchbestellungen.

Weitere Beiträge befassen sich unter anderem mit Ernst Jünger (Uwe Wolff), Friedrich Sieburg (Eberhard Straub) und Marcel Proust (Tano F. Gerke), einer „Hymne auf den alten weißen Mann“ (Eva Rex) und dem „Größten rhetorischen Coup der Weltgeschichte“ (Norbert Bolz).



Kontakt: Cato Verlag GmbH, Fasanenstraße 4, 10623 Berlin. Das Einzelheft kostet 16,50 Euro, ein Jahresabo 86 Euro. ► www.cato-magazin.de

Die Regie weiß es besser!



Leonore (Ingela Brimberg), Florestan (Robert Watson): Die Inszenierung nimmt sich Freiheiten, die ihr die Partitur nicht gibt

JENS KNORR

Beethovens „Fidelio“, unsere Nationaloper, die sie niemals werden konnte, ist ein schwieriges Stück: für Sänger, Instrumentalisten, Dirigenten – und zuletzt für Regisseure. Deutungen und Mißdeutungen, Gebrauch und Mißbrauch haben sich Schicht um Schicht über die Partitur gelegt, und den Interpreten stellt sich die Aufgabe, Intention und Niederschrift darunter freizulegen, Weltbild im Notenbild zu klären und auf die weltbedeutenden Bretter zu bringen und aus dem Orchestergraben in den Saal herüber. Um es vorwegzunehmen: die an der Deutschen Oper haben sich ihr nicht gestellt!

Die älteren Operngänger werden sich noch erinnern: Auf der Suche nach ihrem zu Unrecht eingekerkerten Mann verdingt sich dessen Gattin Leonore unter dem Namen Fidelio als Gehilfe des Kerkermeisters Rocco in einem spanischen Staatsgefängnis, einige Meilen von Sevilla entfernt.

Johannes Schütz hat den offenen Bühnenraum in eine übermannshohe, begehbare Wallmauer aus Lehmziegeln gegliedert, die eine lehmige Spielfläche umschließt. In deren Mitte klafft ein Krater zu dem tiefsten Kerker, in den man nieder und aus dem man aufsteigen kann, davor ein Podium, überdimensionierter Anatomie- oder Altartisch, hinaufzuklettern und herabzusteigen oder als Laufsteg zu nutzen, darunter ein Kabelverteiler- oder Materialschränk. So weit, so symbolisch.

Drinne und Draußen scheinen aufgehoben, hier scheinen alle oben ein- wie ausgeschlossen, die einen mit, die andern ohne Fußfessel, die einen mit, die andern ohne Wasser und Brot. Freiheit und Unfreiheit scheint die Regie lediglich für eine innere Haltung zu nehmen und für das je besondere Bild, wie frei denn die Figuren in Unfreiheit, wie unfrei sie in Freiheit handeln und nicht handeln, keine freie Zeit. Dafür nimmt sie sich Freiheiten, die ihr die Partitur nicht gibt.

Der Dialogtext ist auf Kurzformeln zusammengestutzt

Überall brennt die Regie nur ungenau. Sie weiß es besser als die alten Opernführer, aber die Partitur weiß es besser als sie, was sie nicht hindert, besserwisserisch aufzutrupfen. Sie dekonstruiert, was noch gar nicht konstruiert ward. Den Dialogtext des ersten Aufzugs hat sie auf Kurzformeln und Interjektionen zusammengestutzt, auf den des zweiten Aufzugs gleich ganz verzichtet. Regisseur David Hermann setzt blind voraus, was erst zu erspielen gewesen wäre. Seine Einfälle kommentie-

ren Vorgänge, die selbst gar nicht zur Erscheinung gebracht werden. Sie fungieren lediglich als Eye-Catcher und überführen die leerlaufende psychologisierende Personenführung Einfall um Einfall ihrer szenischen Unlogik.

Marzeline, Tochter des Kerkermeisters Rocco, erleben wir als Heimbürgerin, die Leichenwäsche als offensichtlich überflüssige Handlung betrachtet, da die Leiche – ein ungenannter Statist und der einzige gestisch genaue Spieler in dieser Inszenierung – sowieso wie Müll entsorgt wird. Marzelines Eheprojekt mit Fidelio, das sie in ihrer Arie entwirft, entwickelt sie aus dem Leichten, ohne sich in ihm zu verwickeln. Ihr Glücksentwurf, wie auch die Glücksentwürfe ihres Vaters und des Pförtners Jaquino, deren pflichtgemäßes Tun den Terror des Staatsgefängnisses ermöglicht, ohne daß sie den selbst direkt ausüben, werden nicht erspielt, die musikalischen Formeln des Singspiels, welche die Situation zur Kennlichkeit bringen, durch die Regie diskreditiert.

Von allem Anfang an sitzen die Gefangenen im Halbbrunn an der Mauer, die Gesichter unter antikisierenden Masken verborgen. Ohne vorherige Erlaubnis Roccos von Leonore aufgeschlossen, durchbrechen sie zu ihrem Chor-Crescendo die Mauer, sammeln sich auf deren freier Seite, ohne die Fluchtmöglichkeit nutzen zu wollen; schließlich haben sie einen weiteren Chor zu singen.

Das Bühnenpersonal wird mit Nebenhandlungen beschäftigt

Während Don Pizarro, der Gouverneur des Staatsgefängnisses, einen zudringlichen Gefangenen einfach so erstechen kann, scheint er auf die Idee, an seinem Staatsgefängenen Don Florestan ebenso zu handeln, all die Jahre nicht gekommen zu sein. Und Rocco erst. Damit ihr Inkognito nicht auffliegt, muß Leonore im unterirdischen dunklen Kerker auf Geheiß Roccos einen im unterirdischen dunklen Kerker herumkriechenden Gefangenen erschießen. Saß Florestan nicht in Einzelhaft? Warum hat sich Rocco gegenüber dem Gouverneur des Gefängnisses geziert, den einen Gefangenen zu ermorden, wenn es mit dem andern doch so einfach zu machen ist – obzwar mit der Musik des Duets Nr. 12 nicht ganz so einfach. Als jedoch Leonore den Mord an ihrem Gatten verhindern will, hat sie wieder nur ein Messer dem Mörder Don Pizarro an die Kehle zu setzen, da Rocco nun wiederum sie mit der Pistole bedroht.

Daß der Gebrauch der Distanzwaffe nicht mehr und nicht weniger als einen Gesellschaftswechsel anzeigt, hat die Regie überlesen, wie so vieles andere Wichtige in Text und Partitur auch. Und warum hantieren Kerkermeister und Gehilfe eigentlich

Premierenkritik:
Ludwig van Beethovens „Fidelio“
an der Deutschen Oper Berlin

mit Schaufeln, wenn lediglich Planken zu heben sind, um ein Grab freizulegen? Hart, hart ist des Kerkermeisters Brot. Der zündet sich zweimal eine Zigarette an. Dabei steht über der Brandschutztür zur Bühne, stets geschlossen zu halten, klar und auch für jedermann im Saal sichtbar die Weisung: Rauchen verboten! Die Schlusszene dann wird als reine Protokollveranstaltung eines Politikspers und seiner Entourage versimpelt, über die sich der Chor tapfer echauffieren darf, der mittels Hubpodium aus einer Etage noch unter dem tiefsten Kerker auf die Hinterbühne heraufgefahren wurde. Genug davon.

Vor den zentralen Musiknummern der Oper, insbesondere das Quartett und die großen Arien Pizarros und Leonores, muß die Regie passen, da sie nicht in ihre Konzeption einzupassen sind, und sucht dann und wann das Bühnenpersonal mit Nebenhandlungen zu beschäftigen.

In einem Bühnenbild, das weder Raum für die Musik schafft noch erzählende Arrangements anregt, und lediglich stereotyp eingekleidet, denn charakterisierend kostümiert, von der Regie in ihren Ansprüchen und Widersprüchen nicht verteidigt, bleiben die Sänger auf die musikalische Ausformung ihrer Partien verwiesen – und zeigen sich überfordert.

Zwar steht Ingela Brimberg mit strapaziertem Sopran die Partie der Leonore respektvoll durch, kann sie jedoch nicht ausnuancieren. Robert Watson singt den Florestan mit leichtem, beweglichem Tenor zu früh im schweren Fach. Vor allen anderen Sängern – Jordan Shanahan (Pizarro), Sua Jo (Marzeline), Gideon Poppe (Jaquino), Don Fernando (Minister) – prägte sich dem Rezensenten der Rocco des Albert Pesendorfer ein. Von der Regie auf einen blanken Opportunisten reduziert, läßt er mit eloquent geführtem Baß doch einiges von dem durchscheinen, was Beethoven da mit selten mehr und oft weniger Rücksicht auf die Sängerstimmen zum Ausdruck bringen wollte, wenn ihn die Eingebung überkam.

Unter Sir Donald Runnicks am Pult läuft alles so durch, wie es halt durchläuft. Aber dann legt er zum Presto molto des Opernfinals ein Tempo vor, als wäre der Geist des jungen Klemperer in ihn, in Orchester und Chor der Deutschen Oper gefahren. Und zu guter Letzt der Geist Ludwig van Beethovens.

Die nächsten „Fidelio“-Vorstellungen an der Deutschen Oper Berlin, Bismarckstraße 35, finden statt am 18. Dezember um 18 Uhr, am 7. und 14. Januar jeweils um 19.30 Uhr sowie am 22. und 26. Februar 2023. Karten gibt es ab 26 Euro. Telefon: 030 / 34 38 43 43 ► <https://deutscheoperberlin.de>



CD-Kritik: Diana Damrau – My Christmas

Ein Licht entzünden

THORSTEN THALER

Ob beim Radiohören, in Einkaufszentren oder auf Weihnachtsmärkten, ein Entkommen vor popmusikalischen Dauerschleifen mit „Last Christmas“ von Wham!, „Wonderful Dream (Holidays Are Coming)“ von Melanie Thornton, Mariah Careys „All I Want for Christmas Is You“ und „Driving Home for Christmas“ von Chris Rea ist kaum möglich. Da ist es tröstlich, daß jetzt aus dem Klassik-Genre ein Doppel-Album erschienen ist, das für das heimische Hören im Familien- und Freundeskreis den Schwerpunkt auf deutsches Liedgut legt. Die Sopranistin und Bayerische Kammersängerin Diana Damrau hat 18 meist traditionelle Weihnachtslieder eingesungen, dazu auf einer zweiten CD Kompositionen von unter anderem Händel („Erwach, frohlocke, o Tochter von Zion“, „Er weidet seine Herde aus“), Mozart („Laudate Dominum“) und Johann Sebastian Bach („Jauchzet Gott in allen

Landen“, „Schafe können sicher weiden“). Ihre erklärte Mission sei es gewesen, in Zeiten der Krise ein „inneres Licht“ zu entzünden, sagte sie der Monatszeitschrift *Opernglas* (Dezember-Ausgabe). Zu den mit der NDR Radiophilharmonie dargebotenen Liedklassikern gehören neben anderen „Leise rieselt der Schnee“, „Süßer die Glocken nie klingen“, „O du fröhliche“ und „Stille Nacht“, dazu die Komposition „Weihnachtsfriede“ von René Kollo.

Und auch live auf der Bühne ist Diana Damrau präsent: Mit ihrem Weihnachtskonzert gastiert sie am 11. Dezember im Festspielhaus Baden-Baden und am 17. Dezember in der Hamburger Elbphilharmonie.



Diana Damrau
My Christmas
Warner Classics & Erato
2022 (2 CDs)
► <https://diana-damrau.com/>

Thalers Streifzüge



Von Thorsten Thaler

Gestern noch gnadenlos ignoriert, heute gefeiert: Als ich die Elvis-Metal-Band Volbeat vor gut zwölf Jahren, im Juni 2010, als Vorgabe von AC/DC im Berliner Olympiastadion das erste Mal live erlebte, wollte der Funke partout nicht überspringen. Fortan lief das dänische Quartett um Sänger und Gitarrist Michael Poulsen (47) nur auf Nebengleisen mit. Das änderte sich ein paar Jahre später mit jedem weiteren Volbeat-Album, das jeweils Platz eins der deutschen Albumcharts eroberte, zuletzt „Rewind, Replay, Rebound“ (2019) und „Servant of the Mind“ (2021). Am Montagabend dieser Woche dann die vollständige Bekehrung: Aus dem Stand heraus verwandelt Volbeat die Mercedes-Benz-Arena in einen Hexenkessel, vom ersten Titel weg („The Devil’s Bleeding Crown“) sprühen die Energiefunken auf das Publikum über, bis in die oberen Ränge hinein brodeln es, und gleich darauf folgt auch schon der Radiohit „Lola Montez“. Der Song handelt von einer irischen Tänzerin, die als Mätresse König Ludwigs I. von Bayern berühmt wurde. Bei Volbeat heißt es übersetzt so: „Spüre das Feuer, wo sie geht/ Lola Montez, so schön/ Zwielfichtig und eine temperamentvolle Dame/ Blendet deine Augen mit ihrem Spinnentanz“. Weitere Höhepunkte des Konzerts sind die Mitsingnummer „Die to Live“ und „Still Counting“ mit seinem Reggae-Intro. Aber Moment, warum eigentlich Elvis-Metal? Darunter wird eine Mischung aus Heavy Metal, Rock’n’Roll, Punkrock, Country und Blues verstanden. Volbeat-Mastermind Poulsen, der ursprünglich aus dem Death Metal stammt, fühlt sich nach eigenen Aussagen inspiriert von Legenden wie Elvis Presley, Jerry Lee Lewis und Chuck Berry, ebenso von den Beach Boys und Country-Ikone Johnny Cash, aber auch von Metallica, mit denen Volbeat auf Tour waren. Wie gut dieser musikalische Mix insbesondere live funktioniert, läßt sich hoffentlich bald wieder einmal auf deutschen Bühnen erleben.

Die Kolumnen handeln von Menschen wie du und ich, einfühlsam beobachtet, die allerlei Ängste plagen.

Eine weitere perfekte Art, den eigenen Alltagswirrwirr zu entfliehen, besteht darin, in den – literarisch verdichteten – Alltag anderer einzutauchen. Deshalb sei sowohl zum Selberlesen als auch zum Verschenken zu Weihnachten die in diesem Sommer erschienene Textsammlung „Kummer aller Art“ von Mariana Leky empfohlen (Dumont Buchverlag, Köln, gebunden, 176 Seiten, 22 Euro). Die Schriftstellerin hat dafür 39 ihrer erstmals in der Monatszeitschrift *Psychologie Heute* erschienenen Kolumnen überarbeitet. Sie handeln von Menschen wie du und ich, von Nachbarn und Verwandten, einfühlsam beobachtet, die allerlei Ängste oder Neurosen plagen oder Schlaflosigkeit oder Liebeskummer oder welthaltige Traurigkeit oder ... es sind einfach glänzend mit einer nicht geringen Prise Humor geschriebene Geschichten darüber, „wie wir unsere Macken zu Stärken machen können – und wie wir es schaffen, mit dem zu leben, was wir nicht ändern können“ (Barbara Schöneberger).

„Jagdgebiet der Meinungshyänen“ – so bezeichnet der Kolumnist Harald Martenstein den Kurznachrichtendienst Twitter (*Zeit Magazin* vom 1. Dezember 2022)



GegenAufklärung

KOLUMNE VON KARLHEINZ WEISSMANN

Royales I: In vieler Hinsicht ist die jüngste Staffel von „The Crown“ die schwächste. Aber eins macht sie doch klar: Eine Institution kann nur bestehen, wenn diejenigen, die sie tragen, bereit sind, sich von ihr „konsumieren“ (Arnold Gehlen) zu lassen.

Antiwirtschaftlich: Das Volk „hat uns das Mandat gegeben, einen demokratischen Staat zu bauen und zu regieren und zu verteidigen, aber nicht nach den demokratischen Grundsätzen des Jacobinismus, nicht nach den Grundsätzen, die seit der Französischen Revolution die Demokratien insbesondere unseres Kontinents geprägt haben, sondern nach demokratischen Grundsätzen aus christlicher Schau.“ (Kurt Georg Kiesinger, Mitglied des Bundesvorstands der Partei, in seinem Co-Referat zur Ansprache des Bundesvorsitzenden Konrad Adenauer auf dem 1. Bundesparteitag der CDU in Goslar im Oktober 1950)

Wenn die Öffentlich-Rechtlichen etwas zur Unterhaltung produzieren, etwa einen

Nur herrschende Meinungen können sich erlauben, beides zu sein: rigide und absurd.

Argumentation an zwei Denkfehlern. Der erste betrifft die Vorstellung, daß der „Nationalismus der Norwehr“ als „Phänomen neu“ ist. Faktisch war der Kollaps der Sowjetunion wesentlich auf „Nationalismen der Norwehr“ zurückzuführen. Das galt für die Rebellion der Ungarn und der Polen gegen den roten Imperialismus ebenso wie für den Selbstbehauptungswillen der Balten oder Ukrainer, die sich entschlossen, aus dem „Völkergefängnis“ auszubrechen. Aber man kann in der Geschichte noch weiter zurückgehen, um festzustellen, daß das, was Hans Kohn „Konternationalismus“ genannt hat, immer eine wesentliche Antriebskraft im Prozeß des *nation building* war. Erwähnt seien der deutsche Völkerfrühling nach dem Kampf gegen Napoleon oder der Zionismus, der in Reaktion auf den Antisemitismus entstand. Und selbstverständlich sind in diesem Zusammenhang auch diejenigen zu nennen, die Hitler am entschiedensten Widerstand leisteten. Nach üblichen Maßstäben waren Churchill, de Gaulle, Sikorski und Stauffenberg Nationalisten. Womit wir beim zweiten Irrtum Gujers sind: der

Behauptung, „die schlimmsten Verbrechen und stupidesten Dummheiten“ seien im Namen des Nationalismus begangen worden. Auch das ist sicher falsch. Denn die von Gujer so wohlwollend als Endpunkt religiöser Fanatismen gewertete Aufklärung brachte die Französische Revolution hervor, die prompt unter Beweis stellte,

daß man, die Menschenrechte auf den Lippen, einen Genozid – an den Bewohnern der Vendée – vollziehen und den ganzen Kontinent in Brand stecken kann, was Millionen Menschenleben forderte. Die Erben von Robespierre und Saint-Just – Lenin, Trotzki, Stalin, Mao, Pol Pot etc. – haben nur diese Linie fortgesetzt und die Methoden des internationalistischen Massenmordes aufs äußerste gesteigert. Womit keineswegs bestritten sei, daß Nationalismus ausgesprochen destruktive Wirkungen entfalten kann. Aber es hängt – wie im Fall jeder politischen Leitvorstellung – von den Umständen ab, ob das geschieht, nicht von irgendeiner bösen oder guten Essenz.

Royales II: Daß eine weiße Hofdame der britischen Königin ihre Position verliert, weil sie sich nach der Herkunft einer schwarzen Britin erkundigt, was selbige als rassistische Infragestellung ihrer *Britishness* betrachtet, nur um dann sofort den Stolz auf ihre afrikanischen Wurzeln herauszustellen, ist bloß damit zu erklären, daß die woke Doktrin tatsächlich etabliert ist. Denn nur herrschende Meinungen können sich erlauben, beides zu sein: rigide und absurd.

Die nächste Folge der „Gegenaufklärung“ des Historikers Karlheinz Weißmann erscheint am 23. Dezember in der JF-Ausgabe 52/22–1/23.



FOTOS: © STÄDEL-MUSEUM

Meister ES (um 1420–um 1467), Vogel-Zwei, Kupferstich, Kaltnadel, um 1463–1467: Der Künstler gilt als einer der Begründer des Kupferstichs

Martin Schongauer (ca. 1445–1491), Die dritte Törichte Jungfrau, aus der Folge „Die fünf Klugen und die fünf Törichten Jungfrauen“, Kupferstich, um 1475: Er führte die Drucktechnik zu neuen künstlerischen Höhen

Eine neue Bilderwelt

Ausstellung: Das Städel-Museum widmet sich frühen Kupferstichen

CLAUS-M. WOLFSCHLAG

Kupferstiche gehören in die Kategorie der frühesten graphischen Tiefdruckverfahren. Dabei wird ein Bild meist mit einem Grabstichel in eine Kupferplatte geritzt. Die Platte wird danach mit Farbe bestrichen, welche sich in den vertieften Rillen festsetzt. Ein Papier wird schließlich auf die Platte gelegt, mit Hand oder einer Walzenpresse festgedrückt, so daß die mit Farbe gefüllten Rillen übertragen werden und auf dem Papier ein spiegelverkehrtes Bild erzeugen.

Die ab etwa 1420 in Süddeutschland angewendete Technik war ursprünglich nur ein Nebenprodukt der Graveure. Somit waren frühe Kupferstecher in der Regel Goldschmiede. Anders als das ältere Hochdruckverfahren des Holzschnitts, das rasch auch zur Illustration von Büchern Verwendung fand, wurden die ersten Kupferstiche für Alltagszwecke genutzt. Es wurden auf diese Weise Spielkarten hergestellt oder religiöse Andachtsbilder, die zum Beispiel auf Möbelstücke montiert wurden. Oder sie dienten als Vorlagen für Maler.

Neue Drucktechniken revolutionierten die Bilderwelt

Dabei ist zu bedenken, daß sich die damalige Zeit fundamental von der unsrigen unterschied. Während wir heute in einer überbordenden Bilderwelt leben, bei der wir ständig innerlich filtern müssen, um nicht in der Flut der Reize zu ertrinken, gestaltete sich das Leben im Mittelalter und der frühen Neuzeit sehr bildarm. Gemälde und Zeichnungen waren für die meisten Menschen allenfalls in der Kirche zu sehen. Diesen Zustand revolutionierten langsam die neuen Drucktechniken.

In diese Anfangszeit des Kupferstichs führt die aktuelle graphische Schau im Frankfurter Städel, in der etwa 130 deutsche und niederländische Kupferstiche

des 15. Jahrhunderts präsentiert werden. Die gezeigten Stiche sind zum größten Teil Mitte des 15. Jahrhunderts durch den einstigen Sammlungsdirektor Johann David Passavant zusammengetragen worden. Darunter sind Werke von Wenzel von Olmütz, Israel van Meckenem und Martin Schongauer zu sehen, der die Druckkunst damals zu neuen künstlerischen Höhen führte. Schongauers Motive waren Eigenkompositionen. Das war aber nicht selbstverständlich, denn unter den Stechern wurde zahlreich kopiert. Urheberrecht gab es noch nicht, der Originalcharakter der Motive galt wenig, die Präsentation der eigenen Fertigungsfähigkeiten dafür um so mehr.

Manche der Künstler sind nicht namentlich, sondern nur aufgrund ihrer auf den Werken hinterlassenen Monogramme bekannt. Meister BM war dabei in Süddeutschland aktiv, Meister AG in Franken. Als der erste professionelle Kupferstecher gilt Meister ES, der gut verkäufliche Stiche schuf. Diese wurden vom gehobenen Bürgertum für teures Geld erworben. Der Käuferschicht entsprechend finden sich somit nicht nur religiöse Motive unter den Stichen, sondern auch solche, die zum einen Schönheitsideale ihrer Zeit abzubilden versuchten, zum anderen das tölpelhaft Betragen des Bauernvolkes zum Thema hatten. Spott über niedere Schichten fand sich also schon lange vor der Erfindung des Trash-TV der Privatsender.

Die Schau gleitet schließlich zum Übergang ins 16. Jahrhundert. Albrecht Dürer, Sohn eines Nürnberger Goldschmieds, tauchte auf, begeisterte sich für Schongauers Werke und wurde schließlich selbst zu einer in ganz Europa bekannten künstlerischen Größe. So endet die Frankfurter Ausstellung mit einem Einblick in Dürers druckgraphisches Werk.

Die Ausstellung „Vor Dürer. Kupferstich wird Kunst“ ist bis 22. Januar 2023 im Städel Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt am Main, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstag bis 21 Uhr, zu sehen. Der Katalog mit 312 Seiten kostet 39,90 Euro. ► www.staedelmuseum.de

TERMINE

AACHEN
Bis 26.02.2023: Die Augen der Frida Kahlo. Eine fotografische Hommage von Bert Loewenherz. Ausstellung im Couven Museum, Hühnermarkt 17. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 0241 / 432-44 21, https://couven-museum.de/

ALKERSHUM
Bis 19.03.2023: Provenienzzuschichten. Max Liebermann im Fokus. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, https://mkdw.de

AUGSBURG
Bis 15.01.2023: Vorsicht, zerbrechlich! Hinterglasgemälde aus vier Jahrhunderten. Ausstellung mit mehr als 100 Exponaten im Schaezlerpalais, Maximilianstr. 46. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 0821 / 324 41 12, https://kunst-sammlungen-lmuseen-augsburg.de/vorsicht-zerbrechlich

BAD FRANKENHAUSEN
Bis 29.01.2023: Jenseits von Eden: Hans-Peter Müller. Zum 80. Geburtstag. Ausstellung mit rund 100 Exponaten im Panorama-Museum, Am Schlichtberg 9. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 03 46 71 / 61 90, www.panorama-museum.de

BASEL
Bis 19.02.2023: Zerissene Moderne. Die Basler Ankäufe „entarteter“ Kunst. Ausstellung im Kunstmuseum, St. Alban-Graben 8. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20 Uhr. Info: 00 41 / 61 / 206 62 62, https://kunstmuseumbasel.ch

Bis 30.04.2023: Aves Caesar! Römer, Gallier und Germanen am Rhein.

Ausstellung im Antikenmuseum, St. Alban-Graben 5. Täglich außer montags 11 bis 17 Uhr, Do., Fr. bis 22 Uhr, Sa./So. 10 bis 16 Uhr. Info: 00 41 / 61 / 201 12 12, www.antikenmuseumbasel.ch/

BERLIN
Bis 08.01.2023: Schliemanns Schwarze Fotografien im Deutsches Technikmuseum, Trebbiner Straße 9. Täglich außer montags 9 bis 17.30 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 90 25 40, https://technikmuseum.berlin

Bis 08.01.2023: Donatello. Erfinder der Renaissance. Ausstellung (JF 47/22) mit rund 90 Werken in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42 42, www.smb.museum

Bis 19.02.2023: Alltag an Schienen. Fotografien aus der DDR von Burkhard Wollny. Ausstellung mit 57 Schwarzweißfotografien im Deutsches Technikmuseum, Trebbiner Straße 9. Täglich außer montags 9 bis 17.30 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 90 25 40, https://technikmuseum.berlin

Bis 19.02.2023: Johann Gottfried Schadow. Berührende Formen. Ausstellung in der Alten Nationalgalerie, Bodestraße 1–3. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 266 42 42 42, www.smb.museum

BERNRIED
Bis 06.03.2023: Sonntagsmalerei. Ausstellung im Buchheim Museum, Am Hirschgarten 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info:

08158 / 9970-0, www.buchheim-museum.de

BONN
Bis 08.01.2023: Heimat. Eine Suche. Ausstellung im Haus der Geschichte, Museumsmeile, Willy-Brandt-Allee 14. Täglich außer montags 9 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 02 28 / 91 65-400, www.hdg.de

Bis 05.02.2023: Die Oper ist tot – Es lebe die Oper. Ausstellung in der Bundeskunsthalle, Museumsmeile, Helmut-Kohl-Allee 4. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Mi. bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 91 71-200, www.bundeskunsthalle.de

Bis 27.06.2023: Aufbruch in die Moderne. Sammlungspräsentation August Macke und die Rheinischen Expressionisten. Ausstellung im Kunstmuseum, Museumsmeile, Helmut-Kohl-Allee 2. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Mi. bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 77-62 60, www.kunstmuseum-bonn.de

BREMEN
Bis 05.03.2023: Facettenreiche Insekten. Vielfalt – Gefährdung – Schutz. Ausstellung im Kabinett Übersee im Übersee-Museum, Bahnhofplatz 13. Täglich außer montags 9 bis 18 Uhr, Sa./So. ab 10 Uhr. Info: 04 21 / 160 38-0, www.uebersee-museum.de

CHEMNITZ
Bis 26.02.2023: Der Klang der Großstadt. Chemnitz im Kaiserreich. Ausstellung im Schloßbergmuseum, Schloßberg 12. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Mi. 14 bis 20 Uhr. Info: 0371 / 488 45 20, www.kunstsammlungen-chemnitz.de

DRESDEN
Bis 22.01.2023: Der letzte Roman-

tiker. Albert Venus. Ausstellung mit über 120 Werken im Residenzschloß, Taschenberg 2. Täglich außer dienstags 10 bis 18 Uhr. Info: 03 51 / 48 14 20 00, www.skd.museum

Bis 16.04.2023: Reise ins Jenseits. Ägyptische Grabkunst aus der Dresdener Skulpturensammlung. Kabinettausstellung mit Zeugnissen einer untergegangenen Hochkultur im Zwinger, Theaterplatz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 03 51 / 49 14 20 00, https://gemealdegalerie.skd.museum

FRANKFURT AM MAIN
Bis 22.01.2023: Vor Dürer. Kupfer-



Oskar Kokoschka, Die Windsbraut, Öl auf Leinwand, 1913: Ausstellung „Zerissene Moderne. Die Basler Ankäufe ‘entarteter’ Kunst“ im Kunstmuseum Basel (bis 19. Februar 2023)

stich wird Kunst. Ausstellung mit etwa 130 Blättern im Städel Museum, Schaumainkai 63. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 069 / 60 50 98 200, www.staedelmuseum.de/de

GÖRLITZ
Bis 26.02.2023: Porzellanland Schlesien. Ausstellung im Schlesischen Museum, Brüderstraße 8. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Fr.–So. bis 18 Uhr. Info: 035 81 / 87 91-0, www.schlesisches-museum.de

HAMBURG
Bis 31.12.2022: Impressionismus. Deutsch-französische Begegnungen. Ausstellung mit rund 80 Werken in der Lichtwark-Galerie der Kunststiftung, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 041 040 / 42 81 31-200, www.hamburger-kunststiftung.de

Bis 15.01.2023: Atmen. Ausstellung mit mehr als 100 Werken in der Kunststiftung, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 21 Uhr. Info: 040 / 42 81 31-200, www.hamburger-kunststiftung.de

HANNOVER
Bis 19.02.2023: Nach Italien. Eine Reise in den Süden. Ausstellung im Niedersächsischen Landesmuseum, Willy-Brandt-Allee 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20 Uhr. Info: 0511 / 98 07-686, www.landestmuseum-hannover.de

Bis 19.02.2023: Von Haapsalu bis Bullerbi. Die Bilderwelt von Ion Wikland. Ausstellung im Wilhelm-Busch – Deutsches Museum für Karikatur und Zeichenkunst, Georgengarten 1. Täglich außer montags 11 bis

17 Uhr. Info: 0511 / 16 99 99 11, www.karikatur-museum.de

KÖLN
Bis 22.01.2023: Grüne Moderne. Die neue Sicht auf Pflanzen. Ausstellung mit rund 130 Exponaten im Museum Ludwig, Heinrich-Böll-Platz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 0221 / 221 261 65, www.museum-ludwig.de

LÜNEBURG
Bis 29.01.2023: Romantische Augen-Blicke. Gemälde und Zeichnungen Deutschbaltischer Kunst des 19. Jahrhunderts. Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 041 31 / 759 95-0, www.ostpreussisches-landestmuseum.de

MAINZ
Bis 15.01.2023: High Tech Römer – Das Phänomen römischer Erfindungen im Landesmuseum, Große Bleiche 49-51. Täglich 10 bis 17 Uhr, Di. bis 20 Uhr. Info: https://landestmuseum-mainz.de

MERAN
Bis 06.01.2023: Make it new. Ausstellung zu dem Dichter Ezra Pound im Palais Mamming Museum, Piazza Duomo 6. Täglich außer montags 10.30 bis 17 Uhr, So. bis 13 Uhr. Info: www.palaismamming.it

MÜNCHEN
Bis 28.02.2023: Emil Nolde. Meine Art zu malen ... Ausstellung in der Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do. bis 20 Uhr. Info: 089 / 23 90 53 60, www.pinakothek.de/emil-nolde

POTSDAM
Bis 15.01.2023: Wolfgang Mat-

theuer. Der Nachbar, der will fliegen. Ausstellung im Minsk Kunsthhaus, Max-Planck-Straße 17. Täglich außer dienstags 10 bis 19 Uhr. Info: 0331 / 23 60 14-699, https://damsk.de

Bis 15.01.2023: Stan Douglas. Ausstellung im Minsk Kunsthhaus, Max-Planck-Straße 17. Täglich außer dienstags 10 bis 19 Uhr. Info: 0331 / 23 60 14-699, https://damsk.de

SAARBRÜCKEN
Bis 12.02.2023: Zu Tisch! Die Kunst des guten Geschmacks. Ausstellung im Saarlandmuseum, Schloßplatz 16. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Mi. bis 20 Uhr. Info: 06 81 / 954 05-0, www.kulturbesitz.de

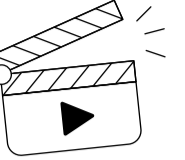
WIEN
Bis 23.04.2023: Krankheiten auf Reisen. Ausstellung des Naturhistorischen Museums im Naturhistorischen Museum, Spitalgasse 2. Mi. 10 bis 18 Uhr, Do./Fr. bis 15 Uhr, Sa. 12 bis 18 Uhr. Info: 00 43 / 1 / 521 77-625, www.nhm-wien.ac.at

WIESBADEN
Bis 05.02.2023: Vom Wert des Wassers. Alles im Fluß? Ausstellung Museum Wiesbaden/Hessisches Landesmuseum für Kunst und Natur, Friedrich-Ebert-Allee 2. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Di. bis 10 Uhr. Info: 0611 / 335 22 50, www.museum-wiesbaden.de

Alle Angaben ohne Gewähr

Fehlt hier Ihr Veranstaltungshinweis? Ankündigungen schicken Sie bitte per E-Mail (redaktion@jungefreiheit.de) oder Brief (Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin) an die JF-Termintstelle.

Filmkritik



Mississippi Delta – Im Sumpf der Rache

Zerstörerische Obsessionen

Von Werner Olles

Der ehemalige Polizist Dave Robineaux (Alec Baldwin) und seine Frau Annie (Kelly Lynch) leben in der Nähe von New Orleans. Eines Tages beobachten sie einen Flugzeugabsturz, den als einziger Passagier ein kleines Mädchen überlebt. Annie und Dave nehmen das Kind bei sich auf und erziehen es wie ihr eigenes. Währenddessen beginnt Dave, systematisch Nachforschungen über den Vorfall anzustellen. Er bekommt heraus, daß bei dem Absturz des Privatjets ein Informant der US-Drogenbehörde ums Leben kam. Eine weitere Spur führt ihn zu der Tänzerin Robin Gaddis (Mary Stuart Masterson). Nachdem er sie befragt hat, wird er von zwei Unbekannten übel zusammengeschlagen, während Robin die Finger gebrochen werden.



DVD: Mississippi Delta – Im Sumpf der Rache. Pidax Film 2022, Laufzeit etwa 127 Minuten

Dave läßt sich jedoch nicht einschüchtern und ermittelt weiter, bis seine Frau Annie bei einem Attentat getötet wird. Zwar ist sein familiäres Idyll nun zerstört, aber er fühlt sich verpflichtet, Robin zu beschützen. Ihre gemeinsamen Ermittlungen führen sie zu einem gewissen Bubba Rocque (Eric Roberts), der sich als ehemaliger Schulfreund von Dave entpuppt, aber jetzt in kriminelle Aktivitäten im Drogenhandel verwickelt ist und für die Flugzeugkatastrophe und den tödlichen Anschlag auf Annie verantwortlich ist. Dave wird jetzt zu dem harten Cop, der er früher einmal war ...

Phil Joanous' Thriller „Mississippi Delta – Im Sumpf der Rache“ (Heaven's Prisoners, USA 1996) basiert auf dem gleichnamigen Kriminalroman des Bestsellerautors James Lee Burke. Die Geschichte eines Ex-Polizisten, der von seiner Vergangenheit eingeholt wird, ähnelt im Handlungsablauf einem klassischen Rache-Western. Vorzüglich gespielt und atmosphärisch dicht inszeniert sowie mit bemerkenswerter visueller Ausstattung (Kamera: William Steinkamp), erzielt der Film seine Spannung aus einigen Unwägbarkeiten, sorgfältiger Milieuzerzeichnung, gehaltvollen Dialogen und sozialkritischen Akzenten. Wenngleich der Versuch, aus einem Action-Thriller ein Melodram mit tragischen Zügen zu inszenieren, nicht ganz überzeugt, ist „Mississippi Delta“ in den entscheidenden Momenten mit seinen präzisen Porträts und kunstvoll orchestrierten Actionsequenzen ein durchaus fesselnder Thriller um Selbstbetrug, Schuld, Sühne und zerstörerische Obsessionen.

Deutschland droht
Pastorenmangel

GIESSEN. Deutschland steht vor einem „katastrophalen“ Nachwuchsmangel für den geistlichen Dienst. Das befürchtet der Rektor der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen, Stephan Holthaus. Er sprach bei einem Empfang der Hochschule Ende November. „Die Zahl der Theologiestudenten ist in den letzten 40 Jahren auf den niedrigsten Stand aller Zeiten gesunken“, sagte der Professor für christliche Ethik und Apologetik. An einigen theologischen Hochschulen und Fakultäten hätten im Wintersemester weniger als zehn Studenten neu angefangen, an einigen sogar niemand. Holthaus: „Wir rutschen in die größte Nachwuchskrise aller Zeiten.“ Diese Krise habe längst auch die Freikirchen und die Gemeinschaftsbewegung erreicht. Abzulesen sei das an den niedrigen Anmeldezahlen ihrer Ausbildungsstätten. Auch Missionsgesellschaften und christlichen Werken stünden schwere Zeiten bevor. Gerade in einer Phase, in der die Menschen das Evangelium besonders brauchten, fehlten allerorten die Verkündiger. Holthaus kritisierte zudem die „Enttheologisierung“ in Gemeinden, Ausbildungsprogrammen und christlichen Zeitschriften: „Wer meint, man könne auf Theologie verzichten und nur noch auf Performance, einige Kurse in Leiterschaft und Erfahrungsberichte setzen, baut ein Haus auf Sand.“ Die biblische Lehre sei das Fundament des Glaubens. An der FTH studieren derzeit 200 Christen. (idea/JF)
► www.ftghgiessen.de

Johanneskirche in
Düsseldorf wird saniert

BERLIN. Die Museen und Einrichtungen der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) sollen künftig autonom handeln können. Die Eckpunkte einer Reform sehen vor, daß sie ihre Programmbudgets selbständig verwalten und Aufgaben des Personalmanagements übernehmen sollen. Der Stiftungsrat stimmte den grundlegenden Veränderungen am Montag dieser Woche einstimmig zu. Ein Gutachten des Wissenschaftsrates hatte der SPK 2020 „komplizierte und nicht effiziente Strukturen“ bescheinigt. Kulturstatsministerin Claudia Roth begrüßte die geplante Strukturreform hin zu mehr Eigenverantwortung. (tha)
► www.preussischer-kulturbesitz.de

Seelenverwandte
PrinzessinnenKlassizismus: Eine Berliner Ausstellung präsentiert
Hauptwerke des Bildhauers Johann Gottfried Schadow

REGINA BÄRTHEL

Besucher der Alten Nationalgalerie in Berlin erleben momentan einen kurzen Kulturschock: Da stehen sie an ihrem angestammten Platz in der Tempelapsis, die Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen. Doch ihre delikaten Formen erstrahlen nicht in klassischem Weiß, sondern sind bunt gefärbt in poppigem Rosa. Mit seiner Gipsplastik „Zwei Schwestern“, entstanden 2014/15, zitiert der Düsseldorfer Künstler Hans-Peter Feldmann die sogenannte „Prinzessinnengruppe“ von Johann Gottfried Schadow, eine der kulturellen Ikonen Berlins. Ein Beispiel dafür, welche Strahlkraft die vielgerühmte Inkunabel der deutschen Klassik auch heute noch ausstrahlt.

Yvette Deseyve, Kuratorin für Bildhauerei an der Alten Nationalgalerie, gelang damit ein spannungsreicher Auftakt zur Ausstellung „Berührende Formen“: Als erste Retrospektive seit rund 30 Jahren widmet sich die Präsentation den Hauptwerken Johann Gottfried Schadows (1764–1850) und führt in dessen bildhauerisches, grafisches und kunsttheoretisches Schaffen ein. In elf Themenkomplexen wird das Werk wie auch die Kunsttheorie Schadows beleuchtet und die neuen Erkenntnisse, die das interdisziplinäre Forschungs- und Restaurierungsprojekt um die Prinzessinnengruppe hervorbrachte, vermittelt. In die einzelnen Bereiche wird durch informative und gut formulierte Wandtexte eingeführt – die im Gegensatz zur ausstellungsbeleitenden Öffentlichkeitsarbeit noch dazu wohl-tuend ungedindert sind.

Bis hin zum Wahrzeichen Berlins, der Quadriga auf dem Brandenburger Tor, war der „Direktor aller Skulpturen“ am Oberhofbauamt und Leiter der preußischen Hofbildhauerwerkstatt Johann Gottfried Schadow an der Gestaltung des klassizistischen Erscheinungsbilds der Stadt beteiligt. Erhalten sind heute noch weit über 2.000 seiner Zeichnungen und etwa 400 seiner bildhauerischen Werke, von denen die Alte Nationalgalerie mit rund 150 Arbeiten den weltweit umfassendsten Bestand besitzt. Der Ruhm und das Können des Bildhau-

ers zogen zudem zahlreiche Schüler an, darunter Christian Daniel Rauch. Durch seinen immensen künstlerischen Einfluß gilt Schadow heute als „Vater der Berliner Bildhauerschule“, die bis weit ins 20. Jahrhundert hineinreicht.

Um 1800 galt der Bildhauer international als der berühmteste Künstler Preußens, was nicht zuletzt mit dem lebensgroßen Doppelstandbild der Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen zusammenhing. Sie stehen im Zentrum der Ausstellung „Berührende Formen“, die im Schinkelsaal eine weitere überraschende Inszenierung bereithält: Hier sind zum ersten Mal beide Varianten der Prinzessinnengruppe – das umfassend restaurierte Modell aus Gips von 1795 und die zwei Jahre später beendete Ausführung aus Carraramarmor – vereint zwischen wandfüllenden Spiegeln zu sehen. Was zunächst wie ein kühler Laufsteg aus der Modewelt der 1980er Jahre wirkt, ermöglicht eine umfassende Ansicht der Standbilder und ist zugleich ein schönes Bild für deren weitreichende Wirkung.

Den Reiz einer Person aus
vielen Eindrücken herausfiltern

Immerhin schuf Schadow mit der Prinzessinnengruppe das erste Monumentalstandbild zweier weiblicher historischer Persönlichkeiten und verband es mit einer neuen Strömung: Nach englischem Vorbild entstand während der Epoche der Empfindsamkeit auch in Deutschland ein wahrer Kult um subjektive Emotionen, Freundschaft und Geschwisterliebe. Grundlegend hierfür war der Begriff der Seelenverwandtschaft, die wiederum aufgrund ihrer „weiblichen Natur“ insbesondere zwischen Frauen assoziiert wurde. Tatsächlich drückt sich in der kompositionellen Einheit der fein ausbalancierten Körper und verschränkten Berührungen der Schwestern eine neue Form der Vertrautheit und Natürlichkeit aus.

Neben den beiden Varianten der Prinzessinnengruppe werden im Schinkelsaal auch Portraitbüsten von Luise und Friederike von Preußen gezeigt, durch deren Modellierung sich der Bildhauer den Physiognomien der Prinzessinnen annäherte: Eine der schwersten Aufgaben in der Kunst sei es, so Schadow, „Ähnlichkeit und Anmut zu vereinigen, in einem Moment den Reiz zusammenzufassen, der im Leben durch das beseelte Bewegte, Mannigfaltige unendlich vieler Momente“ liege. Dazu benötige es ein „ein zartes Kunstgefühl und einen, möchte ich fast sagen, an List grenzenden Beobachtungsgeist.“ Nur so könne der Künstler den „Reiz“ der Portraitierten vermitteln, der das Wesentliche einer Person aus vielzähligen lebendigen Eindrücken herausfilterte.

Doch der „Reiz“ des Doppelstandbilds der Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen wurde durchaus kontrovers beurteilt: Friedrich Wilhelm III., Luises Ehemann, befand die Skulptur als „fatal“ und verbannte sie aus dem öffentlichen Blickfeld. Für seinen Geschmack und herrschaftlichen Repräsentationsinn war Schadow der reizvollen Natürlichkeit wohl ein wenig zu nahe gekommen. Schuld daran dürfte ebenso der private, ja intime Gestus der Schwestern, wie auch die zeittypische Mode „à la grecque“ gewesen sein: Sie war darauf angelegt, den weiblichen Körper auf antikisierende Weise zart zu umfließen. Daß sich dies als sehr



Johann Gottfried Schadow, Doppelstandbild der Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen, 1795: Eine neue Form der Vertrautheit und Natürlichkeit

figurbetonend auswirken konnte, zeigt die Ausstellung anhand Schadows kleiner Aquarellserie „Schreitendes Mädchen gegen den Wind“ (um 1804).

Setzte der Klassizismus meist auf eine Idealisierung des Dargestellten, bemühte sich Schadow um eine Synthese zwischen Antike und Natur. Darin zeigt sich nicht zuletzt der Geist der Aufklärung und des Forschungsdrangs; immerhin gehörte Alexander von Humboldt zu jenen Personen, die Schadows Interesse am Studium der Natur, an Bewegung und Physiognomien prägten. Goethe allerdings tadelte den in Berlin vorherrschenden „Naturalismus“, worauf Schadow seinerseits kritisch konterte: Die „behauptete Allgemeinheit der Idealität“ sei lediglich die „Gleichförmigkeit einer Konvention“, die die Vielgestaltigkeit der Natur und damit auch der Antike verfehle.

Doch durch das königliche Diktum fristete die Prinzessinnengruppe ihr Dasein in einer abgelegenen Ecke, und noch zu seinen Lebzeiten mußte Schadow feststellen, daß sie „nur Wenigen der Anwesenden noch in Erinnerung“ war. Auch sein Ruhm verrauchte im wahrsten Wortsinn, wurde er in der Gunst der Auftraggeber doch bald schon

durch seinen Schüler Christian Daniel Rauch abgelöst.

Es war jedoch gerade jene umstrittene Natürlichkeit und Unmittelbarkeit der in Marmor gehauenen Prinzessinnen, die – nachdem sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wurden – auf großes Interesse und Bewunderung stieß und erneut zahlreiche Künstler begeisterte. Deutliche Wertschätzung erfuhr die Kunst Schadows dann durch Hugo von Tschudi und dessen 1906 an der Nationalgalerie gezeigte Jahrbunderausstellung deutscher Kunst, durch die der Bildhauer Johann Gottfried Schadow seinen heutigen Platz im Kanon der Kunstgeschichte erhielt.

Die Ausstellung „Johann Gottfried Schadow – Berührende Formen“ ist bis zum 19. Februar 2023 in der Berliner Alten Nationalgalerie, Bodestraße 1–3, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Tel.: 030 / 266 42 42. Der Katalog mit 320 Seiten und 220 Farbabbildungen kostet im Museum 39,90 Euro.
► https://schadowinberlin.de/

ANZEIGE



Fünfte Auflage, 267 S.,
13,90 EUR (portofrei)

DIE GROSSE INTRIGE Von Wilfried Schaudienst

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt der Ukraine-Konflikt haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges trage, was in jüngster Zeit von Historikern verneint wird. Es verlor 13 % seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark (47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches, die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Bestellung unter: intrige@freenet.de

DIE AfD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND - PFALZ
HAT FOLGENDE STELLE ZU BESETZEN:REFERENT FÜR HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK
(M/W/D) IN VOLLZEIT

Ihre Aufgaben u. a.

- Direkter Ansprechpartner und Berater der Fachgeordneten und des Fraktionsvorstandes
- Auswertung aller finanzpolitischen Belange
- Erstellung, Bewertung und Änderung von Gesetzesentwürfen
- Erstellung von Anfragen und Anträgen
- Die Vor- und Nachbereitung von Plenar- und Ausschusssitzungen
- Koordination der Haushaltsberatungen

Ihr Profil

Sie haben mindestens erste Erfahrungen aus Tätigkeiten im politischen Bereich, insbesondere im Finanzwesen oder vergleichbaren Tätigkeiten im Verbandswesen. Sie verfügen über Kenntnisse des öffentlichen Haushaltswesens. Sie können öffentliche Haushaltspläne lesen, auswerten und sind kreativ genug, aufeinander abgestimmte Änderungsvorschläge zu formulieren. Sie verfügen über eine gute Kommunikationsfähigkeit, eine schnelle Auffassungsgabe, einen selbstständigen Arbeitsstil, sowie ein hohes Maß an Teamfähigkeit. Loyalität, Verschwiegenheit und Zuverlässigkeit sind als unabdingbare Eigenschaften, eine persönliche Charaktereigenschaft. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium rundet Ihr Profil ab.

Wir bieten Ihnen im Herzen der Landeshauptstadt Mainz eine verantwortungsvolle und abwechslungsreiche Tätigkeit mit einer Vergütung in Anlehnung an den TVöD – bei entsprechender Befähigung und fachlicher Eignung und an bis zu zwei Tagen auch die Möglichkeit, Ihrer Tätigkeit im mobil nachzugehen.

Ihre schriftliche oder elektronische Bewerbung senden Sie bitte an unseren Fraktionsgeschäftsführer:

AfD-Fraktion im Landtag RLP, Kaiser-Friedrich-Straße 3,
55116 Mainz oder an info@afd.landtag.rlp.de



Wer hat die Kaffeemühle geklaut?

Kino: Otfried Preußlers berühmtes Kinderbuch „Der Räuber Hotzenplotz“ wurde schon wieder verfilmt

DIETMAR MEHRENS

Scheinbar benötigt jede Generation ihren eigenen Räuber Hotzenplotz. Das Kulturbuch von Otfried Preußler begeistert den Nachwuchs seit seinem Erscheinen 1962. Die Geschichte um einen bärtigen Räuber, der Omas Kaffeemühlen entreißt, zwei tapfere Buben, Kasperl und Seppel, die ihn unschädlich machen wollen, und einen bösen Zauberer, der Kinder versklavt und Feen verhext, will einfach nicht aus der Mode kommen.

Nachdem zuvor bereits Gert Fröbe (1974) und Armin Rohde (2006) in die Rolle des Otfried Preußler (1923–2013) ersonnenen Unholds schlüpfen und insbesondere der Film von 2006 mit seiner akribischen Nähe zur Vorlage und beträchtlichen Schauwerten eigentlich wenig zu wünschen übrigließ, stieg diesmal der österreichische Schauspieler Nicholas Ofczarek in das Räuberkostüm. Der macht seine Sache nicht viel schlechter als seine beiden prominenten Vorgänger, aber eben auch nicht besser.

Das ist der Knackpunkt dieses Neuaufgusses: Keine Rolle ist besser besetzt als beim letzten Mal. Besonders hart hat es die Protagonisten erwischt: Waren schon die Kasperl- und Seppel-Darsteller des Films von 2006 austauschbar und ohne besondere Ausstrahlung, sind sie diesmal, gemessen

an der Vorlage, kraß fehlbesetzt. Seppel (Benedikt Jenke) ist ein leicht untergesetzter Milchbubi, bei dem man in fast jeder Einstellung das Gefühl hat, gleich fängt er an zu weinen. Blondschoopf Kasperl (Hans Marquardt) sieht zwar weniger nach Weichei aus, könnte aber auch als Mädchen durchgehen. Keine Spur von der Unverfrorenheit, dem Spitzbübischen der Helden aus Preußlers Buch. Kasperl und Seppel wirken nicht wie furchtlose Lausbuben mit dem Schalk im Nacken, sondern wie zukünftige Pubertätsblocker-Patienten mit Identitätsstörung im Nacken. Seppels Nebensatz: „Wenn ich du bin und du bist ich“, der bei der Verfolgung des Räubers dazu führt, daß sie – mit einigen Konsequenzen für

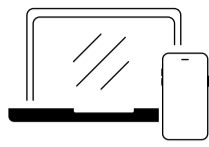


Räuber Hotzenplotz (Nicholas Ofczarek)

die Handlung – ihre Kopfbedeckungen tauschen, bekommt da eine besorgniserregende zweite Lesart. Und man beginnt zu ahnen, warum die Filmbewertungsstelle den neuen „Hotzenplotz“ prompt mit dem Prädikat besonders wertvoll versah: Zwei männliche Helden, die sich auch noch wie Jungs benehmen, das ist im Zeitalter der totalen Gleichstellung mindestens einer zuviel.

Und sonst? Hotzenplotz ist zwar nach wie vor der Böse, zeigt jedoch deutliche Anzeichen für Resozialisierbarkeit. Wachtmeister Dimpfelmoser (Olli Dittrich) ist keinem kulturmarxistischen Wächter zum Opfer gefallen und durfte seine Pickelhaube trotz des eminenten Verdachts von Weltkriegs- und Kolonialismus-Verherrlichung auf dem Kopf behalten. Zauberer Zwackelmann (August Diehl) hat seine Augen diesmal buchstäblich überall. Und auch sonst haben sich Michael Krümmenacher (Regie) und Matthias Pacht (Drehbuch) einige Knalleffekte einfallen lassen, die es so bisher nicht zu sehen gab. Mit einer Mondrakete, dem in ein Krokodil verwandelten Dackel Wasti und der Helseherin Schlotterbeck (Christiane Paul) sind zudem auch Motive und Figuren aus den anderen „Hotzenplotz“-Büchern in die Handlung eingeflossen, was die Neufilmung zumindest teilweise rechtfertigt.

Kinostart ist am 8. Dezember 2022



Blick in
die Medien

Bildersturm 2.0 bei der Truppe

Von Gil Barkei

In den vergangenen Jahren haben sich in Deutschland mehrere Soldaten-Netzwerke zusammengeschlossen, um mit guten Fotos und Ereignisschilderungen den Bürgern von ihrem außergewöhnlichen Beruf zu berichten. Dazu zählten Aufnahmen von Übungen, aber auch aus Auslandseinsätzen. Auf diese im Vergleich zur öffentlichen Berichterstattung um einiges positiveren und authentischeren Berichte müssen die Nutzer nun vorerst verzichten. Denn es tobt ein neuer Bildersturm in der Bundeswehr. Kürzlich hat das Verteidigungsministerium privaten Accounts von Soldaten und Einheiten der Bundeswehr – insbesondere auf Instagram – die Erstellung von Inhalten mit Bezug zum Dienstalltag untersagt.

Darunter erfolgreiche Profile mit reger Anhängerschaft wie „Fallschirmspezialzug“ (12.300 Follower), „German Pathfinders“ (10.400) oder „EGB Kräfte“ (24.400). Damit sind auch jene Verbände betroffen, die fern von Einhornparaden und Big Bands zeigen, daß es beim woken Arbeitgeber Bund durchaus noch wehrhafte, taffe Typen gibt, die neben einem hochprofessionellen Leistungsspektrum einen leider diskreditierten Wertekanon aus Treue, Kameradschaft, Pflicht und Opferbereitschaft pflegen.

Mit den neuen Richtlinien würde den Accounts die Authentizität verlorengehen, die sie so erfolgreich macht.

Doch die Chaos-Garde um Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) will die Kontrolle über die neue bunte Präsentation des Militärs nicht aus der Hand geben. Inoffizielle, private, nicht genehmigungspflichtige Accounts müssen nun strikte Social-Media-Kriterien erfüllen. So dürfen diese Konten unter anderem keine Fotos nutzen, die in der Dienstzeit durch dienstliches Personal oder mit dienstlicher Ausrüstung angefertigt worden sind. Es gehe um Geheimhaltung – ein verständlicher Ansatz.

Doch auch offizielle PR-Clips zeigen Taktiken und Gerät. So sorgen die Eingriffe für Empörung in den Unterstützerkreisen der Streitkräfte. „Twerken in Uniform? Kein Problem! Werbung für Tinder? Naja, wir haben immerhin 2022!“, heißt es auf dem Facebook-Profil „Anerkennung deutschen Soldaten“. „Aber was ist das: Motivierte Soldaten, die einen realistischen Einblick in den Dienstalltag geben, Nachwuchs motivieren und ein glänzendes Beispiel für positives Auftreten unserer Streitkräfte sind? Da muß dringend ein Riegel vor!“

Medien-Tip

Podcast „Spaghetti Volognese“

Das neue Audio-Format der JF mit den beiden Volontären Vincent Steinkohl und Florian Werner

► <https://jungefreiheit.de/podcast>



Elon Musk gewährt Einblick in Interneta vor seiner Übernahme: Klare Einflußnahme

„Es ist wie die Stasi-Akten“

Beeinflussung des US-Wahlkampfes: Elon Musk läßt die Zensur bei Twitter aufarbeiten

RONALD BERTHOLD

Elon Musk macht Ernst. Der neue Twitter-Eigentümer läßt nicht nur aus nichtigen Gründen gesperrte Nutzer wieder zu. Er hat auch begonnen, die Zensur durch das soziale Medium aufzuarbeiten. Zuletzt ließ er interne Dokumente veröffentlichen, die belegen, wie das Unternehmen die US-Präsidentenwahl 2020 zugunsten des heutigen Amtsinhabers Joe Biden beeinflusste.

Die neue Meinungsfreiheit gefällt nicht jedem. Insbesondere die EU will mit aller Macht verhindern, daß auf Twitter ein echter Austausch stattfindet. Die Kommission hat Elon Musk ein Ultimatum gestellt. Sollte er bis zum nächsten Jahr inkriminierte Beiträge nicht löschen lassen und unliebsame Nutzer weiterhin nicht sperren, werde die Plattform in den EU-Ländern abgeschaltet.

Damit würde es die EU Staaten wie China, Nordkorea, Turkmenistan und Iran leicht tun. Dort ist Twitter bereits verboten. Nach einem Bericht der *Financial Times* hat der französische EU-Digitalkommissar Thierry Breton dem Kurznachrichtendienst nun untersagt, wahllos Nutzer zurückzuholen, die die alten Besitzer gesperrt hatten. Beobachter sind sich einig, daß damit nicht nur, aber hauptsächlich Ex-US-Präsident Donald Trump gemeint sei. Musk hatte nach Abstimmungen auf seinem Profil sowohl Trump als auch anderen verbannten Usern, die nicht gegen Gesetze verstoßen hatten, die Rückkehr ermöglicht.

Enthüllungen zu Hunter Bidens Laptop gezielt klein gehalten

Kein kritisches Wort verlor die EU dagegen über die Zensur-Maßnahmen des Kurznachrichtendienstes, bevor Musk das Unternehmen kaufte. Am Beispiel der Geschichte über den Laptop des Sohnes des heutigen US-Präsidenten Joe Biden, Hunter, ließ der Tech-Milliardär dokumentieren, wie rigide Twitter die US-Demokraten vor der Enthüllung eines Skandals schützte. Die Akten arbeitete der Journalist Matt Taibbi durch. Auf Hunter Bidens Gerät befanden sich Hintergründe zu kriminellen Machenschaften der heutigen Präsidenten-Familie in der Ukraine. Die *New York Post* enthüllte sie damals, knapp drei Wochen vor der Wahl, die Biden letztlich gegen Amtsinhaber Donald Trump gewann.

Der Kurznachrichtendienst hatte die Verbreitung des Artikels auf allen Wegen gesperrt. „Twitter unternahm außergewöhnliche Schritte, um die

Story zu unterdrücken, Links dazu zu entfernen, und diese als 'unsicher' zu markieren“, faßte Taibbi nun seine Erkenntnisse, die er im Auftrag Musks recherchiert hatte, zusammen. Das Unternehmen habe sogar verhindert, daß Nutzer den Artikel als private Nachricht weiterleiten konnten. Das sei nur für Extremfälle wie Kinderpornographie vorgesehen.

Selbst die damalige Sprecherin des Weißen Hauses, Kaleigh McEnany, durfte nicht mehr auf ihr Profil zugreifen, nachdem sie versucht hatte, die Geschichte zu twittern. Daraufhin schaltete sich Trumps Wahlkampf-Manager Mike Hahn ein, wie aus den veröffentlichten Nachrichten hervorgeht. Er „kochte“, wie Taibbi schreibt, und wandte sich sarkastisch an Twitter: „Versuchen Sie wenigstens für die nächsten 20 Tage, die Geschichte zu unterdrücken.“ Damit meinte Hahn den Wahltermin.

Die jetzt veröffentlichten E-Mails geben einen erschütternden Eindruck davon, wie in dem Unternehmen daran gearbeitet wurde, eine Investigativ-Story zu diskreditieren. Aus dem internen Schriftwechsel geht hervor, daß sich die Entscheider im klaren waren, daß es keinen belastbaren Grund gab, die Verbreitung des *New York Post*-Artikels zu sperren.

Am vergangenen Sonnabend legte Musk nach. In einem Twitter-Austausch unter anderem mit Kim „Dotcom“ Schmitz und Ian Miles Cheong schrieb der 51jährige, daß er nicht nur Taibbi, sondern auch der früheren *New York Times*-Redakteurin Bari Weiss, die heute für die *Welt* arbeitet, „uneingeschränkter Zugang“ zur internen Twitter-Kommunikation ermögliche.

Musk stellte fest: „Es ist offensichtlich, daß es weitreichende Zensur gegeben hat, darunter Dinge, die den Ausgang von Wahlen beeinflusst haben. Es ist wie die verdammten Stasi-Akten. Diese Akten müssen einfach bekannt gemacht werden.“ Von „üblichen Dingen“, die die Twitter getan habe und die er nun öffentlich machen wolle, sprach der Eigentümer. Es gehe ihm darum, „für die Zukunft wieder Vertrauen herzustellen“. Musk: „Wenn etwas gelöscht oder jemand gesperrt wird, müssen wir transparent erklären, warum.“

Grenzen zieht Musk weiterhin. Den Rapper Kanye West habe er gesperrt, weil dieser öffentlich Hitler lobte und ein Hakenkreuz in einem Davidstern twitterte. „Ich wollte Kanye auf Maul hauen“, sagte der Unternehmer. Aber frühere Sperren anderer Nutzer sehe er „problematisch“. Er stehe für ein „ausgewogeneres System, das nicht so linkslastig oder gar linksxtrem ist“. Auch solche User dürften weiterhin auf Twitter schreiben, aber es brauche unterschiedliche politische Ansichten und Meinungsfreiheit.

Zurück zur Zensur im Fall Hunter Biden. Der heutige Präsidenten-Sohn hatte seinen Laptop 2019 zur Reparatur gebracht, aber nie abgeholt. Darauf hatte der Inhaber des Computer-Ladens Dateien über kriminelle Aktivitäten entdeckt und dem FBI übergeben. Doch als die Bundespolizei mehr als ein Jahr nichts tat, spielte der Mann die Inhalte Trump-Anwalt Rudy Giuliani zu. Der wiederum gab sie an die *New York Post*.

Twitter hatte damals auch damit argumentiert, es habe eine allgemeine Warnung des FBI gegeben, die Geschichte verstoße gegen geltendes Recht. Doch dergleichen konnte der Journalist Taibbi nicht in den Akten finden. Die Entscheidung habe damit nichts zu tun. Sie sei vielmehr auf der höchsten Ebene bei Twitter getroffen worden – aber ohne das Wissen des damaligen CEO Jack Dorsey.

Jedem in der Unternehmensspitze, so Taibbi mit Bezug auf einen Ex-Mitarbeiter, sei innerhalb von wenigen Stunden klar gewesen, daß die Begründung für die Zensur nicht zu halten gewesen sei. Aber niemand hätte das rückgängig machen wollen.

Mitarbeiter waren sich darüber bewußt, im Unrecht zu sein

Wie sehr man sich bei Twitter bewußt war, im Unrecht zu sein, geht aus der E-Mail einer Führungskraft hervor. Der Mann schrieb noch während der aufgeregten internen Debatte: „Ich ringe mit mir zu verstehen, wie die Biden-Geschichte als 'unsicher' markiert werden konnte.“ Dennoch wollte auch er die Politik des Unternehmens nicht korrigieren.

Stattdessen schlug er vor, anzukündigen, man warte ab, ob die Story auf gehacktem Material beruhe. Bezeichnend ist auch die Antwort eines Kollegen. Dieser fragte postwendend, ob Twitter jetzt auch andere Geschichten, die gut für den damaligen Präsidenten seien, sperren solle. Es folgte ein Link zum Trump-nahen Sender Fox News.

Bidens Partei, die Demokraten, hatte sich laut Taibbis Recherchen nicht in die Zensur-Debatte eingemischt. Es war auch nicht nötig, denn Twitter tat aufgrund der Gesinnung der Mitarbeiter alles, was sich der damalige Kandidat wünschte. Nur der demokratische Kongreß-Abgeordnete Ro Khanna wandte sich an die Chefin der Rechtsabteilung des Kurznachrichtendienstes. Er bereitete Twitter darauf vor, daß es eine „riesige Gegenreaktion“ der Republikaner gegen die Zensur geben werde: „Ich hoffe, du bist bereit dafür.“ Sie war es. Von diesen den Kandidaten Biden belastenden Fakten auf dem Laptop erfuhren die Twitter-Nutzer bis zum Wahltag nichts.

Ermittlungen gegen Boris Reitschuster eingestellt

BERLIN. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat zwei Ermittlungsverfahren gegen den Journalisten Boris Reitschuster eingestellt. Das teilte er vergangene Woche in einem Beitrag auf seiner Website mit. Bei einem Vorwurf handelte es sich um Verleumdung, bei dem anderen um „Androhung von Straftaten und Störung des öffentlichen Friedens“. Zur Verleumdungsklage kam es nach Vermutung Reitschusters, weil der Westdeutsche Rundfunk ihn angezeigt habe. Der Journalist veröffentlichte einen Artikel, der das Gerücht aufgegriffen hatte, wonach Mitarbeiter des WDR mit Reichsflaggen zu einer Coronamaßnahmen-kritischen Demonstration gegangen seien. Reitschuster hatte die Gerüchte in einem Beitrag im Oktober 2020 widerlegt, dennoch habe der öffentlich-rechtliche Sender die Justiz eingeschaltet. Die „Androhung von Straftaten und Störung des öffentlichen Friedens“ wurde ihm zur Last gelegt aufgrund eines Gastbeitrags von einer Journalistin, die selbst für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeite. Wegen des Artikels vom Mai vergangenen Jahres mit dem Titel „Gefälschte Impfausweise – ziviler Ungehorsam in Zeiten der heraufziehenden Diktatur?“ begannen die Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft gegen Reitschuster. (st)

Hetzjagd nach Interview bei „Achtung, Reichelt!“

BREMEN. Weil sie dem ehemaligen *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt ein Interview für dessen Video-Format gegeben hat, ist die Leiterin der Bremer Verbraucherzentrale, Annabel Oelmann, unter enormen Druck geraten. Ihre Kritiker werfen ihr nicht vor, was sie gesagt hat, sondern daß sie überhaupt mit Reichelt gesprochen hat. Unter Protest ist inzwischen die Vorsitzende des Verwaltungsrats der Verbraucherzentrale, Stephanie Dehne (SPD), zurückgetreten. In dem Interview für „Achtung, Reichelt!“ ging es um die Inflation und die große Verzweiflung der Verbraucher wegen der hohen Energiepreise. Oelmann berichtete von Suizid-Androhungen und Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Das stellt offenbar niemand in Zweifel. Es geht der zurückgetretenen Dehne, die für die SPD in der Bremer Bürgerschaft saß, darum, daß sie das gegenüber dem *Ex-Bild*-Chef gesagt hat. Dieser verbreite angeblich rechtspopulistische Thesen. Da sie sich mit einer Sanktion Oelmanns wegen des Interviews im Verwaltungsrat bisher nicht durchsetzen konnte, trat sie zurück. Dies soll offenbar den Druck auf Oelmann noch einmal erhöhen. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zeigte sich empört. Er verlangte eine Erklärung Oelmanns und wirft ihr ebenfalls mangelnde Abgrenzung zu Rechtspopulisten vor. (fh)

Aufgelesen

„Ich bin ein großer Fan des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber bei dem, was die gerade so für Debatten haben, sollten sie sich vielleicht einmal auf das Wesentliche konzentrieren.“

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bei der Deutschen Rentenversicherung

Petition für Demokratie

Asylkrise stoppen, illegale Migration beenden!

schon **38.304** Unterzeichner!

Ziel: 50.000

Stand 6.12.2022, 17:27 Uhr

Gleich
zeichnen!

▶ petitionfuerdemokratie.de

Eine Initiative der Jungen Freiheit

Und nun die Corona-Amnestie?

Aus Schaden dumm

Von Konrad Adam



Die Ketten des Coronavirus sind gelöst: Politik und Medien hatten sich in den drei vergangenen Jahren zu einem einseitigen Narrativ verstiegen. Corona-Leugner stellten das andere Extrem dar. Brauchen wir jetzt ein großes Verzeihen?

Glegentlich liest man in Kleinanzeigen: „Freiwillige gesucht“. Gesucht werden Leute, die dazu bereit sind, gegen geringes Entgelt an medizinischen Experimenten teilzunehmen, die irgendein neues Wundermittel gegen Krebs, Haarausfall oder Schweißfüße versprechen. Das klingt verdächtig, läßt aber immerhin Respekt vor den zwei Minimalanforderungen erkennen, die an Versuche mit Menschen zu stellen sind: Aufklärung über das Programm und Zustimmung aus freien Stücken. „Informed consent“, wie es im Fachjargon der Mediziner und Juristen heißt.

Als die Corona-Hysterie ihrem Höhepunkt entgegentrieb, war davon keine Rede mehr. Für das mit Abstand größte und teuerste Experiment in der Kulturgeschichte des *Homo sapiens* waren weder Aufklärung noch Zustimmung vorgesehen. Da die Politiker, die immer gern voranmarschieren, selbst nicht wußten, wohin die Reise geht, hielten sie Information und Billigung für überflüssig. Sie machten es wie die berühmte Reisegruppe, von der Mark Twain berichtet: Nachdem sie die Richtung verloren hatten, beschleunigten sie das Tempo. Noch jeder Irrweg, jeder Rückschlag, jede Enttäuschung ist von ihnen mit Durchhalteparolen und Klagen über die Not begleitet worden, die leider kein Gebot kenne. Wenn sie mit ihrem Latein am Ende waren, zogen sie die Experten hinzu, die dann auch lieferten, was man von ihnen verlangte (und gut bezahlt) hatte: die nächste Durchhalteparole.

Heute herrscht eine neue, fortschrittliche Moral, deren Spuren überall erkennbar sind, auch in der Medizin. Die alte Regel, vor allem keinen Schaden anzurichten, gilt nicht mehr.

Sie waren freilich vorsichtig genug, sich von den Folgen ihres Wagemutes frei zu zeichnen. Schon kurz nach seinem Aufbruch ins Blaue sah Jens Spahn, seinerzeit zuständig für Gesundheit und Volksaufklärung, eine Zeit voraus, in der, wie er sich ausdrückte, „wir uns einiges zu verzeihen“ haben werden. Politiker, meinte er, hätten es mit Unwägbarkeiten zu tun und könnten nicht immer richtigliegen. Immer falsch doch aber auch nicht; aber das sagte er nicht. In einer funktionierenden Demokratie hätten Minister, die mit ihren Behauptungen und ihren Maßnahmen so gründlich danebengelegt haben wie er und sein Amtsnachfolger Karl Lauterbach, nicht mehr viel zu sagen; sie hätten ausgespielt. In Deutschland spielen sie dagegen weiter.

Über das Virus, sagen beide, hätten sie hinzugelehrt. Über das Virus – vielleicht. Sonst aber herzlich wenig. Spahn und Lauterbach sind nicht die einzigen, zur Zeit

aber wohl die prominentesten Zeugen für das, was der Politologe Karl Deutsch im Auge hatte, als er, nur halb ironisch, Berufspolitikern das Privileg zuschrieb, nicht zu lernen; Karl Kraus war boshafter und sprach vom Recht, aus Schaden dumm zu werden. Das war zwar gut gesagt, nur leider viel zu kurz gegriffen, denn mittlerweile wollen alle möglichen Berufsgruppen, Verbände und Vereinigungen, Interessenvertreter und Standesherren an diesem Privileg teilhaben. Die Zivilgesellschaft hat mobil gemacht, auf ganzer Breite, wie von Habermas verlangt, und wälzt nun alles vor sich nieder. Die gesellschaftlich relevant genannten Kräfte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Kapitalisten und Aktivisten, Vegetarier und Nichtraucher, die Kirchen und die NGOs – sie alle wollen dabei sein. Und sind ja auch dabei.

Das Ergebnis ist eine neue, fortschrittliche Moral, deren Spuren überall erkennbar sind, auch in der Medizin. Die alte hippokratische Regel „Primum nil nocere“ – Vor allem: keinen Schaden anrichten! – gilt nicht mehr. Allein der Druck, unter dem die neuen Präparate entwickelt und gleich darauf dann auch schon eingesetzt, verimpft worden sind, ließ für eine gründliche Erprobung keine Zeit. Wirksamkeit und Unschädlichkeit sind nicht nach konventionellen Maßstäben untersucht oder gar bestätigt worden, weshalb die mit der Zeit einlaufenden Nachrichten über mangelhaften Eigen- und fehlenden Fremdschutz niemanden überraschen konnten, den Multifunktionär Frank Ulrich Montgomery wahrscheinlich auch nicht. Dennoch hielt er dagegen und beklagte sich öffentlich über die „Tyrannei der Ungeimpften“. Der Sturm, der danach losbrach, konnte ihm nicht viel anhaben, weil er als Chef des Weltärztebundes – Welt!Ärzte!Bund! – drei Amulette trug, die ihn vor Ungemach bewahrten.

Montgomery konnte sich seiner Sache sicher sein, weil er die stärkeren Kräfte: Pharmaindustrie und Maskenproduzenten, Gewerkschaften und Krankenhäuser, Ärzte und Apotheker auf seiner Seite wußte. Am Ende kam dann auch noch der ehemalige Vorsitzende des Ethikrates, der Theologe Peter Dabrock hinzu; denn wo Gespenster Platz genommen, wird er sich gesagt haben, ist auch der Theolog willkommen. Ungeimpfte der Tyrannei zu bezichtigen, erklärte er in einem Beitrag zu einem vulgärwissenschaftlichen Fachorgan, sei vielleicht überspitzt, aber legitim. Die Handlungsfreiheit, die allen Menschen, sogar Impfmuflern zustehe, schließe die Erlaubnis, andere zu schädigen, nicht ein, sondern aus. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht den kleinen Pieks zu verweigern, sei asozial und unsolidarisch. Die Mehrheit der Geimpften dürfe, nein: müsse der Minderheit der Ungeimpften zurufen: „Okay, wir tolerieren eure Freiheit; wir tolerieren aber nicht mehr, daß ihr diese Krankheit in unsere Kreise weiterverbreitet.“ Denn darauf laufe ihr Verhalten ja hinaus.

Woher ihm diese Erkenntnis gekommen ist, hat der Verfasser nicht gesagt; wahrscheinlich von ganz oben. Auf irdische Quellen konnte er sich jedenfalls nicht berufen, denn die Frage, ob er dem Risiko einer Weiterverbreitung

durch schon Geimpfte nachgegangen sei, beantwortete ein Mitarbeiter des Impfstofffabrikanten Pfizer mit einem klaren Nein. Man weiß nur wenig, ist auf Erfahrung angewiesen, und die fließt spärlich. Mehr als Vermutungen, vorläufige Daten oder Evidenzen aus zweiter oder dritter Hand sind nicht zu haben; wer mehr will, bleibt auf die christliche Kardinaltugend, den Glauben angewiesen. In Sachen Impfschutz sollten wir uns aber lieber an die vorsichtigeren als an die frommen Leute halten und nie vergessen, daß Politik den Umgang mit Wahrscheinlichkeiten pflegt, nicht mit der Wahrheit.

Long-Covid? Damit erschließt sich ein Supermarkt von unbegrenzten Möglichkeiten. Früher griff man zu Klosterfrau Melissengeist, heute begibt man sich zum Arzt oder gleich in die Klinik.

Wenn die Notwendigkeit, zu entscheiden, weiter reicht als unsere Fähigkeit, zu wissen, muß abgewogen werden: Gewinn gegen Verlust, Nutzen gegen Nachteil. Bei der Gesundheit ist das nicht ganz leicht, weil es neben der körperlichen ja auch die seelische und, wenn man der Weltgesundheitsorganisation (WHO) glauben darf, auch noch so etwas wie soziale Gesundheit gibt. Die beiden letzten Dimensionen kommen in den Lageberichten der Spahns und Lauterbachs allerdings nicht vor. Auf den Körper fixiert, haben sie die Seele und das soziale Umfeld aus dem Blick verloren und sich über die Ansprüche von Kindern genauso souverän hinweggesetzt wie über die Sehnsüchte von eingesperrten Pflegeheimbewohnern. Gesundheitspolitiker sehen in der Pandemie eine Generalprobe für das, was in einer auf acht Milliarden angeschwollenen Weltbevölkerung häufiger zu erwarten ist. Ihr Vorbild sind Milliardäre, die aus der Gesundheit eine Goldgrube und aus der Wohltätigkeit ein Geschäft gemacht haben.

Was jedes andere Geschäft ruinieren würde, die mangelhafte Qualität der Ware, stellt im Corona-Handel einen Vorzug dar, ist geradezu der Witz der Sache. Weil man so wenig weiß, muß man sich testen lassen, immer wieder. Wenn der Test anschlägt, geht man zum Arzt und läßt sich impfen, alle paar Monate von neuem. Hält der Schutz nicht vor, ist man verpflichtet, nachzulegen, aufzufrischen und so weiter: ein Bombengeschäft, das längst noch nicht zu Ende ist, denn wenn der Corona-Stern sinkt, taucht das Medusenhaupt von Long-Covid auf, einer rätselhaften, ebenso heimtückischen wie langwierigen Krankheit. Sie verrät sich in allen möglichen Symptomen, in Husten, Müdigkeit und Atemnot, Schlafmangel und Muskelschwund, Brustschmerzen, Vergesslichkeit, Konzentrationsstörungen und Erschöpfungszuständen aller

Art, kurz: Long-Covid ist überall und längst schon da. Damit erschließt sich ein neuer Markt, ein Supermarkt von unbegrenzten Möglichkeiten. Früher griff man in solchen Fällen zu Klosterfrau Melissengeist, heute begibt man sich zum Arzt oder gleich in die Klinik. Die ersten Spezialisten sind schon da, haben nachgerechnet und sind auf mindestens eine halbe Million Kandidaten gekommen, allein in Deutschland. Glänzende Aussichten für eine neue Covid-Industrie!

Corona war ein Markt, auf dem gemogelt und geschoben, falsch informiert und willkürlich abgerechnet worden ist. Alles hing an der Frage, wen die Beweislast trifft; und die traf immerzu die anderen. Nicht der Nutzen des Testens, Impfens und Verbotens mußte dargetan werden, sondern das Risiko des Beiseitestehens. Skeptiker hatten keine Chance, durften als Muffel, Querdenker oder Verschwörungstheoretiker angesprochen und öffentlich gebrandmarkt werden. Der Gesetzgeber, befand das Bundesverfassungsgericht in einem seiner kuriosen Urteile, habe davon ausgehen dürfen, daß sich geimpfte und genesene Personen seltener infizieren und das Virus deshalb auch seltener übertragen können als Ungeimpfte. So viel oder besser: so wenig genügte, um Freiheitsbeschränkungen zu verkünden, wie es sie zu Friedenszeiten noch nie gegeben hatte, zumindest nicht in Deutschland.

Das rächt sich nun. Sollte es jemals legitim gewesen ist, von einer Tyrannei der Ungeimpften zu sprechen, dann ist es mindestens genauso legitim, von einer Corona-Diktatur zu reden. Die Behauptung „... schützt dich und andere“ war immer nur die halbe Wahrheit und deshalb eine ganze Lüge. Zu verzeihen gibt es da einiges, auf beiden Seiten allerdings. Mit gebeutelten Ärzten, verschreckten Kindern, ratlosen Eltern, hilflosen Verkäufern und verängstigten Pfarrern Mitleid zu haben, fällt mir nicht schwer, sie waren ja nur Opfer einer inszenierten Hysterie. Politikern zu verzeihen, die öffentlich erklärt haben, daß es Leute wie mich nicht mehr geben dürfe, weil ich weder geimpft noch genesen und immer noch am Leben bin, sehe ich aber keinen Grund. Sie haben ihr Amt mißbraucht und sollten abtreten. Daß wir Minister wie Jens Spahn losgeworden sind, betrachte ich als Glück, daß Karl Lauterbach sein Nachfolger geworden ist, als Unglück. Das größte Unglück, ein grüner Gesundheitsdiktator, ist uns jedoch erspart geblieben, und dafür bin ich dankbar.



Dr. Konrad Adam, Jahrgang 1942, war Feuilletonredakteur der FAZ und Chefkorrespondent der Welt. Adam gründete die Alternative für Deutschland mit und war bis Juli 2015 einer der Bundessprecher. Er trat 2020 aus.



Der frühe ökologische Mahner

Dem Lebensphilosophen und Zivilisationskritiker Ludwig Klages zum 150. Geburtstag am 10. Dezember

Ludwig Klages, um 1930: Jeden Tag, den das System der organisierten Verantwortungslosigkeit weiterläuft, wird nicht nur Natur, sondern Seelensubstanz und Kultur zerstört

REINHARD FALTER

Vor 150 Jahren wurde Ludwig Klages in Hannover geboren. Bis zum Ersten Weltkrieg hauptsächlich als einer der Köpfe der „Kosmiker“ mit Stefan George und Alfred Schuler in München wirkend, wo er Chemie studiert, dann aber lieber von graphologischen Gutachten gelebt hatte, ging er als Kriegsgegner 1915 an den Zürichsee, wo er das Haus des von ihm sehr verehrten Dichters Conrad Ferdinand Meyer bewohnte. In der Schweiz entstanden alle seine Hauptwerke vom „Kosmogonischen Eros“ (1922) über den „Geist als Widersacher der Seele“ (1929–33) bis zur „Sprache als Quell der Seelenkunde“ (1948).

Ludwig Klages, zu Lebzeiten einer der meistdiskutierten Denker, ist heute weitgehend vergessen, er ist ein typisches Opfer der zweiten und dritten Zerstörung der Vernunft: Nachdem er im Nationalsozialismus als Kriegsgegner, Verächter der Machbarkeit und des Machenschaftlichen und Pessimist verschrien war und der „Biozentrische Arbeitskreis“ seiner Schüler von der Gestapo verboten wurde, galt er in den pragmatischen Nachkriegsjahren als Irrationalist und Romantiker. Und in der heutigen Bundesrepublik erscheint er – wenn überhaupt noch bekannt – als Wissenschaftsfeind, Judenfeind und damit Wegbereiter des Faschismus. Zudem reicht schon die Ziseliertheit seiner Sprache, die als „literarischer Jugendstil“ bezeichnet wurde, aus, um von den Zöglingen bundesdeutscher Gesamtschulen nicht mehr verstanden zu werden.

So haben wir – wie auch anderwärts, etwa bei Othmar Spann (1978–1950) – drei Zerstörungsschübe: Die erste Zerstörung ist die durch die Ideologisierung der Zwischenkriegszeit, die zweite die

durch die Pragmatik nach 1945 und die dritte die Reideologisierung nach 1990.

Naturschutz. An seinem hundertsten Geburtstag schien die Bedeutung von Klages vor allem in der Formulierung eines radikalen Naturschutzgedankens zu liegen. Auch direkte Schüler waren dabei aktiv. So neben Reinhold Weimann, Gerhard Helmut Schwabe und Theodor Haak, der mit dem Bund Naturschutz zum kämpferischen Verband zu machen. Von ersterem stammt der schöne Satz: Naturschutz sei der Rettungsversuch des aussterbenden Homo sapiens vor dem überhandnehmenden Homo faber. Damals erschien auch Wertkonservativen plausibel, daß Naturschutz sich politisch mit dem „mehr Demokratie wagen“ verbünden müsse, denn die Pseudokonservativen wollten nur immer von allem die größte Lösung, egal ob Flughafen oder Rhein-Main-Donau-Kanal, Atomkraftwerke oder Gewerbegebiete.

Von Naturschutz ist bei den Grünen kaum mehr die Rede

Klages thematisierte die Innenweltzerstörung immer parallel zur Umweltzerstörung. Schon 1913 schreibt er: „Die meisten leben nicht, sondern existieren nur mehr, sei es als Sklaven des ‚Berufs‘, die sich maschinenhaft im Dienst großer Betriebe verbrauchen, sei es als Sklaven des Geldes, besinnungslos anheimgegeben dem Zahlendelirium der Aktien und Gründungen, sei es endlich als Sklaven des großstädtischen Zerstreuungstaumels, ebenso viele aber fühlen dumpf den Zusammenbruch und die wachsende Freudlosigkeit. In keiner Zeit war noch die Unzufriedenheit größer und vergiftender.“

Ganz zu Anfang des Textes nennt Klages Fortschritt, Kultur und Persönlichkeit als die drei Reklameschlagwörter der Zeit. Setzt man die heutigen

„Wirtschaftswachstum“, „jedes Leben zählt“ und „Klimaschutz“ entgegen, zeigt sich die nochmalige enorme Verdünnung der Seelensubstanz. Im heutigen Umweltschutz, der nur technische Lösungen sucht, ist Klages auch als früherer „Warner“ nicht mehr gern gesehen. Von Naturschutz ist bei den sogenannten Grünen kaum mehr die Rede, um so mehr von dem naturnegierenden Projekt eines Klimawandelstopps mit technischen Mitteln – unter völliger Ausklammerung folgender zentraler Tatsachen: Erstens befinden wir uns immer noch in einer Erwärmungsphase der letzten Eiszeit, definiert als Vereisung beider Pole. Und zweitens rangiert der Klimawandel unter den Faktoren des Artenschwunds ganz weit hinten.

Auf der anderen Seite belegen antiökologische, pseudorechte Ideologen wie David Berger und Jürgen Elsässer mit Zitaten von Klages, wie menschenfeindlich die Grünen seien, die ihn ihrerseits entweder vergessen oder als „Irrationalisten“ mit Zitierverbot belegt haben. Dahinter steckt mehr



Mitglieder des Münchner Kosmikerkreises 1902, Karl Wolfskehl, Alfred Schuler, Ludwig Klages, Stefan George, Albert Verwey (v.l.n.r.): Neue Wege aus der verhassten Moderne

als Unkenntnis. David Berger hat in seinem hochtrabend „Philosophia perennis“ betitelten Forum mehrfach erklärt, daß seine Gesinnungsgenossen und die wirklichen Konservativen – genannt werden Götz Kubitschek und Björn Höcke – zwei unvereinbare Konzeptionen der Rechten hätten. Der Knackpunkt ist Bejahung versus Verneinung des „Fortschritts“. Die Spaltung wird kommen und wer das akzeptiert, kann den für seine Seite günstigeren Zeitpunkt wählen.

Philosophie. Heute ist die Bedeutung von Klages wieder seine Metaphysik. Der wichtigste philosophische Gedanke von Klages ist, daß es ganz generell neben der kausalen – und diese als Sonderfall umfassend – eine andere Weise von Beziehungen geben müsse, nämlich die von Sinn und Ausdruck in seiner klassischen Formulierung: „Der Leib ist der Ausdruck der Seele, die Seele ist der Sinn des Leibes.“ So betont Klages, Natur sei prinzipiell Ausdruckszusammenhang, auch schon zwischen Fluß und Ufer. Was die sich „Naturwissenschaft“ nennende Kausalforschung untersucht, ist nie Natur, sondern immer nur das mechanistische Eliminat. Sie ist systematische Zerstörung der eigentlichen Naturzusammenhänge nicht erst in der Praxis, sondern schon in der Theorie. Klages fragt schon 1913: „Lösen wir das Rätsel des Flüssigen weil wir Seen besser zu stauen, Ströme im Handumdrehen zu kanalisieren wissen und das heilige Element der Alten nur mehr nach Pferdekräften in Anschlag bringen?“

So gilt es zwei mögliche Erkenntnisrichtungen zu unterscheiden: Ein Botaniker wie ein Bauspekulant, die der Landschaft gegenüberstehen, sind auf Tatsachen bezogen, die vom Betrachter unabhängig sind, wenn es auch spezifisches Wissen braucht, um sie zu erfassen. (einmal Arten- das andere Mal Finanzmarkt-Kennntnis) und an der Findung von „Tatsachen“ immer eine den Wahrnehmungsgegenstand abgrenzende, das heißt definierende Tat beteiligt ist. Historische wie funktionalistische Wissenschaft hat mit Tatsachen zu tun. Was Klages entwickelt und „Erscheinungswissenschaft“ nennt, dagegen mit „Wesen“ als die Erscheinung Hervortreibendem.

Heutige Universitätswissenschaft weiß von Erscheinungswissen nichts, nur von Objekten. Auch der sich gegen die Ideologisierung der Universitäten mutig stellende „Wissenschaftsphilosoph“ Michael Efeldt (JF 46/22) meint, Wissenschaft sei „objektiv“, das heißt, sie eruiere Objekte (Tatsachen), die nicht normbildend wirken. Das ist naiv, denn die „Tatsachen“ sind immer schon Antworten auf Fragestellungen, die selbst schon „interessesgeleitet“ sind. Indem die Pole des Ek-sistierenden als Subjekt und Objekt isoliert werden, soll Raum für die Freiheit ihrer Kombination im Dienst menschlicher Interessen gewonnen werden. Dabei wird negiert, daß die Pole immer schon von selbst, also von Natur aus einen Zusammenhang haben, der zwar selbst nicht ek-sistent sondern nur in-sistent ist, aus dem sie aber allererst entstehen und durch Rückverbundenheit aufeinander bezogen bleiben.

Tatsachen oder Fakten sind Pole von Dimensionen, diese sind nicht selbst faktisch. Der Wissenschaftler verdrängt gerne, daß jede Tatsache nur ein Ausschnitt ist und an der Findung von „Tatsachen“ immer eine den Wahrnehmungsgegenstand abgrenzende, definierende Tat beteiligt ist, die interesselgeleitet ist, wie Klages' Beispiel vom Bauspekulanten und Botaniker, die einen Wald betrachten, zeigt. Was der Wald wirklich ist, ist auch nicht durch Kompromiß zwischen Bauplanung und Artenschutz zu bestimmen. Den dritten Betrachter, den Klages anführt, den Landschaftsmaler gibt es heute nur noch als Freizeitexistenz, aber wie steht

es mit dem Kind, das dort spielt und dabei sein Weltbild ausbildet?

Der aktuelle Energiehunger wird in heutigen Debatten in keine Relation gesetzt zu Interessen künftiger Generationen, anderer Lebewesen und erst recht nicht zu dem, was wir davon verstehen können, wie der Mensch als Schöpfungsgedanke oder als Organ der Erde gemeint ist, denn das gilt als subjektiv, da nicht objektiv erchenbar. Das zeigt aber nur, daß es zwischen Objektivität und Subjektivität ein Drittes geben muß, was nicht selbst Fakt und deshalb nicht der Wissenschaft, sondern nur dem mitvollziehenden Denken zugänglich ist.

Demokratie und Wissenschaft degeneriert durch Ideologisierung

Es gibt nicht nur die von Robert Spaemann betonte Unterscheidung von Etwas und Jemand (Ding und Person) sondern ein Drittes, nämlich „Sache“, Sachlichkeit (etwas ganz anderes als Objektivität) nämlich wesentlich Verhältnismäßigkeit, sucht den Sachzusammenhang. Und eben darum, um die Wirklichkeit, die erst ihre Pole „Dinge“ bildet, geht es in der Erscheinungs- oder Bedeutungswissenschaft von Goethe und Klages. Beispiel dafür ist ein Fluß, von dem Wasser und Ufer die Pole sind, zwischen denen er selbst der nichtgegenständliche Vollzug ist, der sie erst zu dem macht was sie sind. Ein anders Beispiel: Mann und Frau bilden das Generativum als „Sache“ oder „Spiel“, das dann als Generation erscheint.

Ihr Ergebnis ist eher eine Verstehenskunst (Methode) als eine Ergebnis-Lehre. Und diese fehlt uns heute überall. Es gibt eine Heilkunst und eine Heiltechnik, ebenso Denkkunst und Denktechnik. Das Schlechte an heutiger Wissenschaft ist, daß sie die Stelle der Kunst besetzt und normativ sein will, obwohl sie nur das Zeug zum Dienen hat. Im Politischen analog: der Massenmensch, von Aristoteles „Sklave von Natur aus“ genannt, führt sich in der Demokratie als Herr auf. Klages Worte dazu klingen harsch: „Man übersieht dagegen zu oft nur, daß die sog. demokratischen Verfassungen, je demokratischer um so mehr, nie etwas anderes waren als die geradesten Bahnen zur Herrschaft des Geldsacks.“ Und: „Der Geist der Wissenschaftlichkeit ist nur ein Teil oder richtiger Erscheinungsform desselben Geistes, der den neuzeitlichen Staat und letzten Endes den neuzeitlichen Kapitalismus ins Leben rief und noch wissen wir nicht, ob ihm ein längeres Dasein werde beschieden sein als etwa dem Geist der mittelalterlichen Scholastik!“ Kaum verstanden wird heute, daß Demokratie wie Wissenschaft nicht zufällig von scheinbarer Neutralität zu immer mehr Ideologiegehalt degenerieren.

Der spätere Klages hat in seinem Pessimismus die heutige Situation schon vorweggenommen: „Wie lange die nachgeschichtliche Menschheit noch fortbestehen wird, weiß niemand, nur das eine wissen wir (...) mit Wahrscheinlichkeit, daß es kraft rapider Entartung verhältnismäßig schnell geschehen dürfte, weil Abläufe parasitäre Charaktere aufziehende Abläufe sind und diesen früher oder später der ‚Stoff‘ ausgeht. Die Vorzeichen dessen in Bezug auf den Menschen gewahren wir in allgemeiner Verblödung des Urteils, ja in unheimlich um sich greifender Borniertheit. Der sog. Amerikanismus (...) zeigt uns eine ans Idiotische steifende Hörigkeit der Einzelgeister gegenüber der öffentlichen Meinung“, die ihrerseits hergestellt wird von der Presse (...) der Schaffende, soweit es derer noch gibt, hat Wert oder keinen Wert, je nachdem diese Presse es hinausbrüllt oder ‚totschweigt‘.“ Dieses Zitat habe ich in meiner Einführung von 2003 als mir damals zu pessimistisch weggelassen. Heute liest es sich einfach als Beschreibung des alltäglichen Geschwätzes von „Pandemie“, „Angriffskrieg“ und „Klimakatastrophe“.

Klages Einsichten zu beherzigen heißt heute: Einverständensein üben mit der kommenden Ausgleichsbewegung der Natur, denn jeden Tag, den das System der organisierten Verantwortungslosigkeit weiter läuft, wird nicht nur Natur sondern Seelensubstanz und Kultur zerstört.

Dr. Reinhard Falter studierte Philosophie und Geschichte und ist Autor der Buches „Ludwig Klages: Lebensphilosophie als Zivilisationskritik“ (München 2003).

Demokratien von Populisten und Querdenkern bedroht

Tyrannie der Minderheit

Zunftgerecht nennt der Politologe Karsten Fischer (LMU München) Ungarn als Beispiel fürs „Hinüberdriften“ von einer liberalen zur illiberalen Demokratie. Als sicherer Indikator gilt ihm dafür das Schwinden der Vielfalt in Ungarns Medienlandschaft und die Einschränkung der Meinungsfreiheit. Entwicklungen, die Viktor Orbáns repressive Medienpolitik begünstigten (*Einsichten. Magazin der LMU München*, 1/2022). Dabei trug die „Voreingenommenheit der Medien“ bei den letzten Wahlen wesentlich dazu bei, der Partei des konservativen „Populisten“ die Parlamentsmehrheit zu erhalten: „Eine sehr regierungsfreundliche Presse bereitete den Weg für Orbáns Wiederwahl.“ Fischer glaubt wohl selbst daran, mit dieser Ein-

schätzung ungarische und nicht bundesdeutsche Verhältnisse zu beschreiben. Aber auch die „liberalen Demokratien“ Westeuropas sieht er bedroht, von einer „Tyrannie der Minderheit“. Denn Mehrheitsvoten müßten immer häufiger gegen eine „kleine, radikale Minderheit“ verteidigt werden. Damit meint der smarte Politologe nicht etwa militante Klimaaktivisten oder die gewalttätige Antifa, sondern französische „Gelbwesten“ und deutsche „Querdenker“, die sich nach Ausbruch der Corona-Pandemie erfrecht hätten, „mit großer Beharrlichkeit die Legitimität demokratischer Entscheidungen in Frage zu stellen“. (dg)

► www.lmu.de

Begriff „Großer Austausch“ als Phantasma im Visier

Völkermörderische Sprache

Je schneller die Wut der Herrschenden auf das Eigene derzeit den Prozeß der Masseneinwanderung nach Europa forciert, desto lächerlicher fallen die verzweifelten Bemühungen seiner Apologeten aus, das Offenkundige zu bestreiten. Als vorläufiger Höhepunkt abstruser Rabulistik der akademischen Migrationslobby sticht dabei der Text des US-Philosophen Jason Stanley (Yale) heraus, der darin die steile These verfißt, daß der „Große Austausch“ ein pures „Phantasma“, reiner „Mythos“ sei (*Blätter für deutsche und internationale Politik*, 11/2022). Denn diese fixe Idee, die Fremde als existentielle Bedrohung für die angeblich ethnisch und religiös homogene Nation markiert, beschreibe keine Wirklichkeit.

Die Formel „Großer Austausch“ sei somit nur ein „Paradebeispiel für völkermörderische Sprache“. Welche Mobilisierungsmacht solche verbale kollektive Einstimmung auf mörderische Praktiken entfalten könne, habe der Bürgerkrieg in Ruanda genauso bewiesen wie die kolonialistische und nationalsozialistische „Massengewalt“. Wer heute vom „Großen Austausch“ schwadroniere, rufe zum gewalttätigen Widerstand gegen die – von Stanley beiläufig als Realität rehabilitierte – Einwanderung auf, weil er fürchte, mehr „Rasengleichheit“ würde die Dominanz des weißen Patriarchats beseitigen. (dg)

► www.blaetter.de

Historisches Kalenderblatt

12. Dezember 1942: Beginn des „Unternehmens Wintergewitter“ der Heeresgruppe Don mit etwa 50.000 Mann und 250 Panzern gegen dreifach überlegene Sowjets zum Entsatz der in Stalingrad eingeschlossenen 6. Armee. Die Operation wird am 23. Dezember abgebrochen.

Wo Römerstraßen waren, ist heute der Wohlstand höher

WASHINGTON. Die alten Römer bauten insgesamt 80.000 Kilometer Straßen durch ganz Europa und einige Teile Afrikas und Asiens. Davon profitierten die Ortschaften entlang dieses Straßennetzes, denn hier kam es stets zu einer dynamischeren ökonomischen Entwicklung. Doch damit nicht genug: Wie Wirtschaftswissenschaftler um Carl-Johan Dalgaard von der Universität Kopenhagen und Ola Olsson von der Universität Stockholm jetzt im Rahmen einer großangelegten Studie herausfanden, geht die Lage an den zur Zeit des Imperiums Romanum entstandenen Straßen heute mit einer im Vergleich zum Umfeld höheren Wirtschaftsleistung und somit auch mehr Wohlstand einher – selbst wenn der eigentliche Verkehrsweg inzwischen aus der Landschaft verschwunden ist (*Journal of Comparative Economics* 4/2022). Dieser Zusammenhang besteht allerdings nur dort, wo die Straßen nach dem Kollaps des Römischen Reiches weiterhin mit Karren oder Wagen befahren wurden. Hingegen büßten die Siedlungen und Städte an den Römerstraßen ihren ökonomischen Vorsprung ein, wenn die Überlandtransporte ab dem Ende des 5. Jahrhunderts per Kamelkarawane erfolgten, wie das in Nordafrika sowie dem Nahen Osten in aller Regel der Fall war. (ts) [▶ www.sciencedirect.com/journal/journal-of-comparative-economics](https://www.sciencedirect.com/journal/journal-of-comparative-economics)

Unesco: Frühgeschichtliche Fundorte kommen zu kurz

HEIDELBERG. Seit der Verabschiedung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt von 1972 hat das Weltkulturerbe Komitee der Unesco 896 Denkmäler von herausragender Bedeutung als Weltkulturerbestätten anerkannt. Von denen liegen die allermeisten in Europa – so allein 48 in Deutschland. Hingegen finden sich im gesamten subsaharischen Afrika nur 52 solcher Stätten, was nicht zuletzt daran liegt, daß die Antragsverfahren aufwendig und somit auch kostspielig sind. Das wird seit längerem kritisiert, wobei es sich hier aber nicht um die einzige Unausgewogenheit handelt, denn die ur- und frühgeschichtlichen Fundorte kommen ebenfalls deutlich zu kurz. Daran ändert auch das 2008 von der Unesco gestartete Programm HEADS (Human Evolution: Adaptions, Dispersals and Social Developments) zur Identifizierung geeigneter prähistorischer Stätten nichts (*Online-Ausgabe von Spektrum der Wissenschaft* vom 23. November 2022). Beispielsweise zählen weder die Denisova-Höhle im sibirischen Altai noch die Baishiya-Höhle in Tibet zum Weltkulturerbe, obwohl hier die einzigen Überreste des mysteriösen Denisova-Menschen gefunden wurden. (ts) [▶ www.spektrum.de/news](http://www.spektrum.de/news)

Erste Sätze

Ich fühle mich gar nicht wohl im Kreis der erlauchten Firmenchefs der Informations- und Technologiebranche, die sich heute im Ritz von Laguna Beach versammeln, einer der nobelsten Residenzen der Ritz-Kette.

Michael Wolff: *Goldrausch. Vom Überleben in der wilden Welt des Internet-Business*, Düsseldorf 1998

Wenn das Faxgerät zweimal rattert ...

... liegen Historikernerven blank: Ein getrübler Rückblick auf die Hohenzollerndebatte und die Kultur der Einschüchterung

OLIVER BUSCH

Auch Bewohner des krisenfesten Überbaus bekommen in ihrem Rundum-sorglos-Leben mitunter die „Schärfe des Seins“ (Martin Heidegger) zu spüren. So wie der inzwischen seinen Ruhestand genießende Martin Sabrow (HU Berlin), der langjährige Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam, der gegen Ende seiner Lehrtätigkeit noch einmal viel Aufmerksamkeit in der Debatte um die Entschädigungsansprüche des Hauses Hohenzollern erregte.

Die Schärfe des Seins lernten Sabrow, der „Adelshistoriker“ und Hohenzollernhasser Stephan Malinowski sowie einige ihrer Mitstreiter in Form von Abmahnungen kennen, die der amtierende „Chef des Hauses“, Georg Friedrich Prinz von Preußen, ihnen in verschwenderischer Fülle zukommen ließ. Juristisch agierte der Prinz dabei zwar so unglücklich, daß er vom Jäger zum öffentlich Gejagten wurde und im letzten Frühjahr schließlich in der *New York Times* selbstkritisch die Plausibilität der Vorwürfe einräumte, die ihm unterstellten, die Wissenschaftsfreiheit einschränken zu wollen.

Gleichwohl erschütterten, wie Sabrow im Rückblick auf die weiterhin gerichtlicher Klärung harrende „Hohenzollernauseinandersetzung“ bejammert (*Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 9/2022), die Schriftsätze von Georg Friedrichs Anwälten die offenbar nicht belastbaren Nervenkostüme seiner Kontrahenten, die sich an der historischen Delegitimation seiner Ansprüche versuchten. Es habe deren „psychische Verfassung berührt, eine einstweilige Verfügung auf dem Weg der amtlichen Zustellungsbeurkundung in Empfang nehmen zu müssen oder die Höhe einer angedrohten Geldbuße im Falle fortgesetzter Zuwiderhandlung mitgeteilt zu bekommen“. Das mit ihnen derart getriebene Wechselspiel von Angsterregung und Angstbewältigung begünstigte eine „Unkultur der Einschüchterung“.



Georg Friedrich Prinz von Preußen bei der Vorstellung des Buches „Der Kronprinz und die Nazis – Hohenzollerns blinder Fleck“, Berlin 2021: Vom Jäger zum Gejagten geworden

Denn nicht nur prekär beschäftigte Historiker hätten „Existenzangst“ erlebt, wenn „ein Schreiben aus dem Faxgerät“ ratterte, das ihnen binnen 48 Stunden eine rechtliche Reaktion abverlangte oder sie mit finanziellen Forderungen konfrontierte, die ihr Jahreseinkommen überstiegen. Schlimmer noch: Wissenschaftler seien nun einmal so zart besaitet, daß jede Vermutung einer unredlichen fachlichen Aussage das Schamempfinden auslöse, den übernommenen Forschungsaufgaben professionell nicht gewachsen gewesen zu sein.

Doch jenseits solcher Empfindlichkeiten in diesem „skandalpolitischen Lehrstück“ meint Sabrow

hier eine gefährliche Tendenz zur Verrechtlichung des Historischen zu erkennen. Der Hohenzollernstreit künde insoweit auch von einer „kulturellen Wertverschiebung“. Weil mit zunehmendem Bewußtsein für den Schutz des Individuums als zentralem Wert in modernen westlichen Gesellschaften das vom Grundgesetz (GG) verbürgte Postulat der Wissenschaftsfreiheit mehr und mehr auf den aus Artikel 1 GG abgeleiteten Persönlichkeitsschutz stoße. Wo es früher mit einer Replik sein Bewenden hatte, drohten heute immer häufiger juristische Konsequenzen, würden Zitierfehler mit Unterlassungsbegehren quittiert. Daher weise

der bald nach der Wiedervereinigung entstandene Konflikt um die Restitutionsansprüche des einstigen deutschen Herrscherhauses exemplarisch voraus auf Einschränkungen, die künftig eine „fachlich abgestützte Geschichtsschreibung“ unter Berufung auf den Persönlichkeitsschutz behindern könnten. Dieser allerdings noch auf wirtschafts- und umweltrechtlich relevante Streitigkeiten begrenzte Trend bilde sich gegenwärtig im angelsächsischen Rechtsraum aus, wo „strategische Klagen“ nicht mehr auf gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen, sondern auf die erfolgreiche Vorfeldentschüchterung des Prozeßgegners zielen.

These vom „erheblichen Vorschub“ für das NS-System bestätigt

Doch trotz des psychischen Stresses für die Beteiligten, der sich ankündigenden „Verrechtlichung des Historischen“ und auch unabhängig vom Ausgang des beim Potsdamer Verwaltungsgericht anhängigen Verfahrens, glaubt der heutige Senior Fellow des ZZF unterm Strich feststellen zu dürfen, daß der „Hohenzollernstreit“ den Freiraum gegenwartsnaher Zeitgeschichte abgesichert und das Bewußtsein für die juristisch nicht zu zählende „Eigenlogik historiographischer Erkenntnisgewinnung“ gesteigert habe. Wie schön, daß der Effekt dieses für Status-quo-Verteidiger beruhigenden Fazits noch durch Sabrows Illusion verstärkt wird, es habe sich ein Grundkonsens herausgebildet, dem zufolge es wissenschaftlich unmöglich geworden sei, abzustreiten, die Hohenzollern, namentlich Kronprinz Wilhelm, hätten dem NS-Regime „erheblichen Vorschub“ geleistet. Da hat der Herr Ruhestandler bislang wohl keine Muße gefunden, jene ihm massiv widersprechenden Studien zu lesen, die der von Frank-Lothar Kroll edierte Sammelband zur Hohenzollerndebatte vereint (JF 51/21).

▶ <https://metropol-verlag.de>

Die Sichtweite lag bei nur dreißig Zentimetern

Der „Great Smog“ von London im Dezember 1952 kostete etwa 12.000 Menschen das Leben / Später verbesserten Immissionsschutzgesetze die Lage

THOMAS SCHÄFER

Nebel gehört zu London wie Big Ben und die Tower Bridge, sagt das Klischee. Tatsächlich sind eher ständige Regenschauer das übliche Wetterphänomen als trübe Schwaden über der Themse. Nachdem das Herz des britischen Empire im Verlaufe des 19. Jahrhunderts zur bevölkerungsreichsten Stadt der Welt avancierte, war das anders. Der damalige Nebel war allerdings immer öfter schmutziger, den Atem raubender Smog. Das geschah während sogenannter Inversionswetterlagen: Die schwere kalte Luft klebte am Boden und die wärmere leichtere Luft legte sich wie eine Glocke darüber. Dann beheizten die Londoner ihre Millionen von Öfen mit besonders viel Kohle und sorgten dadurch für dichte schwefelhaltige Rauchschwaden. Zusammen mit dem gleichzeitig noch freigesetzten Ruß entstand so ein höchst gesundheitsschädliches Gemisch. Derartige Smogereignisse gab es unter anderem 1873, 1880, 1882, 1891, 1904 und 1948.

Was sich dann am 5. Dezember 1952 zusammenbraute, sollte freilich alles bisher Dagewesene übertreffen. Denn jetzt kamen noch drei Faktoren hinzu: Zum ersten fuhr anstelle der alten elektrischen Straßenbahnen Diesel-Busse durch

die Stadt, zum zweiten verfeuert die Menschen überwiegend Kohle minderer Qualität mit einem hohen Anteil an Luftschadstoffen, weil die bessere exportiert wurde. Das war notwendig, um den kriegsbedingt ruinierten Staatshaushalt zu sanieren. Zudem stand für alle britischen Nachkriegsregierungen die Versorgung der Bevölkerung im Vordergrund. Zum dritten bliesen nunmehr drei große Kohlekraftwerke in Battersea, Bankside und Kingston ihre Abgase in den Himmel.

Dennoch schien am Morgen des 5. Dezember zunächst noch die Sonne, bevor dann ab dem Mittag des gleichen Tages die ersten Nebelschwaden durch die Straßen zogen. Danach ging alles ganz schnell: Die Sichtweite nahm von Stunde zu Stunde ab und betrug schließlich gegen 16 Uhr lediglich noch einen Meter. Gleichzeitig schlug sich der Ruß nieder und schwärzte die Kleidung der Leute bis auf die Unterwäsche. Der Smog kroch selbst in die Gebäude hinein, so daß Theater- und Kinovorstellungen abgebrochen werden mußten. In der Oper vermochten die Zuschauer die Akteure auf der Bühne nicht mehr zu erkennen.

Am chaotischsten ging es indes auf den Straßen zu: Die Autofahrer ließen ihre Wagen stehen und irrten zu Fuß nach Hause, weil die Busse ebenfalls den Verkehr eingestellt hatten. Am Ende fuhr nicht einmal mehr die Ambulanzen, weswegen die

Atembeschwerden Leidenden auf andere Weise in die Kliniken gelangen mußten. Dort versuchten die Ärzte, den schädlichen sauren Nebel durch das kontrollierte Ablassen von Ammoniakgas zu neutralisieren. In einigen Krankenhäusern suchte man sogar Rat bei militärischen Experten für Chemische Waffen. Außerdem wurden Mund-Nase-Masken verteilt, welche jedoch wenig nützten, zumal sich die Situation am 6. Dezember noch weiter verschlimmerte: Nimmeh lag die Sichtweite lediglich noch bei 30 Zentimetern.

Während der Smog-Katastrophe starben zunächst die Tiere auf den Londoner Viehmärkten und dann bald auch immer mehr Menschen. Heute geht man von rund 12.000 Toten aus, wobei es vor allem Kleinkinder, chronisch Kranke und Ältere traf. So stieg die Sterberate bei den Personen über 65 um 235 Prozent. Die fatale Wirkung des „Great Smog“ resultierte daraus, daß er Schwefelsäure enthielt, die aus der Vermischung von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Wasser entstand.

Durchatmen konnten die Londoner erst am 9. Dezember 1952, als starker Südwestwind einsetzte. Nachfolgend weigerte sich der für den Katastrophenschutz zuständige Minister Harold Macmillan, welcher später noch zum Premierminister aufstieg, Lehren aus dem Ereignis zu ziehen: Die Regierung könne „nicht für das Wetter verantwort-

lich gemacht“ werden. Deshalb dauerte es letztlich bis 1956, ehe der „Clean Air Act“ erste konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorschrieb. Diese reichten jedoch nicht aus, weswegen 1962 erneut dichter Smog über London lag. Daraufhin erfolgte 1968 eine Verschärfung der Gesetze. Seither gilt beispielsweise das Verbot, in den britischen Großstädten mit Holz- oder Kohle zu heizen.



Kontrollure bei der Luftmessung, London 1952: Das öffentliche Leben stand still

Unsere nächsten Veranstaltungen:



BIBLIOTHEK
DES
KONSERVATISMUS

Eintritt nur nach Anmeldung unter
E-Mail: veranstaltungen@bdk-berlin.org
Fax: 030 - 315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 Berlin

Tel.: 030 - 315 17 37 25
Web: www.bdk-berlin.org



Fritz Söllner

Die Krise als Mittel zur Macht

Wie Krisen für politische Ziele genutzt werden

Abendkasse: 10 € / 5 €

Buchvorstellung
11. Januar 2023, 19 Uhr

Foto: © Privat



Michael F. Feldkamp

Das Debakel

Die CDU als verlorene Hoffnung der Konservativen

Abendkasse: 10 € / 5 €

Vortrag mit Diskussion
25. Januar 2023, 19 Uhr

Foto: © Privat



Dietrich Murswiek

Streitfall Verfassungsschutz

Verteidiger oder Gefährder der Demokratie?

Abendkasse: 10 € / 5 €

Vortrag mit Diskussion
8. Februar 2023, 19 Uhr

Foto: © Klaus Mellenthin



Gergely Pröhle

Otto von Habsburg

Wie man ein konservatives Netzwerk aufbaut

Abendkasse: 10 € / 5 €

Vortrag mit Diskussion
1. März 2023, 19 Uhr

Foto: © FKBF

Einen Krieg nicht Krieg nennen

Rainer Thesen analysiert den Krieg Rußlands gegen die Ukraine aus rein völkerrechtlicher Perspektive – aber nicht nur

KONRAD LÖW

Der Autor Rainer Thesen, Jahrgang 1946, ist Rechtsanwalt und Oberst der Reserve. Er ist also bestens qualifiziert, um das hochaktuelle, hochbrisante Thema sachgerecht abzuhandeln. Daher schließt sein Text, trotz der Fülle einschlägiger Publikationen über den Ukraine-Konflikt, eine echte Lücke. Vor allem kommen jene Leser auf ihre Kosten, die den erschreckenden Sachverhalt nicht nur moralisch, sondern auch völkerrechtlich beurteilen möchten. Auf die 70 Seiten Betrachtungen folgen 140 Seiten Dokumente, beginnend mit Auszügen aus der Charta der Vereinten Nationen und endend mit der Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag am 17. März 2022. Auch Putin kommt ausführlich zu Wort, so mit der Rede an die Nation am 21. Februar 2022.

Einleitend skizziert Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt den „Traum vom Völkerrecht“, der uns hoffen läßt, dem ewigen Frieden näher zu kommen, obwohl auf diesem Wege der Westfälische Frieden

von 1648 schon einen später nicht mehr erreichten Höhepunkt bildet – und Versailles den Tiefpunkt. Zunächst prüft der Autor Putins Kriegserklärung, die Bekanntgabe des Krieges, der in seinem Machtbereich nur militärischer Spezialeinsatz genannt werden darf, weil der Angriffskrieg doch geächtet ist, ein geradezu klassisches Exempel für Totalitarismus im Bereich des Geistes. Das Gewaltverbot ist, wie Thesen ausführt, eines der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, es sei denn es liegt eine der Ausnahmen vor, so eine Intervention auf Beschluß des Sicherheitsrates der Uno, eine Selbstverteidigung oder die Ausübung des Beistandsrechts bei einem bewaffneten Angriff auf einen Mitgliedsstaat. Ersichtlich ist dies hier zugunsten Rußlands nicht der Fall. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Verträgen, die das Verhältnis zwischen der Sowjetunion/Rußland einerseits und der Ukraine andererseits regeln und die territoriale Integrität der beiden Staaten garantieren.

Eingehend befaßt sich Thesen auch mit dem Selbstbestimmungsrecht. Nach allgemeiner Ansicht der Völkerrechtler kommt Teilen eines Staatsgebietes, so den Bewohnern der Krim, kein Selbstbestimmungsrecht zu. „Ist das Gewaltverbot der UN-Charta gegenstandslos geworden?“ lautet eine weitere Kapitelüberschrift. Ferner gelangen die Reaktionen der Uno und der EU zur Darstellung. Doch ein Patentrezept zur Durchsetzung des Rechts auch gegen die Weltmächte gibt es nicht. Wird man durch Waffenlieferungen zum Kombattanten, durch die Ausbildung von Kämpfern der am Konflikt Beteiligten zur Kriegspartei? Auch „Freischärler/Partisanen“ und „Söldner“ werden rechtlich gewürdigt.

Im Ergebnis stimmen Thesens Sondierungen zwar weitgehend mit der herrschenden pro-ukrai-



FOTO PICTURE ALLIANCE / ASSOCIATED PRESS

Ausbildung ukrainischer Soldaten auf einem Übungsplatz der britischen Armee in Südengland, Oktober 2022: Macht die Nato sich mit der Ausbildung von Kämpfern zur Kriegspartei?

nischen Meinung in den bundesdeutschen Medien überein, wonach die russische Annexion der Krim 2014, Putins Intervention zugunsten der „Republiken“ Donezk und Lugansk sowie schließlich der gegen die Ukraine geführte „Angriffskrieg“ das Völkerrecht rüde verletzen. In einem Nachwort verdeutlicht der Autor jedoch, daß die Betrachtung des Krieges aus dem Blickwinkel des Völkerrechts nicht genügt, zumal längst nicht alles, was rechtlich unbedenklich ist, auch umgesetzt werden muß. Damit beschränkt sich seine Arbeit glücklicherweise nicht allein auf die juristische Perspektive, sondern erweitert sie historisch-geopolitisch.

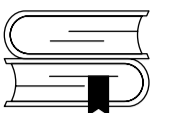
Deutschland hat sich eindeutig auf seiten der Ukraine positioniert

Obwohl Thesen hier leider nur anreißt, was deutsche Medien und das Gros der von ihnen konsultierten „Experten“ notorisch verschweigen: die Rolle der in diesem Konflikt ihre strategischen und wirtschaftlichen Interessen „mit durchaus zwei-

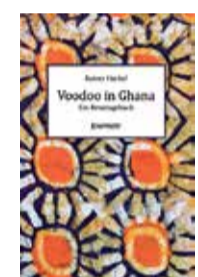
felhaften Mitteln“ verfolgenden USA. „Deutschland hat sich von Beginn (...) an eindeutig als Unterstützer der Ukraine positioniert. Politisch ist das der Verankerung in den Bündnissen Nato und EU geschuldet.“ Er wirft die Frage auf, ob das auch von Rechts wegen so betrachtet werden muß und bezweifelt, ob man nach Beendigung des Krieges feststellen wird, „Deutschland habe sich in jeder Hinsicht richtig verhalten“. Er verweist auf die alte Schulweisheit: „Was auch immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende.“ Doch wie soll man das Ende bedenken, das niemand kennt? Und wie verhält man sich richtig? Darauf weiß jede Weltanschauung eine andere Antwort, und die der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 wird nicht von allen geteilt. Einer sagt: Lieber tot als rot, ein anderer: Lieber rot als tot. Auf jeden Fall ist eine Diktatur verachtenswert, in der man einen Krieg nicht einen Krieg nennen darf.

Prof. Dr. Konrad Löw ist Staatsrechtler und Professor emeritus für Politikwissenschaft an der Universität Bayreuth.

Frisch gepreßt



Ghana. 1995 reiste der Autor mit seiner Frau, die aus Ghana stammt, zum ersten Mal in ihre Heimat. Seitdem war er über zwanzigmal in dem westafrikanischen Land, das schon seit langem seine eigentliche Heimat ist, und in dem er sich wohler fühlt als im klimatisch und seelisch kalten Deutschland. Vor sieben Jahren publizierte er sein erstes Buch über Ghana, einen Reisebericht, dem weitere folgen sollten. Das vorliegende Büchlein knüpft an „Die Rückkehr der Götter“ an, und auch dieses Reisetagebuch steht im Zeichen der Wiederkehr der heidnischen Götter, dem überlieferten Glauben der Westafrikaner, der trotz der christlichen Missionierung durch die Europäer durchaus lebendig geblieben ist. In einem abgelegenen Dorf wird er Zeuge eines Voodoo-Rituals: Fetischpriester fallen von Geistern der Ahnen besessen in Trance und bringen den Göttern Opfer dar. Er ist jedoch kein distanzierter Beobachter: Seine Frau, seit ihrer Jugend zur Fetischpriesterin bestimmt, ging diesen lange Zeit aus dem Weg. Nun haben die Götter die Geduld verloren und stellen sie vor die Entscheidung, ihnen zu dienen oder zu sterben ... (W/O.)



Rainer Hackel: Voodoo in Ghana. Ein Reisetagebuch. Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2022, broschiert, 90 Seiten, 11 Euro

Verstört. Im Jahre 2022 ist der Regenbogen im Bild der Bundesrepublik kaum noch wegzudenken. Die bunte Demokratie wurde kollektiv internalisiert und schlägt sich in nahezu allen Fasern des gesellschaftlichen und politischen Lebens nieder. Wie würden allerdings Menschen aus einer anderen Zeit diese Zustände rezipieren? In seinem Roman wagt Journalist und Publizist Dirk Westphal jenes hypothetische Gedankenspiel in „Er ist wieder da“-Manier. Die Erzählung begleitet die Mission der sogenannten „Reichskinder“, übernatürlich begabte Auserwählte aus der Zeit des zerfallenden Dritten Reichs, die damit beauftragt wurden, ein neues Reich nach 1945 wiederzubegründen. Als diese sich allerdings im Deutschland der Gegenwart wiederfinden, begegnen ihnen allerhand befremdliche Situationen auf ihrem Weg, die dortige Demokratie zu destabilisieren. Jene Darstellung des Zusammenpralls radikaler Ideale aus der Zeit des Nationalsozialismus mit denen eines modernen Toleranzdeutschlands sind durchaus faszinierend. Im späteren Verlauf der Geschichte weicht diese vielversprechende Prämisse zunehmend dem verstärkten Fokus auf die eher wie Science-fiction anmutende Note. Während der Auftritt von Robotern, Cyborgs und hochintelligenten, autonom denkenden Computern einigen Lesern zusagen könnte, werden andere davon eher irritiert sein. (wis)



Dirk Westphal: Operation Reichskind. Roman. Verlag Tredition, Hamburg 2022, broschiert, 509 Seiten, 17,99 Euro

Die Clowns warteten nur auf eine Gelegenheit

Mit seinem Novellenband nimmt Volker Mohr mentale Verformungen durch einen nur vermeintlich sanften Totalitarismus in den Blick

GÜNTER SCHOLDT

Selbst in der Tristesse unserer systemfrömelnden Gegenwartsliteratur zeigen sich – meist im Windschatten der Aufmerksamkeit – immer wieder erfreuliche Ausnahmen. Zu ihnen gehört der 1962 in Schaffhausen geborene Schweizer Architekt Volker Mohr, der die deutschsprachige Belletristik seit Jahren bereichert. 2021 überzeugte sein Novellenband „Unter Menschen“ als episches Panorama unserer „Schönen neuen (Corona-)Welt“. „Der verlorene Himmel“ setzt solche Tendenzen fort und richtet den Blick auf mentale Verformungen durch einen nur vermeintlich sanften Totalitarismus. Was der Autor dabei in reizvoll modellhafter erzählerischer Verfremdung beobachtet und folgert, besticht als literarische Umsetzung massenpsychologischer Prozesse.

Geboten werden in des Wortes vollster Bedeutung unheimliche Geschichten, Grotesken, Parabeln, Traumszenarien mit aktuellen Bezügen, die sich im Sinne unserer postdemokratischen Globalagenden politisch füllen lassen. Sie erinnern an Ionesco, Mrozek, Orwell oder Kafka, an Kusenberg, Kasack oder Hildesheimer, die in den Jahren um den Zweiten Weltkrieg aus einer zunächst befremd-

lich erscheinenden Warte soziale Abläufe muster-ten. Die Verbindung mit Kafkas weltliterarischer Prominenz muß nicht erschlagen. Geht es doch vornehmlich um das Aufzeigen atmosphärischer Analogien. Und Monströses beschränkt sich nun mal nicht auf Epochen, die man zu Recht oder Unrecht besonders dämonisiert hat.

Maschinenwelt setzt zum Kampf auf den Menschen an

Welche Handlungen werden vor uns ausgebreitet? Eine lebensbedrohliche Maschinenwelt setzt zum Kampf auf den Menschen an („Die Schatten“). Das Erscheinen eines kleinen Engels provoziert unsere genormte Gesellschaft ähnlich wie Dostojewskis Jesus den Großinquisitor. In „Das System“ richtet sich ein zeitgemäßer Bildersturm im Kern gegen den nonkonformistischen Menschen. „Der Sturz der Titanen“ propagiert angesichts einer Lage, in der es ums Ganze geht, den Verzicht auf alles, was einem eigentlichen Leben im Wege steht.

Die längste Geschichte des Bands illustriert die Herrschaft gefährlicher Clowns, die allen ihre Pappnase aufzwingen. Wer sich weigert, gilt als spielverderbender „Querulant“. Hier werden realistische

Elemente so eng an die Gegenwart herangeführt, daß man geneigt ist, einiges wortwörtlich auf die aktuellen Narreteien unserer Politclowns zu beziehen. Wichtiger und grundsätzlicher ist die Diagnose einer Zeitenwende im weitesten Sinne: „Wie war das alles nur möglich? Von einem Tag auf den anderen hatte sich die Welt grundlegend verändert. Oder hatte er den Wandel nicht bemerkt? Hatte er nicht gesehen, daß die Clowns nur auf eine Gelegenheit warteten, daß sie dicht gedrängt am Tor der Zeit standen, um endlich herüberzukommen, sobald dieses sich nur einen Spaltbreit öffnete? Arensberg wußte es nicht. Er wußte nur, daß er jetzt außerhalb der Zeit stand oder zumindest im Begriff war, aus der Zeit hinausgedrängt zu werden. Aus der Zeit oder vielmehr aus seinem Leben.“

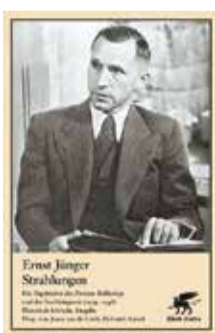


Volker Mohr: Der verlorene Himmel. Loco Verlag, Diessenhofen/Schweiz 2022, gebunden, 130 Seiten, 22 Euro

Höhepunkt des Bandes ist „Das Urteil“, in dem der Protagonist verfißt, das obligatorische „Rautensymbol“ an seinem Sakko zu befestigen. Daraus resultiert eine Folge von Behelligungen, die letztlich mit dem Todesurteil enden. Resignierend akzeptiert er es angesichts der Alternative, sonst der Menge auf der Straße ausgeliefert zu werden. Was mit der „freundlichen“ Erinnerung eines Angestellten beginnt, steigert sich von Instanz zu Instanz über Fallstricke rabulistischer Textauslegung bis zum Hochgericht. Dabei wird stets die Fiktion von Freiwilligkeit beziehungsweise freiheitlich-rechtsstaatlicher Tradition gewahrt, und die polizeiliche Vernehmung beginnt mit dem Zynismus: „Ich rechne es Ihnen hoch an, daß Sie zu mir gekommen sind.“ Der darauf folgende Dialog darf zugleich als engagierter Autorenkommentar verstanden werden: „Ich hatte tatsächlich die Wahl?“ ... / „Man hat immer die Wahl. – Vielleicht nicht immer, aber öfter, als wir denken.“ Ein gewichtiges zeitgemäßes Wort. Auch dies begründet das Fazit: Die Lektüre Volker Mohrs ist nachdrücklich zu empfehlen.

Prof. Dr. Günter Scholdt ist Historiker und Germanist und war Leiter des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß.

Ernst Jünger Strahlungen



Die Tagebücher, die Ernst Jünger zwischen 1939 und 1948 führte, sind das Dokument eines Ausnahmezustands. Die Edition bietet sie in der Originalfassung und erlaubt eine neue Auseinandersetzung mit den weltberühmten Aufzeichnungen. Jüngers eigenhändig publizierte Tagebücher der Kriegs- und Nachkriegsjahre umfassen insgesamt sechs Teile. 2.388 S., geb.

Best.-Nr.: 96151 199 Euro

E. T. A. Hoffmann Nußknacker und Mausekönig



Die kleine Marie findet am Weihnachtsabend unter dem Gabentisch einen Nußknacker, den sie gleich in ihre Obhut nimmt. Bald stellt sie heraus, daß ihn ein wunderbares Geheimnis umgibt. Das Märchen gehört heute zu den bekanntesten und beliebtesten Weihnachtsgeschichten in deutscher Sprache. 126 S., geb.

Best.-Nr.: 96161 14 Euro

Martin Herzog GSG 9

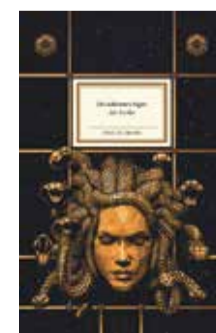
Ein deutscher Mythos



Am 18. Oktober 1977 wurde in der Wüste Somalias ein deutscher Mythos geboren: Auf dem Flughafen von Mogadischu befreite die GSG 9 aus einer entführten Lufthansa-Maschine 86 Menschen. Es war der erste große Einsatz der Antiterrorreinheit, und er machte sie schlagartig weltbekannt. Der Mythos zerbrach 16 Jahre später auf dem Bahnhof von Bad Kleinen. 480 S., geb.

Best.-Nr.: 96135 25 Euro

Burkhard Neie Die schönsten Sagen der Antike



Wer hat nicht von ihnen gehört? Von Ikarus, der bei seinem Vogelflug der Sonne zu nah kam, von Arachne, die besser weben konnte als die Göttin Pallas Athene? Von Sisyphos, von Oidipus und der Sphinx, und von der geraubten Europa? Hier sind sie versammelt, die schönsten Mythen und Sagen der griechischen Welt, erzählt nach den antiken Quellen. 150 S., geb.

Best.-Nr.: 96162 18 Euro

JF Buchdienst

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor / Kurztitel	Euro

Bestelladresse Kundennummer
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen. (Falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (Kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

Datenschutzhinweis:
 Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.
Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Versand: Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 70 Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 4,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse. EU: 12 Euro. Übriges Europa: 14 Euro. Welt: 18 Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin Fax: 030-86 49 53-40
Bestelltelefon: 030-86 49 53-25 · www.jf-buchdienst.de

Abbildungen können vom Original abweichen.

Schluß mit dem Stereotyp
des stets erreichbaren Arztes

MANNHEIM. Die neue Ärztegengeneration will das „stereotype Bild des männlichen Arztes, der immer erreichbar ist, aus den Köpfen von Politik und Gesellschaft verbannen“, wie es Miriam Wawra, Chefin des Medizinistenverbands BVMD, formuliert (*Deutsches Ärzteblatt*, 42/22). Dies dokumentiert das „Berufsmonitoring Medizinstudierende“. Zu den häufigsten Erwartungen der 8.600 Befragten gehörten eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf sowie geregelte und flexible Arbeitszeiten. Deshalb sei die Arbeit als Landarzt „eher unbeliebt“. Abgenommen habe die Bereitschaft zur Selbstständigkeit und zur Arbeit im Krankenhaus, der Trend gehe zum Angestelltenverhältnis. Die befürchtete hohe Arbeitsbelastung lasse auch das Interesse an der Chirurgenausbildung sinken: War die für 35 Prozent der Vorkliniker noch eine Option, hielten nur 19,6 Prozent an diesem Wunschziel noch während des Praktischen Jahrs fest. Zu den geforderten „neuen Strukturen des Berufs“ zählt der Nachwuchs die Digitalisierung medizinischer Versorgung. (ob)
► bvmd.de/wer-wir-sind/geschichte

Vorbeugen besser als Heilen:
Die Kosten invasiver Arten

GELNHAUSEN. Gebietsfremde Arten sind eine der Hauptursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt. Neobiota lassen ganze Ökosysteme kippen, wie die Ausbreitung der Braunen Nachtbaumnatter (*Boiga irregularis*) auf der US-Pazifikinsel Guam zeigt. Dort ohne natürliche Feinde, vermehrte sich die aggressive Giftschlange seit 1945 so rasant, daß heute 10.000 davon auf einem Quadratkilometer leben. Die meisten Beutetiere, darunter fast alle Vogelarten, sind ausgestorben oder stark gefährdet. Diese sorgten früher für die Samenausbreitung – und das bedroht die Inselflora. Zusammen mit dem Nordamerikanischen Ochsenfrosch, der seit 2016 in der EU-Liste der unerwünschten Arten steht, verursachen die beiden Bioinvasoren zwischen 1986 und 2020 weltweit einen Schaden von 16 Milliarden Euro. In der InvaCost-Datenbank, die der Biologe Philipp Haubrock (Senckenberg Gelnhausen) mit aufgebaut hat, stehen Natter und Frosch für 13.000 Einträge. Mit seinen Forschungen will Haubrock Politiker dazu bewegen, mehr in die Verhinderung von Bioinvasionen zu investieren (*Senckenberg*, 10-12/22). (dm)
► invacost.fr/en/outcomes

Beachtliche medizinische
Expertise in der Altsteinzeit

BRISBANE. Knochen aus der Liang-Tebu-Höhle im Sangkulirang-Mangkalihat-Karst der indonesischen Provinz Ostkalimantan auf der Insel Borneo erzählen eine medizinische Erfolgsgeschichte: Vor 31.000 Jahren amputierte dort jemand den linken Fuß eines Kindes derart gekonnt, daß es nach der Operation noch sechs bis neun Jahre lebte. Das berichtet ein Team um den australischen Archäologen Tim Maloney (Griffith University). Der linke Fuß sei oberhalb des Knöchels mit einem glatten, schrägen Schnitt abgetrennt worden, worauf neues Gewebe den Knochenstumpf überwuchs. Daß ein Kind einen solchen Eingriff ohne tödliche Infektionen überlebte, belege eine beachtliche medizinische Expertise von Heilkundigen der Altsteinzeit (*Spektrum der Wissenschaft*, 12/22). (lk)
► experts.griffith.edu.au/9687-tim-maloney

Das Aschenputtel als Notnagel

Mit Flüssigerdgas wollen die
deutschen Energiewender ihre
Insolvenz verschleppen

CHRISTOPH KELLER

Vier Wochen nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs flog Robert Habeck ins Emirat Katar, um bei Scheich Tamim bin Hamad Al Thani Gas zu erbetteln: Denn „Deutschland hat sich abhängig gemacht von Putin. Wir fördern kein Erdgas mehr bei uns, wir fördern kein Öl mehr bei uns, wir fördern keine Kohle mehr bei uns, wir wollen kein amerikanisches Fracking-Gas“, sagte der um die richtigen Worte ringende grüne Wirtschaftsminister am 20. März in eine ARD-Kamera. Daher müsse man „jetzt mit verschiedenen Partnern, die ihre Eigenheiten haben, versuchen in Gespräche zu kommen“.

Angesichts der Freude über die versprochene „Energiepartnerschaft“ ging unter, daß Habeck „Fake News“ verbreitet hat: Deutschland hat 2018 seine letzte Steinkohlezehle geschlossen, aber 2021 den Braunkohleabbau von 107,4 auf 126,3 Millionen Tonnen gesteigert. 1,8 Millionen Tonnen Erdöl wurden gefördert – 58 Prozent davon in Schleswig-Holstein, wo Habeck sechs Jahre Umweltminister war. Das deckte zwei Prozent des deutschen Bedarfs von 86,2 Millionen Tonnen. Bei Erdgas deckte die heimische Förderung von 5,2 Milliarden Kubikmetern voriges Jahr sogar fünf Prozent des Verbrauchs.

Vorige Woche wurde verkündet, daß der Staatskonzern Qatar Energy von 2026 bis 2041 jährlich zwei Millionen Tonnen Flüssigerdgas (LNG) an Deutschland verkaufen werde. Allerdings nicht direkt, sondern über den texanischen Konzern ConocoPhillips. Zwei Millionen Tonnen LNG sind etwa 2,75 Milliarden Kubikmeter Pipelinegas. Das entspricht lediglich der Hälfte der deutschen Gasförderung oder knapp 30 Terawattstunden (TWh). 2021 wurden in Deutschland – für Heizung, Industrie, Handwerk und Kraftwerke – allerdings 1.016 TWh Erdgas verbraucht. Doch die Herren über die drittgrößten bekannten Gasreserven der Welt verkaufen ihren Rohstoff lieber nach Ostasien oder an europäische Partner, die mehr Respekt zeigen.

Der versprochene Abschied vom
fossilen Zeitalter wird nun vertagt

Hinzu kommt der ökologische Fußabdruck, den das LNG aus Arabien und die teure Lieferalternative aus „amerikanischer Fracking-Förderung“ hinterlassen wird. Den Aberwitz dieses „Deals“ schildert anschaulich der Wissenschaftsjournalist Tim Schröder im *Bild der Wissenschaft* (10/22). LNG sei lange das „Aschenputtel der Energiebranche“ gewesen. Es wurde als viel zu teuer klassifiziert, als technisch zu aufwendig und in seiner CO₂-Bilanz schlechter als jenes Erdgas, das durch Pipelines aus Rußland nach Europa strömte. Deutschland deckte mit russischem Pipelinegas die Hälfte seines Gasverbrauchs (500 TWh). Der Anteil norwegischen Pipelinegases lag bei 30 Prozent.

Doch seit dem „Wirtschaftskrieg gegen Rußland“ (Sahra Wagenknecht) ist LNG zum „Notnagel und Hoffnungsträger gleichzeitig“ geworden – ungeachtet seiner Hürden: Um Erdgas zu verflüssigen, muß es auf minus 160 Grad Celsius heruntergekühlt und auf ein 600stel seines Volumens reduziert werden. Dafür sind Großanlagen erforderlich, von denen Spezialschiffe dieses „geschrumpfte“ Gas übernehmen. In den Zielhäfen braucht es riesige Terminals, an denen das LNG angelandet, erwärmt und so in Gas rückverwandelt wird, das die Verteilernetze aufnehmen können. All das verursacht enorme Energiekosten.

Addiere man dazu die Kosten für das „maximal klimaschädliche Schweröl“ der LNG-Tankermoto-



Entladung eines LNG-Frachters an einem Erdgas-Terminal: Ist diese Infrastruktur künftig auch für die „grüne“ Wasserstoffwirtschaft eines „klimaneutralen“ Deutschlands geeignet?

ren sowie ihre saftigen Liegegebühren hinzu, werde Habecks Geschäft deutlich teurer als Förderung, bei der das aus der Erde geholte Gas direkt in Pipelines fließt. 2020 kostete Erdgas Privathaushalte im Schnitt knapp sechs Cent pro Kilowattstunde (kWh), im September 2022 waren es über 15 Cent – für 2023 wird mit über 20 Cent gerechnet. Die „Gaspreibremse“, die 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs von März 2023 bis April 2024 auf zwölf Cent heruntersubventionieren und auch der Wirtschaft beim Überleben helfen soll, kostet die Steuerzahler für ein Jahr etwa 54 Milliarden Euro – die Kfz-Steuererinnahmen von fünfzehn Jahren. Kein Wunder daher, daß LNG hierzulande bislang als „unwirtschaftlich“ galt. Deutschland hat deshalb – anders als Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kroatien, Litauen, die Niederlande, Polen, Portugal und Spanien – auf eigene LNG-Terminals verzichtet.

Daher mußten nun Provisorien her: Floating Storage and Regasification Units (FSRU), also Spezialschiffe, an denen die LNG-Tanker festmachen sollen und die über kilometerlange Pipelines ans Erdgasfernleitungsnetz angeschlossen sind. Die erste FSRU soll am 23. Dezember bei Wilhelmshaven in Betrieb gehen. Uniper leiste „so schnellstmöglich einen erheblichen Beitrag zur zukünftigen Diversifizierung“ der deutschen Energieimporte, verkündete der mit Steuermilliarden „gerettete“ Energiekonzern. Was Schröder auch unerwähnt läßt: Diese FSRU, so höhnt die Deutsche Umwelthilfe,

habe Habeck von der „Resterampe“ weg geharrert. Denn im australischen Bundesstaat Victoria sei der zuvor im Hafen Tianjin (China) eingesetzten „Högh Esperanza“ wegen Umweltbedenken keine Betriebslaubnis erteilt worden. Aber dank des neuen LNG-Beschleunigungsgesetzes verhinderte dieses Handicap nicht seinen Einsatz im Jadebusen.

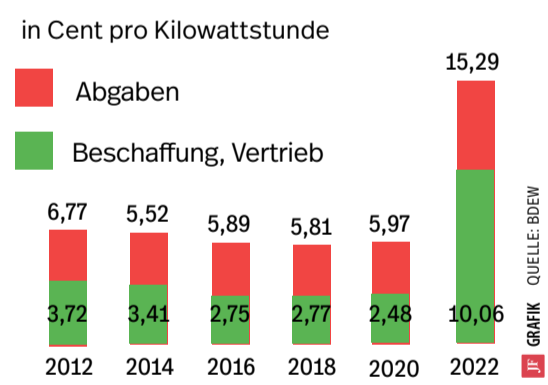
Definierte Verfahren für Bau- und
Umweltplanung außer Kraft gesetzt

Der Start der FSRU im vorpommerschen Lubmin verschiebt sich dennoch – dort wurden über 1.000 Einwendungen gegen das Projekt eingereicht. Es geht um mögliche Schäden für das Vogelschutz- und Heringslachgebiet im Greifswalder Bodden, Wärmeausbreitung durch Kühlwasser und Gasexplosionsgefahren für Industrieanlagen sowie das atomare Zwischenlager im stillgelegten AKW Lubmin. Daß vor Wilhelmshaven eines der wenigen Kies- und Muschelschill-Gebiete an der Nordseeküste mit einer ganz speziellen, schon durch den Bau erheblich gestörten Tierwelt liegt, kümmert Habeck nicht. Was Holger Freund, Chef des Naturschutzvereins Mellumrat, empört: Obwohl es in Deutschland klar definierte Verfahren für Bau- und Umweltplanung gebe, seien sie hier dreist außer Kraft gesetzt worden. Man habe einfach mit dem Bau begonnen, ehe die Genehmigung vorlag.

Zudem werde die Energiewirtschaft von der Ampel-Koalition darauf eingeschworen, künftig auf klimaneutralen „grünen Wasserstoff“ zu setzen. Durch Elektrolyse-Anlagen soll mit Sonnen- und Windstrom aus Wasser (H₂O) Wasserstoff (H₂) hergestellt werden. Da könnte sich ein Zielkonflikt anbahnen: Die teure LNG-Infrastruktur ist auf langjährige Betriebszeiten ausgelegt und mit langfristigen Lieferverträgen verknüpft. Darum müßten die Terminals so konstruiert sein, daß sie „H₂-ready“ sind, mahnt Cyril Stephanos, Leiter des Projekts Energiesysteme der Zukunft bei der Akademie für Technikwissenschaften in Berlin.

LNG-Infrastruktur in der EU:
► www.consilium.europa.eu/de/infographics/ing-infrastructure-in-the-eu
► www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-gaspreisanalyse

Erdgaspreis
für Privathaushalte



Umwelt
7.000 Volt
gegen Unkräuter

Von Volker Kempf

Nach coronabedingter Unterbrechung fand die internationale Landmaschinenmesse SIMA Ende November endlich wieder statt. Doch die Besucherzahlen enttäuschten: Statt 240.000 wie im Jahr 2019 kamen nur 153.000 Gäste auf das große Ausstellungsgelände in Villepinte nördlich von Paris. Viele größere Aussteller blieben fern, andere verkleinerten ihre Stände. Unter den vorgestellten Neuheiten befand sich der beliebte Teleskoplader T4512e von Weidemann, der voll elektrifiziert wurde. Doch die Lithium-Ionen-Batterie mit einer Kapazität von 18 oder 28 Kilowattstunden und die Steuerelektronik machen den Stapler mit 4,50 Metern Hubhöhe und 1,25 Tonnen Nutzlast teurer. Doch die höheren Anschaffungskosten „amortisieren sich nach einiger Zeit“, verspricht die hessische Firma – und das „zero emission Produkt“ schone schließlich sowohl den Fahrer als auch den wertvollen Tierbestand gleichermaßen. Die Traktoren fahren aber weiter mit Diesel, auch die schmalspurigen für den Obst- und Weinbau von Case IH. Der 120-PS-Antrieb hat selbstverständlich eine Abgasentgiftung.

Mit Hochspannung werden
unerwünschte Ackerpflanzen
wie Disteln bei Kontakt
vernichtet.

New Holland und Dasso präsentierten das XPR-Konzept zur elektrolytischen Unkrautbekämpfung in Reihenkulturen – eine Alternative zu Chemie, Feuer und Handarbeit. Mit bis zu 7.000 Volt Hochspannung werden unerwünschte Pflanzen wie Disteln bei Kontakt vernichtet. Bislang gab es die technologische Innovation nur für Rasen- und Rebflächen. Das neue Modell für Äcker soll 2023 eine Testphase durchlaufen und 2024 auf den Markt kommen. Man darf gespannt sein, ob sich dann die Insektenschutzler noch zu Wort melden. Doch nur mit Handarbeit lassen sich die nötigen Aufgaben großflächig nicht erledigen. Die nächste SIMA ist für den 24. bis 28. November 2024 angekündigt. Zuversicht scheint sich in der Branche zu halten, denn Landwirtschaftsmaschinen sind kein Luxusgut, sie werden in Boom- wie Krisenzeiten immer gebraucht.

Erkenntnis

„Im Reet sitzen Reetläuse. Man könnte ein solches Dach sicherlich chemisch behandeln, dann sind die Läuse tot. Die Materialien sind noch nicht so haltbar und funktionieren nicht so perfekt wie mit Chemie und Plastik. So ein Reetdach ist sicher das natürlichste Dach, aber es gibt keine Dachrinne, Holz knackt und es bewegt sich mehr als ein Stahlträger. Wir sind dennoch überzeugt, daß nachhaltiges Bauen für uns der einzige Weg ist.“

Christian Harisch, österreichischer Unternehmer und Chef des Kurhotels „Lansers Hof Sytt“

KARLHEINZ
WEISSMANN



Die große Macht politischer Symbole

Politische Symbole wirken. Ihre mächtige Bedeutung für Politik und Gesellschaft ist aber vielen ein Rätsel. Bis jetzt fehlte ein umfassendes Nachschlagewerk. Diese Lücke schließt das „Lexikon politischer Symbole“ von JF-Erfolgsautor Karlheinz Weißmann. Mit 1.700 farbigen Abbildungen

NEU
59,90 Euro



Karlheinz Weißmann
Lexikon politischer Symbole

628 Seiten, gebunden
Format: 17 x 24 cm
Best.-Nr. 94514

Bestellen Sie auf jf.de/lexikon
oder nutzen Sie den Coupon
auf Seite 21

„Mehr und mehr Unwohlsein“

Zum Schwerpunktthema: „Die allerletzte Generation“, JF 49/22

Dick und Doof in der Elbphilharmonie

Nichts für ungut, aber warum untertiteln Sie das Bild auf Ihrer Frontseite nicht kurz und bündig mit „Dick und Doof in der Elbphilharmonie“?

DR. DR. GÜNTHER SEIFERT, MÜNCHEN

Feststellung von Personalien und Kosten

Kann man etwas bewegen, indem man sich selbst festklebt? Überall kleben sie sich auf die Straße, an Kunstwerke, auf Rollbahnen oder, wie praktisch, an steckbare Eisengeländer! Einige berufen sich dann ausgerechnet auf den Norwehparagrafen, geben vor, sich in Lebensgefahr zu befinden, weil man ihnen unmittelbar und rechtswidrig an ihr Leben will. Absolut dreist! Wer sich in Lebensgefahr wähnt, flieht normalerweise. Er bringt sich nicht selbst in eine lebensgefährliche Situation, indem er sich auf eine Straße klebt. Wie nun solche „Festkleber“ behandeln? Da diese Aktionen wohlüberlegt und geplant sind, sollte man den Akteuren ihren Willen lassen, indem man sie mit einer schützenden Barriere umgibt, ihnen Essen und Trinken sowie Klopapier und einen Eimer für ihre Notdurft zur Verfügung stellt und sie, wie selbst gewünscht, kleben läßt. Wachleute sollten sich um ihre Sicherheit kümmern und im Notfall helfen, wenn sich die Situation zuspizt. Die Feststellung ihrer Personalien und ihrer Adresse zur Zustellung der durch die Aktion entstehenden Einsatz- oder auch Schadens-Kosten reichte aus. Löst sich der Klebstoff nach einigen Tagen, kann der Entklebte nach Hause gehen und darüber nachsinnen, wie er die mittlerweile aufgelaufenen Kosten begleichen kann und ob seine Aktion tatsächlich etwas bewegt hat! Der klebende Bürger hätte seine vermeintlichen Rechte wahrgenommen und der Staat ihm die notwendige Fürsorge angeeignet lassen.

HORST LAUBMANN, KÖSCHING

Zu: „Über den Streit schreiben“ von Dieter Stein, JF 49/22

Hoffnungslos ausgegrenzt

Sich für bessere Streitkultur einzusetzen ist ehrenwert. Die meisten JF-Autoren achten, soweit erkennbar, sehr wohl auf die Verlautbarungen von „Mainstream“ und „Establishment“. Doch wie tönt es von dort? Wer gegen die verordneten Ansichten aufmuckt, gehört zu „Ratten, die man in ihre Löcher zurückprügeln sollte“. So hieß es jüngst in der ARD.

VOLKER WITTMANN, PHILIPPSBURG

Zu: „Politisierung des Fußballs / Es ist viel kaputtgegangen“ von Ronald Berthold, JF 49/22

Kontraproduktives Kalkül

Die zeitgeistigen Ideologien, die unsere Fußballnationalmannschaft so intensiv beschäftigen, haben offensichtlich den Blick auf das Wesentliche, den Fußball, getrübt. Spielt Fußball, mochte man den Jungs zurufen, Mund zuhalten genügt nicht! Abgesehen davon war diese Aktion ein grober Verstoß gegen die Pflichten eines Gastes im Gastland. In arabischen Ländern, wo das Gastrecht heilig ist und es dementsprechend auch die Pflichten eines Gastes sind, verzeiht man ein solches Fehlverhalten nicht. Das führt nur zur Verachtung durch den Gastgeber.

MANFRED LORENZ, NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE

Für das Jammern haben wir Claudia Roth

WM vermurkt! Dabei sollten die deutschen Spieler in Katar nur das tun, wofür sie da sind, nämlich gut Fußball spielen. Fürs Jammern und Heulen haben wir doch Claudia Roth.

DIETMAR KINDER, ELSENDORF-HEPPENDORF

Zu: „Schlimmer als der Untergang der DDR“, im Gespräch mit Cora Stephan, JF 49/22

Ohnmächtiger Zorn

Genau diese Eindrücke und Gefühle bewegen mich, zahlreiche meiner Freunde und wohl viele Mitbürger: ohnmächtiger Zorn!

KNUT FRENZEL, KIEL

Gute Nacht, Deutschland

Was mir Angst macht ist die schlechende „Ent-Demokratisierung“ unseres Landes. Meine Frau und ich haben große Sorgen, was die Zukunft unserer



JF-Ausgabe 49 / 22 vom 2. Dezember 2022

Kinder angeht! Wir merken auch im Bekannten- und Verwandten-Kreis, daß die freie Meinungsäußerung mehr und mehr „Unwohlsein“ auslöst! Das geht auf Dauer nicht gut aus! Jeden Morgen wenn wir aufwachen, hoffen wir, es war nur ein Albtraum, was gerade in Deutschland passiert. Aber wir stellen dann jedesmal nach kurzer Zeit fest: Es ist die Realität! Gute Nacht, Deutschland!

HANS PICK, HOMBURG

Zu: „Gefährliches Spiel mit dem Feuer“ von Marc Zoellner, JF 49/22

Auf Tagesordnung gehört Nato-Ausschluß
Das Verhalten der Türkei ist an Selbstgerechtigkeit nicht mehr zu überbieten: Auf der einen Seite läßt der Autokrat Erdoğan die kurdisch beherrschten Gebiete im Nordteil von Syrien völkerrechtswidrig bombardieren, um das angeblich von PKK und anderen kurdischen Organisationen verursachte Attentat in Istanbul zu „sühnen“, auf der anderen Seite sonnt er sich in der Pose des ehrlichen Maklers im Welternährungskonflikt Rußland/Ukraine! Es wäre wirklich an der Zeit, die Nato-Mitgliedschaft dieser Türkei zu überprüfen! Dies gilt um so mehr, als sie weiterhin die Neuaufnahmen von Finnland und Schweden zur Nato mit fadenscheinigen Vorwürfen blockiert! Es sollte eine Ausschlussmöglichkeit für Nato-Staaten geschaffen werden, die sich nicht chartakomform verhalten! Ich vermute allerdings, daß wiederum – wie schon zuvor bei einigen Nato-Diktaturen geschehen – geopolitische Erwägungen der Führungsmacht USA dies zu verhindern wissen dürften!

KURT D. WACHSMUTH, MECKENHEIM

Zu: „Ohne Skrupel instrumentalisiert“, im Gespräch mit Prof. Dr. Fritz Söllner, JF 48/22

Kein realistischer Ausweg

Den Ausweg, den Professor Fritz Söllner am Schluß des Interviews mit Moritz Schwarz aufzeigt, wollen die Westmächte nicht. Auch unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier polemisiert gegen Nationalstaaten; systematisch wurde und wird das deutsche Nationalbewußtsein zerstört. Adenauers Ziel, das nächste Mal auf der richtigen Seite zu sein, kann heute nicht mehr richtig sein wegen der US-Nato-Kriegstreibereien.

MARTIN SCHRÖDER, DETMOLD

Zu: „Die Hoheit über uns selbst“ von Thorsten Hinz, JF 48/22

Absage durch die „Kohl-Doktrin“

Im Unterschied zu seinen Vorgängern hatten für Helmut Kohl die Hintanstellung deutscher Interessen und der gezielte Souveränitätsverzicht zentrale Bedeutung eingenommen. „Nie wieder nationales Interesse! Nie wieder deutsche Alleingänge! Nur noch handeln im Bündnis! Deutschlands Zukunft liegt in der Einbindung!“ (Bundeskanzler Helmut Kohl, 1990; damals „Kohl-Doktrin“ genannt).

Im Sommer 1993 machte der Amtschef des MAD, General Gerd-Helmut Komossa, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesverteidigungsminister Volker Rühe auf die für Deutschland günstige

Situation aufmerksam, bei den Vereinten Nationen eine Satzungsänderung zu erreichen: 1. Löschung der Feindstaatenklausel (Art. 53 und 107), 2. ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für Deutschland. So schreibt Komossa in seinem Buch „Die deutsche Karte“ (Graz, 2007), wie er Bundeskanzler Kohl nahegelegt habe, daß Deutschland sich – angesichts steigender Erwartungen der Völkergemeinschaft – nicht länger mit der Feindstaatenklausel abfinden müsse. Doch Kohl lehnte dies ab, „da die Interessen unseres Staates in jeder Beziehung von unseren Freunden USA, Großbritannien und Frankreich wahrgenommen würden“. Weil dies gewährleistet sei, wäre es überflüssig wegen der „deutschen Frage“ Unruhe in die Vereinten Nationen zu bringen. Tatsächlich stand damals eine Satzungsänderung der Vereinten Nationen auf der Tagesordnung. „Die Bonner Regierung zeigt aber kein Interesse.“ Soweit der Amtschef des MAD.

HERWIG DUDERSTADT, EISENBACH

Selbstgestellte Fragen nicht beantwortet

Zu den von Thorsten Hinz aufgeworfenen Fragen („Wer sind wir? – Wie ist die Lage? – Was sind unsere Interessen?“) finde ich im Forum-Aufsatz keine zutreffenden Antworten. Nach dem katastrophalen Zweiten (!) Weltkrieg war die Situation in Deutschland nicht nur gezeichnet von einer Zerstörung biblischen Ausmaßes. So waren einerseits mörderische Bombardierungssorgen von seiten der Engländer und der USA Tag und Nacht gelaufen, die Deutschland als Trümmervüste zurückgelassen hatten. Noch schlimmer war der Verlust zweier Generationen von Deutschen, vorzugsweise Männern. Ein Drittel unseres bereits durch den Ersten Weltkrieg dezimierten Vaterlandes wurde den Deutschen entwendet (ohne Friedensvertrag). Deutschland war den Siegermächten schutzlos preisgegeben.

Es war eine gute Entscheidung Konrad Adenauers, das Vertrauen der USA und Frankreichs anzustreben. Durch die enorme Aggressivität der UdSSR im Kalten Krieg gegenüber der freien westlichen Welt, besonders gegenüber dem besiegten Deutschland, das sich als Beute anbot, waren wir Deutsche in besonderer Weise auf die enorme militärische Macht der USA, der neuen Atommacht, als Schutzschirm total angewiesen. So viel zur jüngsten Vorgeschichte. Doch nun zu Ihren Fragen: Wer sind wir? Antwort: ein in Wirklichkeit armes, kleines Volk im Untergang, da auch unsere Politiker nicht mehr wissen, was ein Volk und was ein Staat ist. Sodann: Wie ist die Lage? Mit der Globalisierung ist der deutsche Staat den gigantischen supranationalen Konzernen ausgeliefert. Durch das sozialistische Denken der Ampelregierung zur weiteren Umverteilung ist unser bescheidener Wohlstand in akuter Gefahr. Zuletzt: Was sind unsere Interessen: Außenpolitisch können wir uns – aufgrund unseres verminderten Vermögens – abmelden. Ich glaube kaum, daß wir verlorengegangene Kompetenzen (Medikamente und vieles mehr) zurückerobern können. Die unregelmäßige Migration, fortschreitende Islamisierung und zunehmenden Greuelataten nehmen kein Ende.

Am Schluß könnte es zum endgültigen Untergang einer einstmals kulturell und technisch hochstehenden Nation kommen, wobei der Eindruck entsteht, daß diese ihr Ende herbeiseht, da sie nicht mehr von ihrem eigenen Wert überzeugt ist.

DR. MED. SUSI LAUER, FRIEDBERG

Nicht vertrauenswürdig

Welch ein Glück für diesen Präsidenten, daß es Putin gibt und den Überfall russischer Truppen auf die Ukraine: in seiner „Grundsatzrede“ kann er seiner Neigung zum erhaben-hohlen Pathos fröhnen, indem er das „Aufwachen in einer anderen Welt“ (Baerbock) und die „Zeitenwende“ (Scholz) mit dem „Epochenbruch“ überbietet. Das sagt uns einer, der den Einstieg in diese Entwicklung als Kanzleramtsminister, später als Außenminister, aktiv vorangetrieben hat. In seiner „Grundsatzrede“ schwieg er beharrlich zu seiner eigenen Verantwortung für die Ausgangslage dieses „Epochenbruchs“. Gibt es einen Grund, seinen Worten Vertrauen zu schenken, wenn der Besetzer des höchsten Wahlamtes in Deutschland sich in seiner „Grundsatzrede“ selbst bedeckt hält? Weckt es Vertrauen, wenn dieselbe Person jedoch sogar im Ausland, etwa in Polen, jede Gelegenheit nutzt, den Nachkriegsgenerationen die Verbrechen der nationalen Sozialisten in den zwölf Jahren ihres totalitären Regimes als „ewige Schuld“, sogar als Kollektivschuld zuzuschreiben?

Wen hat er noch ausgespart in seiner Ansprache? Nirgends war auch nur eine winzige Andeutung zu hören vom Beitrag der hierzulande regierenden Politiker. Die dringende Notwendigkeit einer differenzierten und sachlichen Debatte zur Ausländerkriminalität im Zusammenspiel mit der Ankündigung vom „vielfältigen Einwanderungsland“, des „Chancen-Bleiberechts für Asylbewerber“ und der Vermischung von Asyl- und Ausländerrecht ist für ihn ebenfalls keinen Satz wert. Nach seinen Attacken gegen Kritiker der staatlichen Corona-Maßnahmen steht er auch nicht länger für die Neutralität seines Amtes als Präsident aller Bürger. Spötter sprechen bereits von Frank-Spalter Steinmeier. Zum Glück für ihn standen Putin zu Kriegsbeginn absolut miserable Truppenkommandeure und ein wenig qualifizierter Generalstab zur Verfügung. Was hätte Steinmeier uns in seiner „Grundsatzrede“ geboten, hätte der Überfall einen schnellen Erfolg gezeitigt? An anderer Stelle ist zu lesen, Steinmeier habe seine Fehler mit dem Hinweis gerechtfertigt, damals als Kanzleramtsminister oder Außenminister gehandelt zu haben. Nähme er diese Aussage selbst ernst, müßte er beschämt und vielleicht sogar schuldbehaftet von diesem Amt zurückzutreten.

DIPLO.-PSYCH. GUSTAV J. BRUDY,
STOCKSTADT AM RHEIN

Zu: „Komm, Zeitgeist, heile uns“ von Gernot Facius, JF 47/22

Auch die Katholiken infiziert

Dank dafür, daß die JUNGE FREIHEIT ohne Scheuklappen den Zustand der evangelischen Kirchenleitung beschreibt. Martin Luther würde seine Kirche nicht wiederkennen. Konnte bis vor nicht allzu langer Zeit die katholische Kirche als ein Fels in der Brandung angesehen werden, hechelt auch sie neuerdings dem Zeitgeist hinterher. Beide Kirchen werden dies zu spüren bekommen. Die Kirchensteuer sollte vielleicht abgeschafft werden, um dem Mißbrauch der Kirchengelder vorzubeugen, wie etwa der Gründung von „United4Rescue“, deren neuestes Schiff, die „SeaWatch5“, mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen Euro in Dienst gestellt wurde.

MANFRED WEINHOLD, HAMBURG

Liebe Leser!

Leider können wir nicht alle Zuschriften, die uns täglich erreichen, veröffentlichen. Auch müssen wir manchmal kürzen. Alle Briefe werden aber sorgfältig ausgewertet, wemgleich wir sie nicht in jedem Fall beantworten können.

Ihre Leserbriefredaktion

JF-Leserbriefredaktion
Hohenzollerndamm 27a,
10713 Berlin,
Fax: 030 / 86 49 53 - 14,
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de



Fragebogen

Jonathan Price

Philosoph & Rechtswissenschaftler

Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?

Zu Hause, wo ich aufgrund meines Wanderlebens viel zu selten bin.

Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?

Seelenfrieden. Oder für einen wunderschönen Körper, der im Alter von 33 Jahren verharret bis zum Tag, an dem ich sterbe.

Was bedeutet Heimat für Sie?

Ich weiß es, wenn ich angekommen bin.

Was ist Ihnen wichtig im Leben?

Wissen – moralisch, ästhetisch, historisch, gesellschaftlich, politisch, charakterlich – und Loyalität.

Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?

Wie man nicht verheiratet sein sollte, und: wie man sich von schlechten Entscheidungen erholt und gut lebt.

Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflusst?

Bücher sind mein Leben, obgleich ich viel zu wenige lese. Zunächst die Bibel, dann Plato, Thomas von Aquin, Dante und Flannery O'Connors Kurzgeschichten.

Welche Musik mögen Sie?

Die, die ich auf meiner Gitarre spielen kann und mit anderen zusammen singen kann. Ich wünschte, ich könnte so gut Klavier spielen wie mein Sohn.

Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?

Der Bruch. Warum brauchte es bis zu dessen Entdeckung zwanzig Jahrhunderte?

Was möchten Sie verändern?

Die Erwartungen der Menschen senken (besonders meine eigenen), so daß wir zufriedener sind mit unserem Spiegelbild.

Woran glauben Sie?

An den Gott des Christentums, die Wissenschaft, die Familie, die Vergangenheit, die Kultur und das Wort.

Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?

Die Werte und Tugenden, die wir sie lehren, sollten ihnen Exzellenz und Empathie vermitteln.

Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?

Ein menschliches wie göttliches Urteil und die Hoffnung auf ein ewiges Zuhause.

Dr. Jonathan Price, Jahrgang 1981, unterrichtet Recht und Philosophie an der Universität Oxford. Er organisiert die jährliche Vanenburg-Konferenz Europäischer Konservativer und ihrer amerikanischen Freunde.

JUNGE FREIHEIT

WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE
GEGRÜNDET 1986 IN FREIBURG I. BR. - WOHENZEITUNG IN BERLIN SEIT 1994 - ISSN 0932-660X

Herausgeber und Verlag:
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

Chefredakteur: Dieter Stein
Stellv. Chefredakteur: Thorsten Thaler
Chef vom Dienst: Matthias Bäkermann

Verantwortliche Redakteure:
Meinung: Björn Harms; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollrath; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curd-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Geschichte, Literatur: Matthias Bäkermann; Medien, Sein & Zeit: Gil Barkei; Thema, Forum: Matthias Pellack; Leserforum: Christian Dorn; Reporter: Hinrich Rohbohm, Martina Meckelein; Online: Henning Hoffgaard (Leitung), Dr. Alexander Graf, Zita Tipold; Schlußredaktion: Matthias Seegrün
Satz und Gestaltung:
Daniela Lemke, Andrea Müller, Kristina Tarras, Vera Wischniewsky

Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

Vertrieb für den Zeitschriftenhandel: IPS-Vertrieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstr. 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2022. E-Mail: anzeigen@jungefreiheit.de

Jahresabonnement: EUR 224,- (Sozialabo EUR 144,-; Schülerabo EUR 105,-); Bezugspreis für das Ausland: Europa EUR 291,- (Sozialabo EUR 211,-; Schülerabo EUR 172,-); Übersee: EUR 297,- (Sozialabo EUR 217,-; Schülerabo EUR 178,-). Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt.

Konto: Postbank Berlin BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08

Nachdruck: Nur mit Genehmigung des Verlages.

Sammelanschrift: JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin

Telefon: 030 / 86 49 53 - 0

Fax: 030 / 86 49 53 - 14

E-Mail: verlag@jungefreiheit.de

Internet: www.jungefreiheit.de



JF-Intern

Mitbringsel

Die einen überraschen mit Früchten vom eigenen Hof. Die anderen mit selbstgebackenen Kuchen, die Schreiberin dieser Zeilen mit Bohnsen aus Bernkastel. Kollegen gehen einem eben nicht aus dem Kopf. Da wäre zum Beispiel Gil Barkei zu nennen. Vor zwei Jahren kaufte er einen Resthof im Brandenburgischen. Und neben seiner Arbeit als Medienredakteur und frischgebackener und stolzer Vater einer Tochter, für die er in Elternzeit ging, sammelt er Walnüsse und erntet Äpfel. Einen Teil davon finden wir dann in der sogenannten Chefküche vor – einfach so. Kollegin Claudia Wagner backt für ihr Leben gern. So stehen immer wieder mal Küchelchens auf dem Tisch, die wir dann genüsslich in uns reinstopfen.

Und nein, nicht nur zu Weihnach-

ten gibt es diese kleinen Geschenke, die bekanntlich die Freundschaft und Kollegialität erhalten. Matthias Bäkermann – Leser dieser Kolumne wissen, daß er ein begnadeter Hobbykoch ist – läßt Kollegen Soljanka und Labskaus probieren. Die Schreiberin dieser Zeilen hingegen besitzt nur einen Balkon und nicht die geringste wagnerische Back-kreativität. Ihr letzter derartiger Versuch war selbst für das Schlecker-mäulchen Moritz Schwarz zu süß. Deshalb verläßt sie sich auf das Können der bundesdeutschen Innungen. Bier, Pralinen, Honig oder eben Bonbons, irgendein regionales Reisemitbringsel gibt es immer in die kulinarische Diaspora Berlin zu schleppen. In diesem Sinne: Zaubern wir unseren Mitmenschen ein Lächeln ins Gesicht und einen Gaumengeuß in den Mund. Martina Meckelein

Die JF stellt ein.

Wir haben viel vor. Mit Ihnen.

Wir suchen ab sofort:

- Buchhalter/-in
- Online-Redakteur/-in
- Kaufmännischer Leiter/-in

Chance nutzen, jetzt bewerben!

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 49 53 28

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Der Flaneur

Kuscheln
oder frieren



Von Paul Leonhard

Der Express ist ausgefallen. Ohne Angabe von Gründen. Aber da kein Unwetter tobt, können es eigentlich nur zwei sein: Entweder ist der Zug kaputt (aber man arbeitet schon dran) oder es fehlt an Personal (das ist dann ausweglos). Weil offenbar niemand mehr Lok-beziehungsweise Triebwagenführer sein will, fährt in Dresden die S-Bahn bis vorerst Februar laut Aushang nach einem „Notfallfahrplan“ und der Bustakt in den Kreisen wurde ebenfalls, „vorausblickend“ und natürlich im Interesse der Kunden, wie es heißt, ausgedünnt.

Zumindest bin ich nicht umsonst zum Bahnhof gehetzt. Diesmal habe ich zuvor tatsächlich im Internet nachgeschaut. Erfahrung macht klug und ich wollte nicht wie vor einem Monat, wegen Totalausfall auf der Strecke – warum konnten damals auch die ebenfalls auf dem Bahnsteig wartenden Bahnangestellten nicht sagen, sondern nur, daß frühestens um ein Uhr morgens wieder etwas fahre – die Nacht statt bei der Familie in einem Hotel verbringen.

Die Zugbegleiterin spricht die Passagiere nicht per Lautsprecher an, sondern ganz persönlich.

Diesmal fährt wenigstens der Bummelzug. Er steht sogar schon da und man darf einsteigen. Am Ende wird er sogar auf die Minute pünktlich ankommen, so daß ich im kurzen Sprint noch einen laut Fahrplan gar nicht vorgesehenen Anschluß schaffe, weil dieser Verspätung hat, was mir glatt eine Stunde Warterei erspart.

Und auch der Kontakt mit der Zugbegleiterin war herzlich. Die war richtig um ihre wenigen Fahrgäste besorgt. Denen teilte sie nicht etwa über Lautsprecher, sondern ganz persönlich mit, daß auf der gesamten linken Seite des Waggons die Heizung nicht funktioniert und wem es zu kalt sei, der solle sich doch nach rechts setzen oder einfach etwas zusammenrücken. So werden Kontakte geschlossen.

Das aus Schlesien in Richtung Mitteldeutschland reisende japanische Pärchen kicherte ob so viel Fürsorge unentwegt, auch weil die Schaffnerin nach jedem Zustieg auf den unzähligen Bedarfshalten ihren Spruch wiederholte. „Wegen Kälte ein wenig zusammenrücken“ dürften die beiden zurück in ihrer Heimat als wichtigsten aktuellen deutschen Begriff zum besten geben.

» Shoppe online, und du findest alles, was du brauchst. Geh in einen Buchladen, und du findest, wonach du nicht gesucht hast. «

Paul Krugman, Wirtschaftswissenschaftler (*1953)

Tracht Man, der Superbayer

Mit Muckies und Knödelkanone: Ein Zeichner aus dem Taubertal hat einen weiß-blauen Comic-Helden erschaffen

TOBIAS DAHLBRÜGGE

Ein Superheld in Krachlederhosen und Wadenstrümpfen? Und ob! „Tracht Man“ besiegt mit weiß-blauer Flagge und Maßkrug üble Superschurken. Da legst du nieda! Doch der bajuwarische Comic-Held ist keine Parodie und auch kein einmaliger Gag: Tracht Man versammelt eine robuste Fangemeinde.

Der Schöpfer des bayerischen Supermanns ist Christopher Kloiber. Der 36-jährige Taubertaler gründete nach Schule und Lehre seinen eigenen Comicverlag. 2017 erschien sein erstes Heft, im Jahr darauf stellte er auf der ComicCon-Messe in München eine eigene Plastik-Actionfigur von Tracht Man vor. Dann ging es Schlag auf Schlag: Inzwischen gibt es im Merchandising-Shop von Kloibers Plem-Plem-Verlag zahlreiche Tracht-Man-Fanartikel, vom Turnbeutel bis zum Schafkopf-Kartenspiel mit dem muskulösen Superbayer.

Kloiber ist ein sehr begabter Zeichner, doch anders als viele introvertierte Nerds, die zurückgezogen im stillen Kämmerlein kreativ sind, liebt der Vermarktungsfuchs die schrillen Auftritte mit weiß-blau gefärbten Haaren. Stilistisch ist seine Vorliebe für Retro-Comics unverkennbar. Anfangs legte Kloiber mit Zeichenstift und Papier los, heute entstehen die kolorierten Bildgeschichten mit dem digitalen Zeichen-Pad.

Eine Gefährtin ist auch dabei: Bavariana

Immer dabei ist sein Hund: „Floki beschützt das Studio vor Gefahren wie Fliegen oder Postboten“, verriet der Illustrator dem Comic-Fanzine *Alfonz*. Zu Beginn, sagt er, habe er einfach

„drauflos gezeichnet, ohne an Verkaufspotential und Alleinstellungsmerkmale zu denken“. Bei Kloibers Marketinggeschick nicht ganz glaubhaft.

In den Stories geht es actionreich und bayerisch zu: Im ersten Abenteuer besiegt Tracht Man den bösen Koloß „Saupreiß“. Das Ungeheim mit Pickelhaube und Keilerzähnen, die wie ein Kaiser-Wilhelm-Bart aussehen, wird jedoch vom finsternen Dr. Fargo gesteuert, der pausenlos Leberkas-Weggle verspeist. Tracht Man naht in seinem Luftschiff „Oktoberfestung“ und erledigt den Saupreiß mit seiner Knödel-Kanone.

In einer anderen Geschichte kämpft Tracht Man gegen den Wolpertinger, und die Weihnachts-Episode spielt auf dem Nürnberger Christkindlesmarkt; dort will ein gigantischer Lebkuchenmann die Stadt zerdeppern. Auch die Beschimpfungen kommen mit viel Kolorit daher: „Zipfelkatscher!“, „Nimm das, Lack!“ Tracht Man hat übrigens auch



Zur Rettung bereit gegen Saupreiß und Lebkuchenmonster: Mit viel Lokalkolorit bis hin zu Spezialausgaben in bairischer Sprache

eine Gefährtin: das Supergirl Bavariana. Diese bezieht ihre Superkräfte aus ihrem Super-Dirndl.

In den bisher 14 Ausgaben ist ein geschlossenes Superhelden-Universum gewachsen, in dem natürlich auch Ludwig II. von Bayern nicht fehlt (als „Der Schwan“ auf der Suche nach dem eigenen Ich).

Lob von Legenden der Branche

Daneben erscheinen immer wieder zeichnerische Zitate von Kloibers Comic-Vorbildern wie Batman, Thor, X-Men und anderen. Auf der ComicCon 2019 in Wien zeigte sich selbst Zeichnerlegende Frank Miller („The Dark Knight“) von Kloibers Titelbild-Hommagen an den Marvel-Klassiker begeistert.

In Ausgabe 4 landet der Superbayer sogar auf dem *Spiegel*-Titelblatt. Handlung: Tracht Man wird nach Berlin gebeten und soll Mitglied der deutschen Superheldentruppe „Ger-Men“ werden, die der mächtige „Bundesadler“ anführt. Doch derweil wird Würzburg von einem Superschurken bedroht.

Alle Ausgaben gibt es auch in einer Spezialausgabe in original bairischer Sprache. Diese sind allerdings mit 6 Euro teurer als der reguläre Heftpreis von 4,90 Euro. Es sind sogar Spezialausgaben in Englisch und Japanisch erhältlich. Tracht Man Nr. 15 erscheint im Januar 2023 und spielt wie der aktuelle Vorgänger in Augsburg. Kloiber verspricht „gewohnt gewitzte Bayern-Action mit Bogfotzngewitter-Garantie!“, „Foigt’s mia auf Facebook und Instagram!“, fordert Tracht Man dazu.

► www.trachtman.de

Haltungsnote



Ansage an Amazon

GIL BARKEI

Die Amazon-Serie „Die Ringe der Macht“ wurde mittlerweile komplett ausgestrahlt und ist trotz massiver Kritik an vorlagenabweichender Diversität, hölzernem Schauspiel und zu aalglatter Ausstattung eine der erfolgreichsten Produktionen 2022. Und so langsam sickern nun auch die Einschätzungen der Schauspieler und Macher durch, die an dem großen und schließlich nicht erreichten filmischen Vorbild der „Herr der Ringe“-Trilogie von Peter Jackson von 2001 bis 2003 beteiligt waren.

Erst verzögert geöffnete Kommentarfunktionen und Diffamierungskampagnen, viele Kritiker stammten aus rechten Internetblasen, dürften

an dieser verspäteten Reaktion nicht ganz unschuldig sein.

Doch dafür fällt der Verriß des woken Mammutprojekts, das in den kommenden Jahren noch bis zu vier weitere Staffeln erhalten soll, bei manchem um so drastischer aus. „Es ist nur auf Profit aus, und ich bin nicht daran interessiert, es zu sehen oder darin mitzuspielen“, stellt Schauspieler Bernard Hill gegenüber dem Online-Portal *Metro* klar. Der Brite spielte unter der Regie Jacksons in „Die zwei Türme“ und „Die Rückkehr des Königs“ König Théoden von Rohan. Im Gegensatz zu anderen, sich vorsichtig positiv äußernden Cast-Kollegen von damals macht der 77-jährige keinen Hehl daraus, daß das neue Streaming-Franchise ihn nicht überzeugt. „Viel Glück an sie und all das, aber es ist nicht das Wahre.“



Bernard Hill

Kabinenklatzsch

Die Polithanseln müssen weg

RONALD BERTHOLD

Es ist die Politik, die uns überall in den Misthaufen reitet. Auch im Fußball. Warum muß eigentlich ein abgehalfterter SPD-Politiker dem DFB vorstehen? Gibt es im größten Sportverband der Welt nicht ein paar Ex-Aktive, die den Posten besser ausführen könnten als Ex-Parteisprecher, Ex-SPD-Landesgeschäftsführer und Ex-Staatssekretär Bernd Neuendorf? Mit dem unseligen Rainer Koch hatte der DFB doch genug schlechte Erfahrungen gemacht. Der Sozialdemokrat und Ex-Vizepräsident galt als tübler Strippenzieher und Intrigant. Ganz die politische Schule eben.

Nun ist er weg, und wir kommen vom Regen in die Traufe. Daß Neuendorf für die Politisierung des Fußballs den PR-Mann nach Katar holte, der Olaf Scholz mit seiner Kampagne zur

Kanzlerschaft verhalf, ist endgültig zuviel. Mit Unterstützung des Polit-Beraters Brinkert wurde das „Zeichen“ erfunden, das die Mannschaft vor der Auftakt-Pleite gegen Japan setzen mußte: Wir halten uns jetzt alle den Mund zu. Ja, mußten. Denn nur zwei von 26 Spielern fanden die Idee gut: Kapitän Neuer und der mit Antifa-Emblemen im Nationaltrikot posierende Goretzka – übrigens ein Brinkert-Kunde.

Ich hasse Floskeln, aber diesmal muß es sein: Der Fisch stinkt zuerst am Kopf. Wenn der deutsche Fußball wieder auf die Beine kommen soll, dann müssen vor allem die ganzen Polithanseln weg. Funktionäre, die mehr woke Botschaften im Kopf haben als Sport, sollen ihr Glück in den von unserer Regierung finanzierten Nicht-Regierungsorganisationen versuchen. Aber verschont uns bitte damit, bei der einzigen Zerstreuung, die uns bleiben könnte, uns den auf allen Kanälen verbreiteten Moralbrei noch einmal vorzukauen.

JF Das JF-Weihnachts-Abo für Sie oder als Geschenk

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT zum Aktionspreis von 34 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Die Belieferung endet automatisch mit der letzten Ausgabe. Ich gehe keine weitere Verpflichtung ein. Das Angebot gilt bis 31. Dezember 2022.

Meine Adresse Kunden-Nr., falls bekannt: Lieferbeginn: ab dem _____ ab der Weihnachtsausgabe

Vorname/Name _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon _____ E-Mail _____

Die Prämie wähle ich für mich für den Beschenkten

Ich habe die Einwilligung des Beschenkten, seine Daten zum Zweck des Abo-Versands weiterzugeben.

Ihre Prämie:
 Der JF-Weihnachtsfilm
 DVD
 eins, zwei, drei
 im Wert von 12 Euro



Adresse des Beschenkten

Vorname/Name _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ Ort _____

Datenschutzhinweis:

Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

Datum _____ Unterschrift _____

Absenden an: JF-Leserdienst, Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin, Fax 030 / 86 49 53 - 50 oder online: jungefreiheit.de/weihnachten

► jf.de/weihnachten

Weihnachts-Abo

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT,
das passende Geschenk
für gute Freunde und Verwandte

Weihnachtsaktion
**12 Ausgaben
 für 34 Euro**
 + Prämie
 gilt bis 31.12.2022